Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. Februar 1977
Jg.5. Nr.5

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

## SPD-Familienförderung

„Als *unseren* Beitrag zur Förderung der Familien werden wir ... das Kindergeld für das zweite Kind auf 80 DM und für jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM ... erhöhen. Voraussetzung für diese große zusätzliche Haushaltsbelastung ist allerdings die Erhöhung der Mehrwertsteuer", sagte Schmidt in seiner Regierungserklärung. Die wahre Größe dieses familienfördernden Beitrages enthüllt sich dem, der nachrechnet: Den Lohnabhängigen sollen, entsprechend ihres Anteils von 84,3 Prozent an der Bevölkerung, pro Monat knapp 380 Millionen DM zusätzlich geraubt werden. Der Köder erweist sich als mickrig, die Beute als um so fetter: die Kindergelderhöhung, ohnehin aus den Steuern der Volksmassen bezahlt, hätte, für den Monat Juni 1976 berechnet, gut 87,5 Millionen DM ausgemacht, die Erhöhung der Mehrwertsteuer 538 Millionen DM, also mehr als das Sechsfache. „SPD-Familienförderung" – sinkt der Lohn weiter, so sinkt auch die Kinderzahl weiter, prompt werden *Einsparungen* am Kindergeld entstehen, welche die Erhöhung, die eh ja nur versprochen ist, um einiges übertreffen. So oder so macht die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer nur einen kleinen Teil des Beutezuges des bürgerlichen Staates aus. Um 9,4 Milliarden DM, im Monatsdurchschnitt 783 Millionen DM, ist die Lohnsteuer 1976 gegenüber 1975 gestiegen.

## Kälteperiode: Erpressung durch US-Finanzkapital

Während einer langandauernden Kälteperiode in den USA haben die Kapitalisten zehntausend Fabriken geschlossen, über eine Million Arbeiter arbeitslos gemacht und zwingen Millionen Werktätige dazu, in ungeheizten Wohnungen bei großer Kälte zu leben, weil die Erdgaszufuhr stockt. US-Präsident Carter ist in das besonders betroffene Zentrum der Stahlproduktion, Pittsburgh, gefahren und hat dort erklärt, schon bei 10 Grad könne man es in den Fabriken, Büros und Wohnungen aushalten. Er selbst habe sich lange Unterhosen angezogen. Die Kapitalisten hat er aufgerufen, die Arbeiter jetzt zehn Stunden an 4 Wochentagen auszubeuten, um so die Produktionskosten zu senken. Die US-Finanzbourgeoisie nutzt die Kälteperiode, um die Ausbeutung der Arbeiter und die Verelendung der Massen voranzutreiben und sie an Notstandsmaßnahmen zu gewöhnen. Wer die Heizung über 17 Grad stellt, wird mit Strafe bedroht.

Die USA haben große Energievorräte an Erdöl, Erdgas usw.. Die US-Finanzbourgeoisie hat sie nicht entwickelt, sondern – weil profitabler – die Reichtümer der Länder der 3. Welt geraubt. Hinzu kommt: Die Energiemonopole haben vorhandene Erdgasvorräte zurückgehalten, um die Preise hoch zu treiben. Schon jetzt muß eine Arbeiterfamilie im Industriegebiet im Nordosten der USA mehr für Heizung als für Miete zahlen. (nach ZDF-Nachrichten, 30.1., 19.00 und Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 1.2. 1977)

## Demonstration am 19. Februar in Brokdorf

Die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen haben mit knapper Mehrheit die Demonstration am 19. Februar in Brokdorf beschlossen. An der Konferenz nahmen 40 Delegierte von der Ostküstekonferenz, Westküstenkonferenz, Marschenkonferenz und der Hamburgerkonferenz (Konferenzen der Bürgerinitiativen der bestimmten Landgebiete) teil. Anwesend waren zusätzlich 150 Mitglieder aus den Bürgerinitiativen, die auf die Abstimmung ihrer Delegierten achteten. Mit knapper Mehrheit von 20:19, bei einer Enthaltung wurde die Demonstration beschlossen. Vorausgegangen war eine scharfe Auseinandersetzung, mit Standpunkten, die eine Demonstration für falsch oder am Ort des Geschehens, – Brokdorf – , für nicht zweckmäßig hielten. Deutlich wurde auf der Versammlung gesagt, will man den Bau des Kernkraftwerks verhindern, muß man auch gegen und in Brokdorf demonstrieren.

Den Manövern und der offenen Drohung der Landesregierung kann nur entgegengetreten werden, wenn man sie angreift und in Brokdorf demonstriert. Am Sonntag werden sich alle Bürgerinitiativen in Wilster erneut treffen, um die weiteren Festlegungen zu treffen. Die Konferenz muß in ihrer Aufgabenbestimmung zur Durchführung der Demonstration mit Resolution, Briefen und Beschlüssen unterstützt werden.

## Das 6,9%-Schlichtungsergebnis schafft den Kapitalisten Raum
## „Arbeitsfrieden" kann es nicht geben

„Der weitere Börsenverlauf könnte zunächst von dem erfolgreichen Ausgang des Schlichtungsverfahrens bei den Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens angeregt werden, da nun die Streikgefahr gebannt ist." Die Börse kann sich täuschen. Natürlich fühlen sich die Kapitalisten ermutigt in ihren Raubzügen. Daß ihnen die Sozialdemokraten wieder einmal die Interessen der Arbeiter hingeworfen haben, damit sie drauf rumtrampeln können, das hebt ihre Geschäfts- und Spekulationslust. Aber die Kapitalisten vergessen eines: Die Arbeiter lernen, und die Zeiten sind so, daß man schnell lernt. Der Tarifkampf in der Metallindustrie ist nicht abgeschlossen, wenn ihn die Sozialdemokraten abschließen wollen. In Nordrhein-Westfalen haben sie ihren Coup gelandet, indem sie durch die Verhandlungskommission das Schlichtungsergebnis angenommen haben. Von Süden nach Norden wollen sie die Tariffront der Arbeiter aufrollen durch die Zustimmung der Tarifkommissionen. Es kann auch umgekehrt gehen. Notwendig für die Interessen der Arbeiter wäre es. Wir Kommunisten glauben nicht, daß irgendetwas „gelaufen" ist. Wir sind dafür, daß die Arbeiter die von den Sozialdemokraten geschaffene Lage analysieren, um sie zu ändern. Dafür treten wir überall ein. Wir sind dafür, daß sich die Metallarbeiter erneut auf der Forderung von 170 DM zusammenschließen. Wir sind dagegen, daß man jetzt den Kapitalisten freie Hand läßt und die Sozialdemokraten machen läßt. Sonst ist mehr kaputt als ein Tarifkampf. Das Ergebnis, das der Sparkassenchef Geiger ermittelt hat und das die Sozialdemokraten als Abschluß übernehmen, beläuft sich auf 6,9 Prozent. Man kann es auch anders ausdrücken: Es sind Lebensmittel, die die Arbeiterklasse aus ihrem Verbrauch streichen muß, so und soviel Tausend Tonnen Fleisch aufs Jahr gerechnet, Milch, so und soviel Autounfälle, weil mit dem alten Auto immer nochmal gefahren werden muß, so und soviel Tausend zusätzliche Stunden Arbeit in der Hauwirtschaft, weil keine oder keine neue Waschmaschine angeschafft werden kann. Man kann es auch umrechnen in Urlaubstage, die nicht genommen werden können, in Kinder, die sich die Arbeiterklasse nicht leisten kann, und in die Erhöhung der Arbeitsunfälle und der Sterberate pro Arbeiterjahrgang, weil die Kapitalisten die Rationalisierung, die Arbeitshetze, die Akkord-, Schicht- und Überstundenarbeit, überhaupt die Ausbeutung verschärfen werden. Die 6,9 Prozent sind für *alle* Arbeiter wenig und spalten doch, weil sie für *viele* so wenig sind, daß sie immer weiter unter das historisch entstandene und erkämpfte Existenzminimum absinken werden. Die Spaltung werden die Kapitalisten nutzen wollen, um ihren Druck ins Maßlose zu steigern. Was sie den unteren Lohngruppen und überhaupt den Arbeitern wegnehmen können, werden sie nutzen, um die Antreiber weiter bei der Stange zu halten und beim Antreiben anzutreiben.

Die 6,9 Prozent nominale Bruttolohnerhöhung werden für kaum einen mehr als 6 Prozent Nettolohnerhöhung bringen. Für einen Akkordarbeiter bei

(Fortsetzung Seite 2)




Über 10 000 Arbeiter und Angestellte, Lehrlinge, Studenten und Schüler demonstrierten am 26.1. in Hamburg gegen die kapitalistische Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung. Aufgerufen dazu hatte die IG Metall Bezirk Hamburg. Delegationen von anderen Gewerkschaften haben die Solidarität mit dem Kampf der Metallarbeiter zum Ausdruck gebracht. 25 000 Arbeitsplätze sind in den letzten 5 Jahren von den Kapitalisten im Hamburg vernichtet worden: Anfang 1976 wurde die Stillegung von Heidenreich und Harbeck bekanntgegeben; 300 Kollegen des Kesselbaus von MAN sollen entlassen werden. Massenentlassungen planen die Kapitalisten auf den Werften. Die Kapitalisten wollen die Arbeiter ins Elend drücken. Dagegen schließt sich die Arbeiterklasse zusammen.

## Die parlamentarische Schminke blättert schon, bevor sie richtig sitzt

### Massendemonstrationen, Straßenkämpfe und Verhaftungswelle in Spanien

**Über 100 000 Werktätige demonstrierten letzte Woche durch Madrid bei der Beisetzung der durch faschistische Mordbanden erschossenen Anwälte. Zehntausende von Arbeitern in ganz Spanien haben gestreikt. In Demonstrationen und Straßenschlachten mit der Polizei drückten die spanischen Arbeiter ihre Entschlossenheit aus, die faschistische Diktatur endgültig zu beseitigen, den Kampf für Amnestie und politische Rechte entschlossen fortzusetzen und die Volksmacht zu errichten.**

Nach der Erschießung von mehreren Polizisten – hinter der allgemein faschistische Provokateure vermutet werden –, hat die Regierung Suarez praktisch den Ausnahmezustand über Spanien verhängt. Die Polizei wurde ermächtigt, jedes Haus zu durchsuchen ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, Haft für 30 Tage ohne Vorführung vor den Richter zu erlassen. Vollständiges Demonstrationsverbot und die Abschiebung von Ausländern wurde verfügt.

Somit zerplatzt das ganze Demokratisierungsmanöver der spanischen Oligarchie, was mit dem Referendum im Dezember 1976 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte. Die Imperialisten der USA und der BRD setzten auf Suarez und seine Mannschaft. Der Streit, den die Regierung Suarez gegenwärtig mit den ultrarechten Militärs und Politikern hat, die „weniger Demokratie, mehr Autorität" fordern, paßt nicht in das Konzept der Imperialisten. „Noch regiert in Spanien die Vernunft", „Suarez hält am Reformprogramm fest", so oder ähnlich berichtet die westdeutsche Presse in den letzten Tagen über die Politik der spanischen Finanzoligarchie. Sie setzt die Jubelrufe fort, die sie vor Wochen beim Referendum eingeleitet hatte. Mit Hilfe dieses Referendums will sich der Faschismus in Spanien parlamentarische Schminke aufziehen. Aber schon bricht diese Schminke, und deutlich tritt hervor, was die konterrevolutionäre Doppeltaktik der herrschenden Oligarchie in Spanien beinhaltet: die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und ihrer Organisationen verschärfen und gleichzeitig das Ventil der Wahlen öffnen, um so die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten, damit sie nicht unter den Schlägen der spanischen Arbeiterklasse zerbricht.

Diese Doppeltaktik der spanischen Oligarchie ist gar nicht so neu. Allein dreimal hat die herrschende Klasse in Spanien gemeinsam mit ihren imperialistischen Hintermännern in den USA und der BRD diese gegenüber den Volksmassen versucht in den letzten zehn Jahren. 1966 hat der damalige Ministerpräsident Francos, Fraga Iribarne, versprochen, eine Liberalisierung einzuleiten und gleich danach Todesurteile erlassen. 1974 hat Arias Navarro gegenüber den Volksmassen Spaniens „die Öffnung Spaniens gegenüber Europa" versprochen und gleich dreimal den Ausnahmezustand verhängt und seine Geschäfte beendet mit der Hinrichtung der fünf Antifaschisten im September 1975.

Und Adolfo Suarez folgt ihnen nach. Er verspricht Reformen und Demokratie und verschärft die Unterdrükkung. Während seiner Amtszeit hat es mittlerweile schon 30 Tote gegeben in den verschiedenen Klassenkämpfen, man spricht in Spanien von den schärfsten Auseinandersetzungen seit dem Bürgerkrieg. Die Unterstützung der Imperialisten ist der spanischen Oligarchie dabei voll gewiß, geht es doch für sie darum, dieses Regime am Leben zu erhalten, ihre Kapitalinteressen in Spanien zu sichern, Spanien in die NATO zu integrieren. Gerade jetzt ist Kai-Uwe von Hassel von der CDU nach Spanien gefahren, um die Konterrevolution zu stützen, was seine Funktion als Vorsitzender der christlich-demokratischen Parteien schon vor zwei Jahren in Portugal war.

Mittlerweile sind in ganz Spanien nach offiziellen Zahlen über 200 Mitglieder revolutionärer Organisationen verhaftet und eingekerkert worden, während gleichzeitig Angehörige faschistischer Mordbanden nach kurzem Verhör wieder freigelassen wurden. Oft sind diese Revolutionäre führend in den Kampfaktionen der spanischen Arbeiter. Darum geht es auch bei der Verhängung des Ausnahmezustandes, wobei bloß der Einsatz des Militärs noch nicht erfolgt ist. Unter dem Mantel der Rettung der Reformen und des Kampfes gegen Radikalismus von rechts und links soll die revolutionäre Arbeiterbewegung niedergehalten werden. Die Schminke des Parlamentarismus soll drauf bleiben und nicht abblättern, damit die Imperialisten ihr Geschäft machen können.

Das Referendum vom Dezember zeigte, daß der Parlamentarismus für die Volksmassen Spaniens nicht erledigt ist. Zum andern, daß das Manöver der Finanzoligarchie nur zum Teil gelungen ist, was die Ergebnisse der Wahlen mit einer Wahlbeteiligung von 77,6 Prozent zeigte sowie die Tatsache, daß im Baskenland sie keine 55 Prozent betrug.

Genau wie beim Referendum stützt sich die Regierung Suarez heute bei ihren Unterdrückungsmaßnahmen auf die Reformisten und vor allem auf die Revisionisten. Die Revisionisten hatten wie die revolutionären Organisationen zum Boykott des Referendums aufgerufen, gleichzeitig aber grundsätzlich jede parlamentarische Illusion geschürt in der Arbeiterbewegung, so daß sie die Hauptverantwortlichen sind dafür, sollten die parlamentarischen Betrugsmanöver der spanischen Oligarchie noch einmal gelingen. Daß das geschieht, dafür tun sie gegenwärtig einiges.

Die Regierung veröffentlichte nach den Anschlägen auf die Polizisten eine Erklärung zur Verteidigung des Reformprogramms, die auch die Unterschrift der Revisionisten trägt. Damit kommen die Revisionisten dem Ziel näher, einen „nationalen Pakt" mit der faschistischen Regierung zu schließen, der „erlaubt, die Probleme der ökonomischen Krise anzugehen und zu lösen" und dadurch „politische Stabilität schafft". „Entschiedenes Eintreten für den Anschluß an die Europäische Gemeinschaft", „Akzeptieren der Existenz von US-Basen in Spanien" und „Erleichterung privater ausländischer Investitionen mit allen Garantien für den Profit" (alle Zitate aus dem Interview der „International Herald Tribune", USA, mit C. Carillo am 8./9. Januar 1977).

Bewährtes beibehalten und ansonsten die zweckmäßigste Herrschaftsform einzuführen, damit die Ausbeuterordnung erhalten bleibt, ist die Politik der Regierung Suarez. Sie hat neulich ein Straf[illegible] nach dem im Schnellverfahren verurteilt werden kann. Daran hat sich jetzt nicht viel geändert, nur die Bürokratie ist ein

(Fortsetzung Seite 2)

# Das 6,9 %-Schlichtungsergebnis schafft den Kapitalisten Raum

(Fortsetzung von Seite 1)

John Deere, Lohngruppe 3, Steuerklasse 1, werden sie netto 4,4 Prozent bringen, weil die Steuer sich gleichzeitig automatisch um 10,9 Prozent erhöht. Für einen Akkordarbeiter Lohngruppe 2, Steuerklasse 3 werden sie netto 6,1 Prozent bringen, weil die Steuern sich um 10,3 Prozent und die Sozialbeiträge sich auch ohne die zu erwartende Erhöhung der Arbeitslosenversicherung ebenfalls um 6,83 Prozent erhöhen. Niedere Lohnabschlüsse, rapide Steuerprogression für die Arbeiter und Angestellten, Erhöhung der Verbrauchssteuern und Herabsetzung der wenigen Steuern auf das Kapital, Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Arbeiter und ihre Nutzung durch die Kapitalisten, so denken sich das die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker. Was bleibt, fressen die Preissteigerungen, offiziell in 4,1 Prozent für den Januar ausgedrückt, in der Realität fühlbar durch den Ersatz von Fleisch durch Fleischwurst und für die Arbeiterhaushalte auch prozentual wesentlich höher. Geht ein immer größerer Teil des Lohnes für Gebühren und Mieten drauf, dann muß halt in wachsendem Umfang an anderen Stellen eingespart werden. Die politischen Konsequenzen für die Arbeiter liegen auf der Hand. Deshalb ist auch ein ganzer Apparat von Sozialdemokraten nötig, um zu verhindern, daß sie beschlossen und durchgesetzt werden: Lohnerhöhungen von jetzt 170 DM, Steuerfreibetrag von 1 500 Mark für den Monat, keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, weg mit den indirekten Steuern, Bezahlung der Sozialversicherungen durch die Kapitalisten. All das ist mit Klassenversöhnung nicht zu erreichen. Das bedeutet Klassenkampf und Streik. Das ist unvermeidbar und auch viel besser, als wenn die ganze Energie draufgeht für die Konkurrenz, in die die Kapitalisten die Arbeiter untereinander treiben wollen, und für die Anstrengungen, die jede einzelne Familie machen muß, um durch Hin- und Herrechnerei doch noch über die Runden zu kommen und vielleicht sogar noch die Kinder auf die höhere Schule schicken und dort halten zu können.

Die Kapitalisten und die Regierung haben die Unverfrorenheit, den für die Metallindustrie von ihnen vorgesehenen Tarifabschluß auch noch wegen seiner angeblichen Höhe zu bejammern. Auf keinen Fall könne er Modell stehen für die Tarifabschlüsse in den anderen Industrien und im öffentlichen Dienst. Professor Sammet, Chef des Chemiekapitalistenverbandes, hat bereits gesagt, in der Chemieindustrie ginge das nicht. Der staatliche Dienstherr rechnet in seinen Haushaltsplanungen mit 5 Prozent für die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst. Es ist klar, die Taten der Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ermutigen die Sozialdemokraten in der Regierung und die Kapitalisten, die hinter ihnen stecken, zu immer heftigeren Angriffen.

„Reformen sind wieder modern. Die SPD will näher heran an den Bürger", schreibt die „Welt der Arbeit", das Amtsblatt Heinz-Oskar Vetters. Näher heran an die Taschen der Arbeiter. „Reformen" wie die „Rentensanierung" sind modern. Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall in Nordbaden/Nordwürttemberg, der am meisten getönt hat und als erster die Kapitalistenschlichtung unterschrieben hat, schreibt in den „Metallnachrichten": „Solange der IG Metall das Vertrauen in den Werkshallen und Büros erhalten bleibt, sind wir nicht kleinzukriegen." Das Vertrauen für die Sozialdemokraten schwindet in den Werkshallen und Büros. Man muß lernen: Die Gewerkschaft, das sind wir selber. Vertrauen in die Gewerkschaft, das kann nur heißen: *Selbst*vertrauen, Vertrauen in unsere kollektive Kraft, die Kapitalisten in den alltäglichen Kämpfen besiegen und ihre Herrschaft stürzen zu können. Steinkühler kokettiert gegenüber den Kapitalisten und meint, wenn das so weiter gehe, dann könnten die Gewerkschaften sich mehr Gedanken darüber machen, ob der Kapitalismus wirklich die bestmögliche Wirtschaftsordnung sei. Der Steinkühler kann sich seine Koketterien sparen. Die Arbeiter machen sich diese Gedanken. Die Erfahrungen des bisherigen Gangs der Tarifauseinandersetzung stärken solche Gedanken. Noch in diesem Tarifkampf können das die Sozialdemokraten zu spüren bekommen. Notwendig ist, daß rasch Konsequenzen aus den Erfahrungen gezogen werden. Die Kapitalisten rüsten schon zu nächsten Angriffen. Das beste wird sein, wenn ihr jetziger Angriff entschlossen zurückgeschlagen wird. Das ist unsere Meinung.

## „Wir können ja nicht wie weiland Hitler einen Westwall oder einen Ostwall bauen"

Mit diesen Worten umreißt Bundeswirtschaftsminister Hans Apel das neue „mehrjährige Investitionsprogramm" der Bundesregierung in der Sendung „Bonner Perspektiven". Der Kanzler Schmidt hat das neue Programm in den USA als „Programm für Zukunftsinvestitionen" herausgeprotzt. Das Programm soll so um die 12 Milliarden DM schwer sein. Seinen ersten politischen Nutzeffekt hat es schon, bevor nur eine DM ausgegeben ist. Die Regierung erweckt damit den Eindruck, sie sei in der Lage, der Krisenentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu steuern. Das schafft den Gewerkschaftssozialdemokraten Entlastung, die herumerzählen, die Regierung *täte doch immerhin etwas.*

Ostwall soll es keiner werden und auch kein Westwall. Was denn? Fernstraßen, Brücken, Eisenbahnüberführungen, Ortsumgehungen. Arbeitsminister Ehrenberg über die Wirkung des Projektes auf den Arbeitsmarkt:

„Es wird mittelfristig mit Sicherheit eine Belebung geben."

Wenn's Ehrenberg sagt, ist es gelogen. Das ist inzwischen ein fester Beurteilungsrahmen von Millionen. Es stimmt auch hier.

Warum wollen die Kapitalisten diese „Verbesserungen der Infrastruktur"? Erstmal, so dringend, daß sie diese *selber zahlen würden*, wollen die Kapitalisten diese Sorte Investitionen auch wieder nicht. Der Reiz dieser Investitionen für die Kapitalisten liegt darin, daß sie ihnen zwar nützen, aber von ihnen nicht bezahlt werden müssen. Diese Investitionen werden aus Mitteln getätigt, die der Arbeiterklasse durch Steuern, Versicherungsbetrug und Beutelschneiderei bei den öffentlichen Leistungen abgezwackt sind.

Wie nützt die Umgehungsstraße den Kapitalisten? Sie spart Transportzeit. Doppelt ist der Vorteil. Einsparung von Transportzeit bedeutet Einsparung von Transportarbeitern und natürlich auch Einsparung von Transportmitteln. Hier findet eine Rationalisierung statt, die die Kapitalisten nicht jeweils selber zahlen, aber der Effekt ist doch der gleiche. Zweitens könne sich durch Beschleunigung des Transports der Kapitaleinsatz, den die Kapitalisten machen müssen, um so und so viele Arbeiter ausbeuten zu können, verringern. Wie? Die Zeit, die eine Maschine an der Bahn herumsteht, kann daran kein Arbeiter ausgebeutet werden. Weder die Arbeiter, die sie produziert haben, noch die Arbeiter, die damit produzieren sollen. Kapital wird also freigesetzt durch Verkürzung von Transportzeit. Was dabei steigt, ist die Profitrate auf das eingesetzte Kapital. Wie bei jeder Rationalisierung. Aber doch nicht die Arbeitsplätze. Die werden davon bloß weniger.

Das neue Programm ist kein Ostwall und es ist auch kein Westwall, das ist schon wahr. Es handelt sich um hundsgewöhnliche Rationalisierung, bloß daß diese Rationalisierungsinvestitionen nichtmal von den Kapitalisten gezahlt werden müssen, sondern sofort von den Arbeitern.

# Kämpfe in Spanien

(Fortsetzung von Seite 1)

wenig geschmiert worden. Aufschlußreich ist die Statistik über die Verurteilung nach den Schnellverfahren von 1965 bis heute. Unter der Regierung Suarez steigt sie am höchsten.

| | Prozesse |
|---|---|
| 1965 | 218 |
| 1966 | 463 |
| 1967 | 617 |
| 1968 | 1 059 |
| 1969 | 1 001 |
| 1970 | 1 358 |
| 1971 | 1 336 |
| 1972 | 1 680 |
| 1973 | 2 065 |
| 1974 | 2 382 |
| 1975 | 4 317 |
| 1976 | 5 300 |
| Zusammen | 22 859 |

Bei Demonstrationen am 23.1. haben sich Straßenschlachten gegen die Polizei entwickelt, Barrikaden wurden gebaut. Auf Demonstrationen wurden rote Fahnen, die Fahne der Republik getragen und die Internationale gesungen. Die spanische Arbeiterklasse hat eine lange Tradition im Kampf gegen den Faschismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung und hat bisher zahlreiche Hindernisse überwunden. Eng ist die Verbindung mit der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Der 1. Mai 1977 steht bevor. Jedes Jahr haben Tausende spanische Arbeiter in Westdeutschland an den Demonstrationen der Gewerkschaften und der Kommunisten teilgenommen, während sie in Spanien illegale Kampfaktionen durchgeführt haben. Das wird dieses Jahr nicht anders sein, doch die Bedingungen für die Befreiung Spaniens vom faschistischen Joch haben sich verbessert. – (jk)

# Brokdorf

Der Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf ist ein entscheidender Vorposten im Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen durch die Finanzbourgeoisie. Er hat die Massen gestärkt und ermutigt im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat.

Die Bourgeoisie mußte die bittere Erfahrung machen, daß sie mit dem „Modell Deutschland" im Bundestagswahlkampf die Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht lähmen konnte. Wenige Wochen nach den Wahlen demonstrierten Tausende gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf.

Jetzt rufen die Bürgerinitiativen zu einer erneuten Demonstration am 19.2. am Bauplatz des Kernkraftwerkes auf.

Die Bourgeoispolitiker sind in Fahrt. Es geht um das imperialistische Energieprogramm und damit direkt um den Höchstprofit. Es geht darum, den politischen Zusammenschluß gegen den Staat zu brechen.

Mit Polizeieinsatz allein ist die Sache nicht gemacht.

Sie versuchen's mit der Spaltung. Die Bauern, am unmittelbarsten betroffen von den Folgen des KKW's, gegen die anderen Teile des Volkes: Dazu hat der Verfassungsschutz extra ein gefälschtes Flugblatt herausgebracht das dazu aufrief, den Bauern die Trecker, ihre Produktionsmittel, zu nehmen

Stoltenberg hat verkündet, man wolle jetzt auch die Entscheidung einer zweiten Instanz ihrer Richter abwarten, bevor mit dem Bau gegebenenfalls begonnen würde. Er will Zeit schinden und die Massen in der Entfaltung ihrer Kraft von Gerichtsterminen und -entscheidungen abhängig machen. Die Massen richten sich auch auf einen langwierigen Kampf ein. Sie haben auf Versammlungen deutlich gemacht: Sollte das KKW fertig gestellt werden, muß die Inbetriebnahme verhindert werden. Geht es in Betrieb, muß die Stillegung erzwungen werden.

Sodann sucht Stoltenberg die Kommunisten in der Bewegung zu isolieren. Dazu habe er Gespräche mit den „demokratischen Kräften" in den Initiativen geführt. In einem Ort der Wilster Marsch sind das z.B. der Dorfpfarrer und ein Hamburger Börsenspekulant, die sich den Vorsitz in der örtlichen Initiative ergattert ha-
der örtlichen Initiative ergattert ha-
ben und jetzt als Kumpane von Stoltenberg die Bewegung auf den friedlichen Weg des Opferlammes dem Parlament und den Gerichtsbeschlüssen unterwerfen wollen. Die Konferenz der Initiativen am Wochenende hat solchen Vertretern das Mandat aberkannt.

Stoltenberg fürchtet, „daß eine friedvolle Demonstration von einer aktiven und gefährlichen Minderheit mißbraucht wird zur Gewaltanwendung." Er erwartet „die bisher schwersten Gewalttätigkeiten in der Geschichte der BRD." Die Bourgeois fürchten die Gewalt, die die Massen entwickeln, wenn sie sich einig sind.

Der Zusammenschluß der Massen gegen den Bau des KKW Brokdorf hat eine feste Grundlage. Sie hat sich als stärker erwiesen als alle Spaltungsversuche. Sie besteht im Kampf gegen die Zerstörung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen und gegen das imperialistische Energieprogramm. Dieser Kampf ist unvermeidlich. Deshalb die Demonstration am 19.2.

# Edgar Tekere, ZANU

**Alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland können uns eine große Hilfe geben, wenn sie auf ihre Regierung so stark Druck ausüben, daß sich diese nicht in unsere Angelegenheiten hier im südlichen Afrika, in unseren Kampf für Unabhängigkeit einmischt.**

Wenn die bürgerliche Presse es so darstellt, als sei Smith fest im Sattel, dann ist das falsch. Wir befinden uns mit ihm im Krieg und sind auch sicher, daß wir ihn besiegen werden. Die Absichten der Imperialisten hier sind uns ganz klar; was den Abbruch der Genfer Konferenz betrifft, so wissen wir darüber nicht viel, weil wir davon nur über die Massenmedien hörten. Sie berichten, daß die Konferenz zusammengebrochen sei, weil Richard und Smith sich nicht einigen könnten. Aber die Frage ist natürlich die: Was hat Smith überhaupt damit zu tun? Wir verhandeln mit der britischen Regierung. Smith halten wir dabei für bedeutungslos. Erst vorgestern erhielten wir die Vorschläge zugeschickt, die Richard Smith vorlegte und die Smith dann zum Abbruch veranlaßten. Das bedeutet, daß der sogenannte Abbruch der Genfer Konferenz früher erfolgte, als wir, auf die es letztlich ankommt, überhaupt wußten, worum es dabei ging. Und das ist doch ein großer Witz.

Was nun die Gefahr einer militärischen Intervention imperialistischer Mächte angeht, so war die immer sehr konkret vorhanden. Eine Intervention wird uns nicht überraschen. Die Einmischung Kissingers und das ganze Gerede über den Kissinger-Plan existiert für uns nicht und ist auch nicht von Belang. Was hat Kissinger mit der ganzen Angelegenheit zu tun? Die Auseinandersetzung besteht nicht zwischen uns und den USA. Wir beharren darauf, daß es sich um eine Auseinandersetzung zwischen uns, dem Volk von Zimbabwe, und den britischen Kolonialisten handelt. Was Kissinger deshalb auch immer gesagt haben mag, was die USA immer sagen mögen, es ist für uns immer vollständig belanglos. Wir haben uns deshalb in Genf auch geweigert, auf Ansichten der USA zu hören und sie zur Kenntnis zu nehmen. Natürlich können wir aber eine Einmischung der USA nicht ausschließen




oder verhindern. Sie können sich einmischen, stark genug dazu sind sie. Aber eines haben wir schon immer gesagt, und darauf haben wir uns auch schon immer vorbereitet: Wenn es soweit kommt, dann werden sie uns nicht überrumpeln, wir werden gegen sie kämpfen.

Egal, wer sich einmischt. Es kann auch die westdeutsche Regierung sein mit ihren Streitkräften. Unsere Antwort an sie alle ist sehr kurz und präzise, wir sagen ihnen: Haltet euch raus!

Wenn sie sich einmischen wollen, so bleibt uns keine andere Wahl als die, zu kämpfen, bis wir sie wieder rausgeworfen haben.

– Alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland können uns eine große Hilfe geben, wenn sie auf ihre Regierung so stark Druck ausüben, daß sich diese nicht in unsere Angelegenheiten hier im südlichen Afrika in unserem Kampf für Unabhängigkeit einmischt.

– Wir sind hocherfreut, daß es so viele fortschrittliche Kräfte gibt, die uns unterstützen, wie der KBW zum Beispiel. Wir hoffen auch, daß es euch gelingt, auf die westdeutsche Regierung und die reaktionären Kräfte so viel Druck auszuüben, daß sie sich vor einer Einmischung zurückhalten. Wir führen keinen Kampf, der auf uns hier im südlichen Afrika beschränkt wäre, es ist ein Kampf, in dem alle fortschrittlichen Kräfte in Europa eine wichtige Aufgabe erfüllen können.

Was die UNO angeht, so haben wir keine Dokumente, die an sie gerichtet sind. Wenn wir uns, sobald die Zeit dafür gekommen ist, an die UNO wenden, dann wird das nur von untergeordneter Bedeutung sein. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen kennt unsere Probleme. Wir waren früher oft an die UNO herangetreten. Aber wir haben gelernt, daß wir sehr vorsichtig damit sein müssen, daß unser Volk nicht irregeleitet wird und glaubt, daß von den Vereinten Nationen seine Befreiung kommen könnte. Das Herantreten an die Vereinten Nationen kann nur eine Unterstützung für das Hauptfeld des Kampfes, das Schlachtfeld auf dem Boden Zimbabwes sein.

Der Krieg in Zimbabwe wird immer intensiver. Wir konzentrieren unsere ganzen Anstrengungen darauf, ihn voranzutreiben. Dafür ist die einzige Schranke der Sieg. Wir haben die Kraft und die Mittel dazu. Unser Hauptproblem ist, wie wir Schritt halten mit der Anzahl derjenigen unseres Volkes, die sich dem Befreiungskampf anschließen wollen.

Dabei sind die Lastwagen, die ihr uns zur Verfügung gestellt habt, eine große Hilfe. Der erste ist bereits in ständigem Einsatz. Er ist das wirksamste Transportmittel, das wir im Augenblick haben. Die anderen drei sind inzwischen auch angekommen, aber noch nicht von der Spedition übernommen. Vorletzten Sonntag hatte ich Gelegenheit, mit 50 Genossen, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten und an einen anderen Ort transportiert werden sollten, die Parolen zu studieren, die ihr im Fahrerhaus angebracht habt. Dabei erklärte ich ihnen die lange Geschichte, wie die Lastwagen in Westdeutschland aufgebracht worden sind. Wir waren alle sehr bewegt. Sie senden euch ihre Kampfesgrüße.

Partei in Zimbabwe

In: **Kommunismus und Klassenkampf** Nr. 1, Januar 1977, Jahrgang 5

**Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord** – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.5 1977:32 000

# Die US-Imperialisten fassen ihre Kräfte zusammen

## Carters Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft

**Der US-Imperialismus ist eine niedergehende Supermacht. Der Dollar ist binnen weniger als zehn Jahren um 40 % im Kurs gefallen und hat aufgehört, Weltgeld zu sein. Seit mehreren Jahren ist die US-Handelsbilanz passiv, 1976 brachte ein neues Rekorddefizit. Und selbst die ausländischen Kapitalexporte *in* die USA überstiegen zum ersten Mal die der USA ins Ausland. Zwar spielen diese Waren- und Kapitalexporte auf dem riesigen nordamerikanischen Markt und gegenüber der gewaltigen zentralisierten Macht der US-Monopole bisher nur eine relativ geringe Rolle. Aber sie zeigen die bedeutende Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Die kapitalistischen Warenmärkte sind weltweit verstopft und auch die US-Monopole haben – trotz steigender Umsätze und Profitmassen, trotz gigantischer Kapitalvernichtung und erfolgreicher Rationalisierungskampagnen, Massenentlassungen und Lohnsenkungen – die Krise ihrer Profitraten noch nicht überwunden. Nach einer flüchtigen Zwischenkonjunktur haben sich die Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts 1976 gegen Jahresende wieder abgesenkt. Die Fäulnis der ganzen Produktionsweise, die unfähig ist, die Produktivkraft der menschlichen Arbeit zu entwickeln, tritt grell hervor.**

**Eben in dieser Lage suchen die US-Imperialisten ihre Kräfte zusammenzufassen, um sich gewaltsam Raum für eine neue Phase der Expansion zu schaffen.**

Noch vor Amtsantritt ist Carter mit einem Ankurbelungsprogramm herausgekommen. Es hat eine gewisse Enttäuschung wegen mangelnder Originalität hervorgerufen und in den Wall-Street-Etagen sicher schon einige Besorgnis, ob der neue Mann für den Zweck der Abstumpfung des Klassenkämpfes wirklich taugt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Carter mit seinen lauthals verkündeten Plänen zur Wirtschaftsankurbelung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit den Arbeitern schmackhaft zu machen versucht hatten, sehen sich allzu früh bloßgestellt.

Was sieht Carters Programm vor? Sein Geldvolumen beträgt etwa 31 Milliarden Dollar, die in zwei Jahresraten à 15,5 Milliarden locker gemacht werden sollen. Tatsächlich wird der Großteil der Geldmittel lediglich in einem Steuerrabatt von 50 Dollar pro Steuerzahler bestehen. Die wegen niedrigem Einkommen von der Steuer Befreiten bekommen diesen Betrag auf die Hand.

Die Maßnahme sieht aus wie ein Anfall von Großherzigkeit, hat jedoch System: Ihr hauptsächlicher und von Carter ausdrücklich verkündeter Zweck ist es, sie bei den Lohnverhandlungen in „Anrechnung" zu bringen, so daß die Lohnerhöhungen noch „maßvoller" ausfallen und die Unternehmen Geld sparen. Aus diesem Grund hatte auch schon Ford 1974 und 1975 entsprechende Steuerrabatte gegeben. Es soll die Erbitterung der Arbeiter über die sprunghaft angewachsene Steuerlast gemildert werden. Betrug die Lohnsteuer 1954 ein Achtel oder Zehntel vom Arbeiterlohn, so heute ein Viertel oder Fünftel.

Noch rascher wie die Lohnsteuern gestiegen sind, sind die Kapitalsteuern gefallen. Der Steuerrabatt für die Masse der einfachen Lohnempfänger gibt Carter die ausgezeichnete Möglichkeit, aus Gründen der Gleichheit vor Gott und den Menschen den Kapitalisten weitere kräftige Steuernachlässe zu gewähren: wahlweise Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge oder Investitionsprämien als Steuerabzug.

Erst der dritte Punkt im „Ankurbelungs"programm besteht in der lautstark verkündeten staatlichen „Arbeitsbeschaffung". Dafür sind noch 2 Milliarden Dollar pro Jahr übrig. Sie sollen fließen: an Bauunternehmen für einige Regierungsaufträge, an Betriebe, die in „strukturschwachen" Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit billig produzieren wollen, und drittens in ein Programm zur Verminderung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und Farbigen, das der Chef des Chemiekonzerns Dupont sich ausgedacht hat. Ziel ist: „. . .einen Teil der Kosten zu übernehmen oder dem Unternehmen zu erstatten, die diesem durch Anstellung und Ausbildung eines solchen ungelernten Arbeitssuchenden, dessen Wertschöpfung unter der vom Gesetz vorgeschriebenen Mindestentlohnung liegt, entsteht." (Blick durch die Wirtschaft, 18.12.76) Das hat eine gewisse Ähnlichkeit mit den berüchtigten „Berufsfortbildungsjahren" für arbeitslose Schulabgänger in der BRD. Jugendliche Arbeiter werden unter dem Vorwand von „Ausbildung" in die Produktion gesteckt und der Staat zahlt darauf Prämien an die Kapitalisten, die dafür nicht einmal den Mindestlohn bezahlen müssen.

Um die 15 Milliarden Dollar seines Programms will Carter den Staat weiter verschulden. Schon unter der Ford-Regierung hat die Staatsschuld in gewaltigen Sprüngen auf 500 Milliarden Dollar zugenommen. Die jährliche Schulden-Tilgung und Zinszahlung aus Finanzkapital beträgt 1976 bereits 34,4 Milliarden Dollar. Ford hatte in seinem Budgetvorschlag für 1977 bereits eine Neuverschuldung von 57 Milliarden vorgeschlagen. Carter erhöht kühn und sendungsbewußt auf über 70 Milliarden Dollar. Schönes Geld mit Zins und Zinseszins für die Geldverleiher von Wall Street, die solchen sicheren Gewinn schätzen.

Der letzte Akt der „Ankurbelung" soll schließlich darin bestehen, die Maßnahmen zum Vorwand für einen neuen Plünderungsfeldzug gegen die Massen sowie eine erweiterte Rationalisierungskampagne in den staatlichen Diensten zu nutzen. Carter hat während des Wahlkampfes eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und weitere Kürzung der staatlichen Ausgaben angekündigt. Kaum anders als unter Ford werden die Kürzungen sich auf die staatliche „Wohlfahrt" sowie auf Rationalisierungen und Massenentlassungen im Schul- und Gesundheitswesen einschließlich der Schließung weiterer staatlicher Krankenhäuser und Grundschulen konzentrieren. Worauf sonst?

Die Methoden des „Wundermannes aus Plains" sind eben so heruntergekommen, wie es der imperialistische US-Kapitalismus selbst ist. Was soll Carter auch machen? Der Weg der Verwandlung des Landes in ein komplettes Militärzuchthaus und der intensivierten Kriegsvorbereitung ist ihm vorgeschrieben wie dem faulenden US-Imperialismus selbst. Noch vor Amtsantritt hat Carter alle Wahlkampfdemagogie kühl fallen gelassen und sich nunmehr für eine umfassende Erweiterung und Erneuerung des Militärapparates erklärt.

Man kann gewiß sein, daß die amerikanische Arbeiterklasse der Finanzbourgeoisie auf diesem Weg nicht mehr folgen wird. Der „amerikanische Traum" vom Ausweg aus der Lohnarbeiterexistenz durch wenigstens ein kleines Besitztum, eine kleine Farm oder ein kleines Geschäft irgendeiner Art, der Millionen Proletarier dazu gebracht hat, aus der „alten Welt" sich in die „neue Welt" aufzumachen, war schon immer verlogen. Aber solange der US-Imperialismus auf dem aufsteigenden Ast war, schien Nordamerika doch das Land der „unbegrenzten Möglichkeiten" zu sein. Der Niedergang der Supermacht USA hat den imperialistischen Kapitalismus als allseitiges Hindernis der ganzen gesellschaftlichen und menschlichen Fortentwicklung kraß hervortreten lassen.

Die amerikanische Arbeiterklasse hat sich gegen die Tendenzen der Verelendung, denen sie immer zunehmend unterworfen wird, in harten und oft äußerst langwierigen Kämpfen zur Wehr gesetzt. Die Bergarbeiter, die Gummiarbeiter, die Automobilarbeiter, die Beschäftigten zahlreicher staatlicher Betriebe haben 1976 oft wochen- und monatelang um ihre Forderungen gekämpft. Öfters mit Erfolg. Das hat die Wirkungen der kapitalistischen Verelendung nur aufhalten, aber nicht außer Kraft setzen können. Selbst nach offizieller Statistik ist der Lohn der in Arbeit befindlichen Arbeiter und Angestellten von 1973 bis 1976 um 8 % gesunken. Das ist, wie gesagt, die offizielle Statistik. Sicher ist, daß die Löhne in den USA mittlerweile unter den Löhnen einer Reihe europäischer Länder liegen, darunter der BRD.

Ausgeübt wird der Druck auf den Lohn vor allem mit dem Hebel der industriellen Reservearmee. Das ist ein langer Hebel. Über 8 % aller Arbeiter und Angestellten sind 1976 arbeitslos gewesen, das heißt 7 Millionen Menschen. Darunter haben sich 1976 nach Feststellung der Behörden allein eine Million Frauen zwischen 25 und 44 Jahren gemischt, die auf Arbeitssuche gegangen sind, weil der Lohn ihrer Männer die Familie nicht mehr ernährt. Die offizielle Gesamtbeschäftigung ist jedoch gleich geblieben. Wohin sind die aus der Statistik verschwundenen tatsächlich verschwunden? Sie haben sich in die ungezählte Armee derjenigen eingereiht, die es aufgegeben haben, Arbeit finden zu wollen – die Armee der „Wohlfahrtsempfänger", Bettler, dem Verbrechen anheim Gefallenen und Verlumpten.

Hinzubetrachten muß man an dieser Stelle die Schattenarmee der „illegalen" Arbeiter, meistens aus Mexiko oder Puerto Rico, die als Wander- und Saisonarbeiter zu den Bedingungen echter Sklaverei beschäftigt werden. Die Behörden schätzen ihre Zahl auf etwa 8 Millionen, die Gewerkschaften auf 12 Millionen.

Ein schreiender Ausdruck des Raubs an Lebensmöglichkeiten durch den Kapitalismus sind schließlich die Geburtenstatistiken. Von 1957 noch 4,3 Millionen sind die Lebendgeburten 1976 auf 3 Millionen zurückgegangen. Die Zahl der legalen Abtreibungen übersteigt in manchen Gebieten die der Lebendgeburten. Die illegalen Abtreibungen zählt niemand. Bei den Geburten liegt wiederum die Zahl der unehelichen oft über der der ehelichen.

Man mag denken, diese durch und durch verrottete Gesellschaftsordnung müsse an ihren inneren Widersprüchen schließlich platzen und sei zu großen imperialistischen Unternehmungen unfähig geworden. Das ist ein grober Trugschluß. Unfähig, der Menschheit eine Entwicklung zu eröffnen, ist der Imperialismus in der Lage, aus seinem überschießenden Reichtum an Geld und sachlichen Hilfsmitteln der Produktion mittels des Staatsapparates eine geschlossene Maschine der Konterrevolution und des Krieges zu formen, die in der Lage ist, beliebiges Unheil anzurichten. Den Marxisten-Leninisten in den USA kommt die historische Aufgabe zu, die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu befähigen, diese Maschine so rasch und so gründlich wie möglich zu zerschlagen. – (gk)



In den USA war 1976 das Jahr mit den meisten Streiktagen. Besonders in den öffentlichen Diensten nahmen die Streiks sprunghaft zu. Hier kämpfen die Arbeiter in Flint, Michigan, gegen die Polizei und Streikbrecher. Am 3. September 1976, dem zweiten Streiktag, versuchten die Behörden, durch Streikbrecher die Schulbusse ausfahren zu lassen. Als die Arbeiter sich vor die Busse setzten, ging die Polizei auf sie los.

# Auch die Sowjetunion versucht die OPEC zu schwächen und zu spalten

Ein „progressives Ölkartell" will der kuweitischen Zeitung „Al Siyana" (Kuweit Times) zufolge die Sowjetunion schaffen. Sie hat „mehrere arabische Mitgliedsländer der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) aufgefordert, zusammen mit Moskau und osteuropäischen Staaten ein neues Ölkartell zu gründen", weil „die OPEC heute Zwängen von Innen ausgesetzt ist, die für die progressiven Mitglieder nicht annehmbar sind", berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 25.1.1977. Die „inneren Zwänge" wirken vermittels äußerer. Die amerikanische Monopolbourgeoisie beherrscht die Rohölausbeutung in den meisten arabischen Staaten. 70 % der Ölproduktion und des Ölhandels sind nach wie vor in einer Hand. So besitzt sie z.B. einen 40prozentigen Anteil an der saudiarabischen Ölgesellschaft ARAMCO und hat diese damit in der Hand. Das konnte sie dazu nutzen, daß Saudiarabien und die Golfstaaten sich jetzt weigern, wie alle anderen OPEC-Staaten den Rohölpreis zum 1.1.1977 um 10 % und zum 1.7.77 um weitere 5 % anzuheben, was allein angesichts der Tatsache, daß die Preise der von den imperialistischen Staaten exportierten Industriewaren an die OPEC-Staaten um 27 % gestiegen sind, mehr als gerechtfertigt ist. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat zwar diesen Spaltungsversuch der OPEC durch die Sozialimperialisten dementiert. Aber wer glaubt, daß die russische Monopolbourgeoisie die Gelegenheit ungenutzt verstreichen läßt, um das eigene Monopol auf dem Rohölmarkt auszudehnen im Kampf mit der konkurrierenden amerikanischen Monopolbourgeoisie? Einfach ist's, den Versuch zu dementieren, nachdem er keine Gegenliebe gefunden hat.

Wie die US-Imperialisten respektieren die sowjetischen Sozialimperialisten nicht das Recht der kleineren Staaten auf die Souveränität über ihre eigenen Bodenschätze. Während z.B. Carter die „Führung der Vereinigten Staaten" bei der „Sicherung einer gerechten Erschließung der Bodenschätze der Welt" beansprucht (Antrittsrede am 20.1.1977), faseln die Sozialimperialisten davon, die Rohstoffe seien „internationales Eigentum", „die Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Naturreichtümer hinge in hohem Grade von der Fähigkeit ihrer Industrie ab, diese Ressourcen zu nutzen". Sie weigern sich, die gerechten Forderungen der Staaten der Dritten Welt anzuerkennen und behaupten, „es gibt keine Grundlage dafür, . . bei der Sowjetunion . . . jene Forderungen zu erheben, die die Entwicklungsländer den kapitalistischen Industriestaaten stellen" (Erklärung der sowjetischen Regierung über die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Oktober 1976). Daraus leitet sie das Recht ab, die Rohstoffpreise noch unter die Weltmarktpreise zu drücken. In einer Sendung „Auskunft International" im DDR-Rundfunk wurde das indirekt eingestanden. Auf die Entlarvung, daß die Sowjetunion dem Irak Erdöl unter Weltmarktpreis abnimmt, um es dann teuer weiterzuverkaufen, wurde erwidert: „Tatsächlich bezieht die UdSSR trotz ihrer eigenen Ölvorkommen aus zwei Gründen bestimmte Erdölmengen aus dem Irak. Erstens deshalb, weil der Irak die sowjetische Hilfe für den ökonomischen Aufbau dieses Landes zu einem großen Teil nur mit dem Ölreichtum dieses Landes bezahlen kann, und zweitens deshalb, weil es auch aus ökonomischen Gründen für die UdSSR günstiger ist, in den südlichen Gebieten der Sowjetunion Öl aus den näher gelegenen irakischen Ölfeldern zu verarbeiten." Völlig unsinnig sei es allerdings zu behaupten, daß das irakische Öl dann zu teuren Preisen an „westliche Länder" verkauft würde. „Bekanntlich liefert die Sowjetunion Erdöl in bestimmten Mengen aus ihrem eigenen Vorkommen an verschiedene kapitalistische Staaten . . .", als ob der Profit, den die sowjetische Monopolbourgeoisie einstreicht, bei diesem Handel davon abhinge, welche Tankwagen bei welchem Abnehmer landen. Ähnliche Hilfsabkommen auf der Basis des Erdöls hatte die Sowjetunion 1970 z.B. mit dem Iran über 231,2 Millionen Rubel, mit Algerien 118,3 Millionen Rubel, dem Irak 63,5 Millionen Rubel (Die Wirtschaft, Berlin (DDR), 7.3.73). Beim kürzlichen Besuch des libyschen Staatschefs Gaddafi in Moskau wurde das letzte „Kooperationsabkommen" dieser Art abgeschlossen. Für die Errichtung zahlreicher Anlagen, die wichtigsten davon zur Entwicklung der Erdöl- und Erdgasindustrie, werden von Libyen mit Rohöl und Erdgas bezahlt werden müssen. Mit was denn sonst? Andererseits schloß die Sowjetunion im Oktober letzten Jahres mit Spanien ein Rohöllieferabkommen von 2 Millionen Tonnen für 1977 und einer weiteren Million Tonne zur Option.

Den größten Profit zieht die sowjetische Monopolbourgeoisie aus dem Handel mit den unterjochten Staaten Osteuropas. Mit 481 Millionen Tonnen ist die Sowjetunion der größte Erdölproduzent der Welt und gegenüber den RGW-Staaten hat sie sich das absolute Monopol gesichert. 337 Millionen Tonnen verbraucht sie selber, der Rest geht in den Handel. Die RGW-Staaten müssen Maschinen und Ausrüstungen für die sowjetische Monopolbourgeoisie produzieren. 1971 betrugen die Importe der Sowjetunion 3,8 Milliarden Rubel, was 21 % der Gesamtinvestitionen an Maschinen und Ausrüstungen im industriellen Bereich ausmachte. Dafür liefert die Sowjetunion Rohstoffe, insbesondere Rohöl, zu Preisen eines Rohstoffkartells. Der Rohstoffexport betrug 1970 4,5 Milliarden Rubel.

Eine andere Triebkraft für den Handel mit dem Rohöl der arabischen Staaten ist die Krise des Kapitalismus in der Sowjetunion. Die Rezession verstärkt sich jährlich mehr, 1976 insbesondere in der Stahlproduktion, bei Zement, Düngemittel und vor allem in der landwirtschaftlichen Produktion.

Deshalb mußte 1975 das Vierfache an landwirtschaftlichen Produkten importiert werden als 1974. Das Handelsdefizit soll bis Ende 1976 5 Milliarden Rubel betragen (ATA, 25.12.76) So konkurriert die sowjetische Monopolbourgeoisie auch mit der OPEC und unterbietet sie, wenn es in ihrem Profitinteresse ist. Kaum hatte z.B. die OPEC 1975 die Ölpreise erhöht, schloß die Sowjetunion mit den USA ein Abkommen über die Lieferung von 10 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr im Austausch für amerikanischen Weizen. Wie die westlichen Imperialisten will sie die eigenen Rohölvorkommen, die auf etwas über 10 Milliarden Tonnen geschätzt werden, also bei der jetzigen Produktion nur 20 Jahre reichen würden, schonen und handelt stattdessen mit den geplünderten Rohstoffen der Staaten der Dritten Welt. – (hl)

# Die zwei „Wirkungsketten“ – Argumentationsketten, um die Arbeiter an den Kapitalismus zu fesseln

**Die Kapitalisten sagen, die Gewinne müßten steigen, damit die Investitionen steigen, und dann würden neue Arbeitsplätze geschaffen. Helmut Schmidt, der sozialdemokratische Kanzler, hat auf dem Mannheimer Parteitag gesagt, man dürfe die „Erträge“ nicht verteufeln, denn die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen. Wer die Arbeitslosigkeit beseitigen wolle, der müsse dafür sorgen, daß die Gewinne steigen. Für die Profite hat sich der Sozialdemokrat gewaltig ins Zeug gelegt. Sie sind gestiegen. Die Arbeitslosigkeit ist geblieben, und die Prognostiker der Kapitalisten rechnen sich schon aus, wie sich die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 1990 entwickeln wird. Werden die Kapitalisten dieses Datum noch erleben?**

Die Arbeitslosigkeit ist ein Ergebnis der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Die Kapitalisten können die Arbeitslosigkeit nicht wegleugnen. Sie wissen, daß die Arbeitslosigkeit die Massen gegen die kapitalistische Produktionsweise empört. Im Kapitalismus muß unter der Fuchtel der Kapitalisten geschuftet werden, und gerade die Schufterei unter der Fuchtel der Kapitalisten bringt Arbeitslosigkeit hervor. Wenn Arbeit nicht zur Verbesserung der Lage der Massen führt, sondern zu ihrer Verschlechterung, dann muß dies an den gesellschaftlichen Bedingungen liegen, unter denen die Arbeit angewandt wird. Unter kapitalistischen Bedingungen wird von den Kapitalisten fremde Arbeit angewandt, um sich das Produkt der Arbeit anzueignen und Profit zu machen. Daran muß es liegen, wenn die Arbeit zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter führt. Also müssen sich die Arbeiter vom Kapitalismus befreien, und auf dem Weg dahin, auf dem Weg
Arbeiter führt. Also müssen sich die Arbeiter vom Kapitalismus befreien, und auf dem Weg dahin, auf dem Weg
zur Revolution, müssen sie gegen die Verschlechterung ihrer Lage kämpfen. Dieser Gedanke drängt sich den Arbeitern auf, wenn sie ihre Lage im Kapitalismus untersuchen.

Also müssen die Kapitalisten diesen Gedanken unterdrücken. Ihr habt unrecht, sagen sie den Arbeitern. Nicht die Ausbeutung führt zur Arbeitslosigkeit, sondern daß die Ausbeutung nicht weit genug getrieben ist, zwingt uns zur Entlassung von Arbeitern und verhindert, daß wir Arbeiter einstellen. Ihr habt euch zu hohe Löhne erkämpft. Ihr müßt zur Besinnung kommen. Wollt ihr, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, dann müßt ihr wollen, daß unsere Gewinne steigen. Also rackert euch ab und übt Lohnverzicht, macht das für ein paar Jährchen, was ist das schon, und ihr werdet sehen, wir sind zusammen aus dem Gröbsten heraus. Haben wir ausreichende Gewinnerwartungen, dann werden wir auch ausreichend Arbeiter einstellen, die unsere Gewinnerwartungen in klingende Münze verwandeln, indem sie uns den erwarteten Profit durch ihre Arbeit produzieren.

Die Rede klingt für die Ohren der Arbeiter nicht sehr überzeugend. Die „Wirkungskette“ steigende Gewinne – wachsende Investitionen – mehr Arbeitsplätze ist nicht so gut, um die Arbeiter an den Kapitalismus zu fesseln. So lassen sich die Arbeiter nicht von dem Gedanken abbringen, daß eine Produktionsweise, in der die Arbeit Arbeitslosigkeit hervorbringt, durch Revolution umgewälzt werden muß. Jeder Arbeiter sieht auch, daß die Sache so nicht stimmt. Um Gewinne zu machen, setzen die Kapitalisten Kapital ein für Rationalisierungen. Am Ende stehen an der Maschine statt fünf Arbeitern nur noch zwei, und die zwei sind durch die analytische Arbeitsplatzbewertung auch noch gleich automatisch ein paar Arbeitswerte tiefer eingestuft worden und haben jetzt einen geringeren Lohn. Erscheint dem Kapitalisten der so rationalisierte Produktionsprozeß gewinnbringend genug, daß er zu der einen Maschine eine weitere hinzustellt, dann sind das immer noch erst vier Arbeitsplätze. Daß jeder der vier Arbeiter jetzt weniger verdient als vorher jeder der fünf, daran ändert sich damit nichts. Jeder Arbeiter hat im Laufe der Jahre Hunderte von Beispielen gesammelt, wo es genau so gelaufen ist, und bei einigen dieser Beispiele hat er selber als Anschauungsmaterial für den trügerischen Charakter der von den Kapitalisten behaupteten „Wirkungskette“ gedient.

Obwohl der oberste Sozialdemokrat, der Kanzler Schmidt, also diese These vertritt, können die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften damit die Arbeiter weder so leicht vom Lohnkampf abhalten noch von der Revolution. Das aber ist ihnen nicht nur
Lohnkampf abhalten noch von der Revolution. Das aber ist ihnen nicht nur
dringendes Bedürfnis, sondern ist auch ihr Interesse. Wird es im Sozialismus Leute geben, die auf den Organisationen der Arbeiter thronen, von den Arbeitern leben und doch den lieben langen Tag nur nach Mitteln und Wegen suchen, wie sie die Arbeiter gängeln können? Es wird welche geben, die trotz Sozialismus geradeso leben wollen. Das ist schon sicher. Die Arbeiter werden aber die Mittel und Wege haben, um diese Absichten zu kritisieren *und* niederzuhalten. Sie sind dann an der Macht. Also kann so ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, der sich auf dem Rücken der Arbeiter und ihrer Organisationen eingerichtet hat, auch persönlich überhaupt kein Interesse am Sozialismus haben. Er ist dagegen. Was muß er machen, um die Arbeiter vom Lohnkampf und von der Revolution abzuhalten? Er muß sich was einfallen lassen. Er muß eine andere Argumentationskette entwickeln als die der Kapitalisten, und man darf ihr ihren bürgerlichen Charakter nicht auf Anhieb ansehen. Sie muß dem Anschein nach sogar gegen die von den Kapitalisten behauptete „Wirkungskette“ gerichtet sein, damit man sich an der Oberfläche im Tarifkampf mit den Kapitalisten anständig herumschlagen kann und nicht gleich herauskommt, daß die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften keine anderen Ziele verfolgen als der Sozialdemokrat an der Regierungsspitze und die Kapitalisten selber, die von Schmidt ihre politischen Geschäfte führen lassen. Zunächst müssen die Sozialdemokraten hinwegdiskutieren, daß die kapitalistische Produktionsweise auf der Ausbeutung beruht, und daß diese Ausbeuterordnung notwendig Krisen und Arbeitslosigkeit hervorbringt. Sodann müssen sie behaupten, daß sich die Besserung der Lage der Arbeiter mit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise glänzend vereinbaren ließe, ja, daß, je besser es den Arbeitern ginge, es auch dem Kapitalismus immer besser ginge. Mit einer solchen Argumentationskette wäre beides erreicht: den Arbeitern ließe sich Sand in die Augen streuen, und mit den Kapitalisten ließe sich streiten, ohne ihnen der Sache nach irgendwie ernsthaft weh zu tun. Die den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften gestellte Aufgabe ist gelöst mit der „Wirkungskette“ steigende Löhne – wachsender Konsum – mehr Arbeitsplätze.

Mit dieser Wirkungskette fuchteln die Reformisten in den gegenwärtigen Lohnkämpfen und auf jeder Betriebs- und Gewerkschaftsversammlung herum. Das läßt sich hören, denkt mancher Arbeiter. Da die Kapitalisten dagegen sind und sagen, so geht es nicht, wird dieser Eindruck verstärkt. Zusammen mit diesem Eindruck wird der Gedanke an den unversöhnlichen Klassengegensatz, an die Unvermeidbarkeit des Lohnkampfes und die Notwendigkeit der Revolution verschüttet. Bloß stimmt diese „Wirkungskette“ nicht und führt diese Argumentationskette, sobald ihr die Arbeiter Glauben schenken, notwendig in die Niederlage. Gegenüber der Argumentationskette der Kapitalisten ist sie obendrein unterlegen, weil die Argumentation der Kapitalisten von dem ausgeht, worauf es dem Kapitalisten dem Wesen nach ankommt, von der Verschärfung der Ausbeutung. Der Sozialdemokrat dagegen geht von einer untergeordneten Tatsache aus, von der Tatsache, daß die von den Arbeitern für die Kapitalisten produzierten Waren schließlich auch auf dem Markt verkauft werden müssen. Daß der Profit auch realisiert werden muß. Das ist wahr, antworten die Kapitalisten den Sozialdemokraten in den Verhandlungszimmern der Tarifgespräche, aber ihr wißt selber, daß der Profit, damit er realisiert werden kann, erst mal produziert sein will, und es wird um so mehr Profit produziert, je niedriger die Löhne sind, und um so weniger, je höher die Löhne sind. Was nützt uns, wenn wir Profite realisieren können, die wir nicht haben? Also, Freunde, seid logisch, seid konsequent. Dieses Tarifgespräch endet, wenn es von den Arbeitern nicht durch Zusammenschluß auf einer richtigen Forderung, die ihren gemeinsamen Interessen entspricht und durch Streik für diese Forderung gestört wird, in schöner Regelmäßigkeit mit einem Abschluß, über den sich die Kapitalisten die Hände reiben und der in den Händen der Arbeiter übers Jahr hinweg sich in weniger als nichts auflöst.

Karl Marx hat in einer Anmerkung zum zweiten Band des „Kapital“ festgestellt:

„Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise: Die Arbeiter als Käufer von Ware sind wichtig für den Markt. Aber als Verkäufer ihrer Ware – der Arbeitskraft – hat die kapitalistische Gesellschaft die Tendenz, sie auf das Minimum des Preises zu beschränken.“

An diesem Widerspruch wollen die Reformisten die Taktik des Lohnkampfes ausrichten, und zwar so, daß sie die Kapitalisten davon überzeugen wollen, es komme für sie auf die Arbeiter als Käufer an und nicht darauf, zu welchen Bedingungen sie die Arbeitskraft einkaufen, um sie in der Produktion auszubeuten. Der Kapitalist ist bis zu einem gewissen Grad durchaus an den Arbeitern als Käufern interessiert, so sehr, daß er sie dabei zusätzlich übers Ohr zu hauen versucht durch Verteuerung der Ware und Verschlechterung ihrer Qualität. Der Kapitalist verliert aber nie das Wesentliche, die Ausbeutung, aus den Augen. Die Reformisten sagen oft, Karl Marx sei vielleicht gut gewesen für das 19. Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert würde nicht mehr gelten, was er seinerzeit gesagt hätte. Es gilt aber so sehr, daß sich die Aussagen von Karl Marx in jedem Tarifkampf bestätigen und die „Wirkungskette“ der Reformisten sich stets erneut als falsch herausstellt. Übrigens stammt die Argumentation der Reformisten natürlich nicht aus dem 20. Jahrhundert und ist alles andere als brandneu. Sie ist alt und abgestanden und von Marx bereits längst widerlegt worden, wie auch alle anderen Weisheiten, mit denen sich die Reformisten gegenüber dem „veralteten“ Marxismus großtun wollen.

Die „Wirkungskette“ der Reformisten ist nichts anderes als das Ausspinnen von Gedanken, die auch der Kapitalist hat. Dazu hat Karl Marx bereits frühzeitig aufgeschrieben:

„Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten (gegenüber)steht und wünscht seinen Konsum, d.h. seine Tauschfähigkeit, sein Salär (seinen Lohn) möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der *anderen* Kapitalisten als möglichst große Konsumenten *seiner* Ware. Aber das Verhältnis *jedes* Kapitalisten zu *seinen* Arbeitern ist das *Verhältnis überhaupt* von *Kapital und Arbeit*, das wesentliche Verhältnis.“

Deshalb sorgen die Kapitalisten auch gemeinsam dafür, daß sich die Tendenz, den Preis der Arbeitskraft auf sein Minimum zu beschränken, durchsetzt. Diese Tendenz wird sich schrankenlos durchsetzen, wenn die „Wirkungsketten“ der Sozialdemokraten die Gedanken der Arbeiter fesseln und sie daran hindern, den Lohnkampf mit aller Entschlossenheit zu führen. Die Klarheit des Klassenbewußtseins ist der ausschlaggebende Faktor im Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten. Durch dieses Kräfteverhältnis wird entschieden, ob die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse Generation für Generation durch die Profitproduktion zugrunderichtet oder ob die Arbeiter im Lohnkampf eine Lage schaffen, in der sie den Kampf für die proletarische Revolution führen können. – (gs)

„Es ist eine reine Tautologie zu sagen, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion oder an zahlungsfähigen Konsumenten hervorgehn. Andre Konsumarten als zahlende kennt das kapitalistische System nicht, ausgenommen die sub forma pauperis* oder die des ‚Spitzbuben‘. Daß Waren unverkäuflich sind, heißt nichts, als daß sich keine zahlungsfähigen Käufer für sie fanden, also Konsumenten (sei es nun, daß die Waren in letzter Instanz zum Behuf produktiver oder individueller Konsumtion gekauft werden). Will man aber dieser Tautologie einen Schein tiefrer Begründung dadurch geben, daß man sagt, die Arbeiterklasse erhalte einen zu geringen Teil ihres eignen Produkts, und dem Übelstand werde mithin abgeholfen, sobald sie größern Anteil davon empfängt, ihr Arbeitslohn folglich wächst, so ist nur zu bemerken, daß die Krisen jedesmal gerade vorbereitet werden durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt und die Arbeiterklasse realiter größern Anteil an dem für Konsumtion bestimmten Teil des jährlichen Produkts erhält.

Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und ‚einfachen‘ (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise.“ (Karl Marx, Das Kapital, Band II, Berlin 1969, S. 409/410)

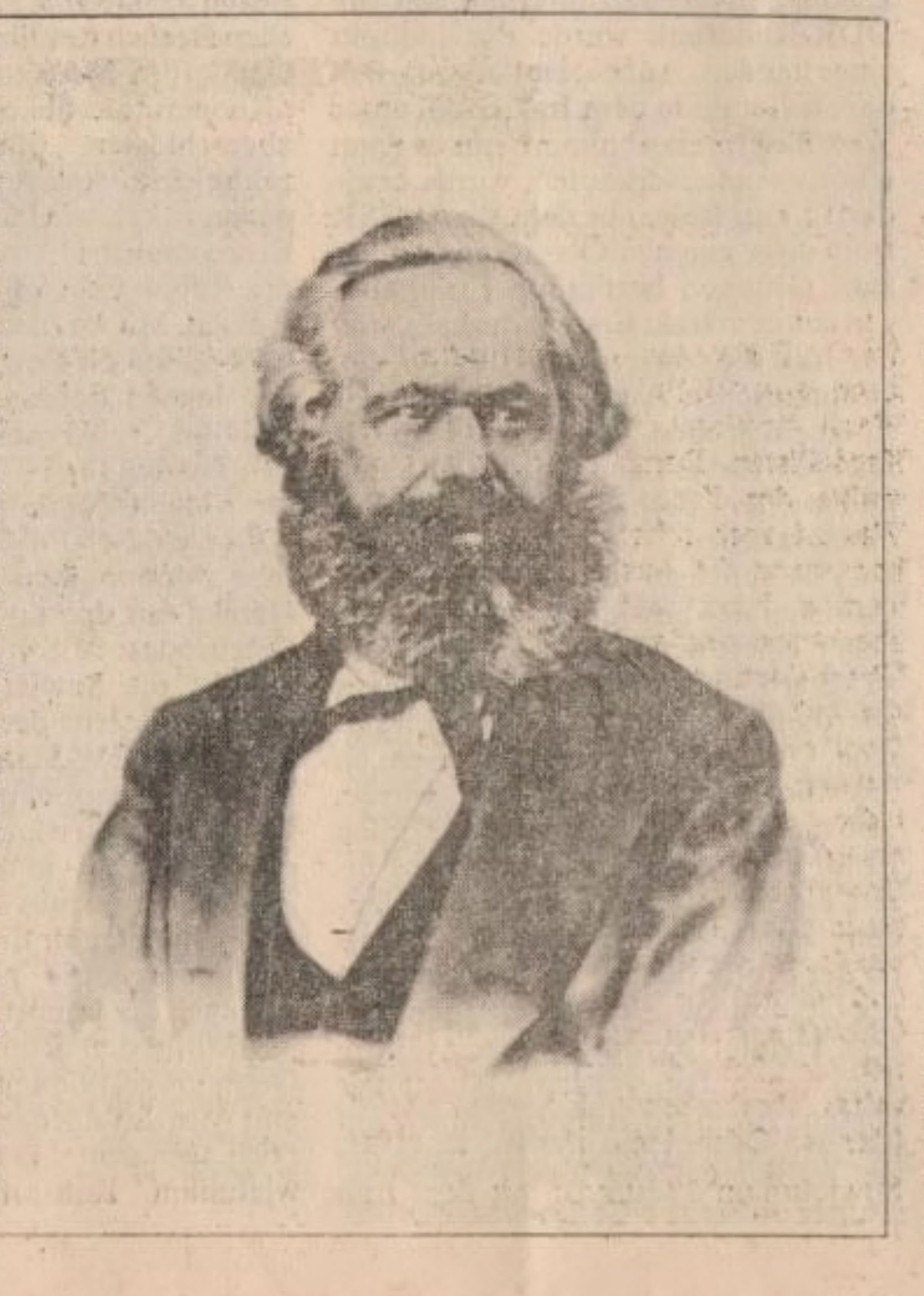
| | Produktion | Lohnsumme | | Lohnsteuersumme | | Anteil | Inflationsrate | | Arbeitslose |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Index 1970 gleich 100 | MD Mio DM | Veränderg. in % | MD Mio DM | Veränderg. in % | Lohnsteuersumme aus Lohnsumme in % | 1970 gleich 100 | Veränderg. in % | |
| 1970 | 100,0 | 7 100 | 20,5 | 801,1 | 33,2 | 11,28 | 100,0 | 3,4 | 59 600 |
| 1971 | 101,5 | 7 640 | 7,6 | 933,5 | 16,5 | 12,22 | 105,1 | 5,1 | 74 000 |
| 1972 | 105,9 | 8 021 | 5,0 | 1 045,2 | 12,0 | 13,03 | 110,7 | 5,3 | 98 400 |
| 1973 | 113,1 | 8 995 | 12,1 | 1 280,2 | 22,5 | 14,23 | 118,2 | 6,8 | 109 200 |
| 1974 | 111,5 | 9 675 | 7,6 | 1 479,4 | 15,6 | 15,29 | 126,3 | 6,9 | 232 800 |
| 1975 | 104,5 | 9 459 | –2,2 | 1 382,9 | –6,5 | 14,62 | 134,0 | 6,1 | 429 600 |
| 1976* | 112,1 | 9 894 | 4,2 | 1 546,7 | 11,8 | 15,63 | 140,1 | 4,6 | 411 900 |

* Monat Dezember geschätzt
MD gleich Monatsdurchschnitt
Quelle: Wirtschaft und Statistik 12/76, Monatsbericht Deutsche Bundesbank, Januar 1976. Alle Angaben beziehen sich auf die Industrie, teilweise eigene Berechnungen.

Quelle: Wirtschaft und Statistik 12/76, Monatsbericht Deutsche Bundesbank, Januar 1976. Alle Angaben beziehen sich auf die Industrie, teilweise eigene Berechnungen.

„Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ihre Kämpfe um den Lohnstandard von dem ganzen Lohnsystem unzertrennliche Begleiterscheinungen sind, daß in 99 Fällen von 100 ihre Anstrengungen, den Arbeitslohn zu heben, bloß Anstrengungen zur Behauptung des gegebnen Werts der Arbeit sind und daß die Notwendigkeit, mit dem Kapitalisten um ihren Preis zu markten, der Bedingung inhärent ist, sich selbst als Ware feilbieten zu müssen. Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den *gesellschaftlichen Formen*, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des *konservativen* Mottos: ‚*Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!*‘, sollte sie auf ihr Banner die *revolutionäre* Losung schreiben: ‚*Nieder mit dem Lohnsystem!*‘ “ (Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, Peking 1974, Seite 74/75)



# „Die 6,9 % sind Lohnabbau – ablehnen! 1 DM pro Stunde mehr für alle beschließen!"

„170 DM müssen schon hart erkämpft werden", sagte ein Arbeiter der Rüstungsfabrik Teldix in Heidelberg, als bekannt wurde, daß die Metallkapitalisten in Baden-Württenberg auch das 6,9 %-Angebot vorlegen.

Die Festgeldforderung wurde vom Vertauensleitekörper der IG-Metall schon im November aufgestellt und auf der darauffolgenden Betriebsversammlung von der ganzen Belegschaft bekräftigt. Die Auffassung bestand, die Forderung steht. Doch die Betriebszelle Teldix machte den Fehler, nicht zu beachten, daß der für die Vertreterversammlung der IG-Metall delegierte Betriebsrat ein eingefleischter Sozialdemokrat ist, und betrieb deshalb keinerlei Maßnahmen, um ihn auf die Beschlüsse der Belegschaft festzulegen bzw. ihm das Abrücken unmöglich zu machen.

Bei der Abstimmung hat er für 7 % und 50 DM gestimmt. Weil die falschen Hoffnungen in die Sozialdemokraten nicht wirksam bekämpft wurden, erschütterte der Forderungsbeschluß der Großen Tarifkommission in gewissem Grad die bereits gewonnene Einheit der Belegschaft. Die Sozialdemokraten gingen herum und lobten den Sockel. Sie machten alle Anstrengungen um die Arbeiter vom weiteren Eintreten für die Forferung nach 170 DM abzuhalten.

Doch während sich der Schwindel mit dem Schlichtungsmanöver abzeichnete, entschlossen sich Kollegen in einigen Abteilungen Briefe an die Große Tarifkommission zu schicken, in denen sie diese aufforderten, nicht unter 1 DM für alle abzuschließen und die Lohngruppen 1, 2 und 3 zu streichen. Die Arbeiter debattierten über Kampfmaßnahmen. „Die werden bei 6-7 % mit uns fertig werden wollen", hieß es. Ohne Streik ist der Reallohn nicht zu halten, das war klar. Die Vertrauensleute und Betriebsräte wurden aufgefordert, rasch eine Sitzung zur Organisierung eines Warnstreiks einzuberufen. Lange geschah nichts bei Teldix, obwohl auch auf der Funktionärskonferenz der IG Metall in Heidelberg von einer Reihe von Arbeitersprechern gefordert wurde: „Wir müssen wieder raus aus dem Betrieb, auf die Straße, demonstrieren und Protestkundgebungen durchführen. Wir müssen denen zeigen, wer wir sind".

Erst als am 24. morgens abzusehen war, daß einige klassenbewußte Arbeiter nachmittags nicht im Betrieb sind, wurde von den Sozialdemokraten flugs eine Vertrauensleutesitzung einberufen. „Wir warten jetzt ab, was sich spontan in der Belegschaft entwikkelt". Das war der Tenor der Sozialdemokraten, ohne klaren Beschluß gingen die Vertrauensleute wieder auseinander. So gelang es ihnen nochmals die Einheit zu zersetzen.

Doch die Warnstreiks in etlichen anderen Betrieben in Heidelberg setzten am Montag die Signale. Am nächsten Tag wurde der Warnstreik organisiert. Am 26. Januar zogen 45, meist Arbeiterinnnen der unteren Lohngruppen, aus der Vormontage heraus und durch andere Abteilungen. Es schlossen sich etwa 15 weitere Arbeiter an. In der Teilefertigung und im Maschinensaal, stellten Kollegen die Maschinen ab. Sie beteiligten sich aber nicht am Streikzug. Ihnen wurde zuvor von den Teldix-Kapitalisten mit Kündigung gedroht. Der Streikzug wäre fast auseinandergebrochen. Die Arbeiter waren zunächst entmutigt. Es wurde heftig um die Weiterführung des Streiks debattiert. „Diese Schlappschwänze machen nicht mit, wir hören auf", äußerte einer. „Um den Lohn müssen wir kämpfen, also kämpfen wir weiter", wurde ihm entgegnet. Die Betriebszelle konnte die 60 Kollegen wieder zusammenschließen. Der Zug ging weiter über den großen Fabrikinnenhof in weitere Abteilungen und der Warnstreik wurde geschlossen beendet.

Mit diesem Streik wurden weitere wichtige Erfahrungen über die sozialdemokratische Klassenversöhnung gemacht. Die haben freilich nicht vor, den Kampf um die Arbeiterinteressen entschlossen zu organisieren, sondern setzten auf Verwirrung und Spaltung, um den Kampf schließlich zu unterdrücken. Erfolg hatten sie letzten Endes nicht, die Teldixarbeiter kämpfen weiter um ihre Einheit.

Als am Montagmorgen bekannt wurde, daß mit einem 6,9 % Abschluß zu rechnen sei, beratschlagten die Löterinnen und Montierer der Vormontage, daß man mit schnellen Schritten noch verhindern muß, daß die Sozialdemokraten der Gewerkschaftsführung abschließen. Geld wurde gesammelt und 2 Telegramme, eins nach dem Essen an die Tarifkommission in Nordrheinwestfahlen und eins nach Stuttgart an die Tarifkommission in Nordwürttemberg/Nordbaden abgeschickt: *„Das 6,9 Prozentergebnis ist Lohnabbau, gerade für die unteren Lohngruppen- Ablehnen! Wir haben aus den bisherigen Erfahrungen gelernt und wir fordern erneut auf, über die Lohnforderung zu beschließen: Mindestens 1 Mark pro Stunde mehr für alle! Organisierte Metaller Teldix".*

# Schon nach einer dreiviertel Stunde Streik war Schmücker von seinem hohen Roß herunter

### Tarifkampf VW-Werke / Erfahrungen aus dem letzten Tarifkampf

**VW-Wolfsburg.** Am Mittwoch, den 2.2., finden die ersten Tarifverhandlungen für die sechs inländischen VW-Werke statt. Unter den VW-Arbeitern wird debattiert, wie man sich gegen Schmücker durchsetzen kann. „Wir müssen streiken", ist die Ansicht der meisten Kollegen. Aber wie, das ist die Frage. Die Einigung der Arbeiter auf einen gemeinsamen Kurs ist noch nicht abgeschlossen. Arbeiter aus der Golf-Endmontage sagen, die Tarifkommission muß Abkoppelung der Festgeldforderung von den 9,6 % beschließen. Nur so ist ein einheitliches Handeln aller Arbeiter und Angestellten möglich, nur so ist gewährleistet, daß keiner unter 180 DM mehr pro Monat kommt. Solch ein Antrag wurde an die Tarifkommission gestellt.

Es gibt aber auch andere Auffassungen: „Erst mal müssen wir die ersten Verhandlungen abwarten. Dann schlagen wir los, wenn Schmücker nicht zahlen will." Was ist richtig? Um diese Frage geht die Auseinandersetzung. Die Arbeiter müssen sich einigen, sonst wird sich Schmücker durchsetzen. Um die Frage leichter klären zu können, ist es gut, sich an den letzten Tarifkampf zu erinnern:

Die meisten Arbeiter unterstützten die Forderung des Vertrauensleutekörpers aus dem Werk Salzgitter nach mindestens 140 DM für alle. Aber die Bewegung unter den Arbeitern für Festgeld war nicht entschlossen genug. Der sozialdemokratische IGM-Vorstand konnte die Aufstellung dieser Forderung durch die Tarifkommission unterbinden. Es wurde ein Manöver veranstaltet. Die unteren Lohngruppen sollten „um einen einheitlichen Festgeldbetrag" angehoben werden, hieß es in einem Flugblatt der Bezirksleitung der IGM. Danach war es so, daß die Tarifverhandlungen sich über einen Monat hinschleppten. Auch damals wurde von den meisten Arbeitern gesagt, es muß gestreikt werden. Es konnte aber nicht, da die Arbeiter sich nicht auf einen einheitlichen Kurs geeinigt hatten. Auch vor einem Jahr haben Akkordarbeiter aus dem Werk Wolfsburg die ausdrückliche Aufstellung der 140 DM-Festgeldforderung erhoben. Sie konnten sich damit nicht durchsetzen. Von der Zelle gingen wir daran, die Hemmnisse für den Streik auszuräumen. Erst als Schmücker die Provokation „2 % mehr Lohn" herausließ, lief das Faß über. „Am Freitag fliegen die Brocken", war die Meinung der Arbeiter aus der Halle 12, also der Halle, wo die Diskussion der Arbeiter über den gemeinsamen Kurs am weitesten fortgeschritten war. Diese Nachricht verbreitete sich in Windeseile über das ganze Werk. Die Arbeiter trafen die weiteren Vorbereitungen für den Streik. Ein Zeitpunkt wurde festgelegt. „Nach der Pause fangen wir nicht wieder an zu arbeiten, da ist die Arbeit sowieso unterbrochen, da geht es am besten." Diese Auffassung fand allgemeine Zustimmung. So wurde es auch gemacht. Die Hallenleiter versuchten durch Versetzung von Genossen die „Rädelsführer" auszuschalten, es nützte nichts, die Einheit war aufgebaut gegen Schmücker. Am Freitag in der Frühschicht wurde in den verschiedensten Hallen gestreikt. Am längsten stand die Produktion in der Halle 12, ca. eine dreiviertel Stunde. Länger konnte der Streik nicht aufrechterhalten werden. Schmücker hatte bekanntmachen lassen, daß er ein neues Angebot machen werde. Sofort schlug die Spaltung durch die von der Tarifkommission aufgestellte 8,5 %-Forderung wieder durch, denn das gemeinsame Ziel der Arbeiter, die Provokation von Schmücker zuückzuschlagen, war erreicht. Schmücker und die Sozialdemokraten aus der Tarifkommission hatten wieder Raum gewonnen für Verhandlungen. Nach einer Woche wurde schließlich bei 5,4 % abgeschlossen. Ein glatter Lohnraubabschluß. So wurde er auch von den Arbeitern angesehen. Doch erneut streiken war nicht mehr drin. Die Arbeiter und Angestellten mit höheren Lohn- und Gehaltsgruppen waren aus der Kampffront herausgespalten. Gerade die Erfahrung aus dem letzten Jahr zeigt aber, daß die Arbeiter viel erreichen können, wenn sie sich auf einen gemeinsamen Kurs einigen können. Schon nach einer dreiviertel Stunde Streik war der Schmücker von seinem hohen Roß herunter. Nur die Spaltung der Belegschaft durch die Forderung der Sozialdemokraten hat den Sieg verhindert.

Für den Lohnkampf 1977 heißt das: Die Einigung auf den gemeinsamen Kurs der Arbeiter und Angestellten muß zügig vorangetrieben werden. Als das Schlichtungsergebnis von Nordrhein-Westfalen bekannt wurde, sagten Arbeiter aus dem Preßwerk: „Jetzt wird es schwer werden. Die Facharbeiter mit den höheren Lohngruppen werden sich überlegen, ob sie jetzt mitstreiken." Das ist vollständig richtig. Das Schlichtungsergebnis soll die Spaltung der Arbeiter durch die Prozentforderung herauskehren. Diese Spaltung kann aber überwunden werden. Es muß erreicht werden, daß die Festgeldforderung von den Prozenten abgekoppelt wird, und es müssen schon für den ersten Verhandlungstag auf dieser Grundlage Aktionen eingeleitet werden. – (h, Betriebszelle VW)

# Von der Profitproduktion ruiniert

### Werftarbeiter mußte eineinhalb Jahre auf Erwerbsunfähigkeitsrente warten

In den letzten Jahren haben die schweren Arbeitsunfälle, die zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mehr als 20 %, also zum Rentenbezug führen, zugenommen. Von 1 000 Arbeitern werden 2,79 jährlich so zu Rentnern. Von 360 Arbeitern wird einer im Jahr so schwer verletzt, daß sogar die Gutachter der bürgerlichen Klasse „Erwerbsunfähigkeit" bescheinigen. Durch Arbeitsunfälle wurden 1974 insgesamt 64 181 Werktätige zu Rentnern. Und von allen angezeigten Unfällen haben 3-4 % die Verminderung der „Erwerbsfähigkeit" zur Folge.

Die Kapitalisten müssen für die Erwerbsunfähigkeitsrente aufkommen. Sie zahlen die Unfallversicherungsbeiträge für die einzelnen Arbeiter. So sind gerade die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten noch niedriger als die „normale" Rente nach 65 Jahren. Die durchschnittliche Rente betrug in der Arbeiterunfallversicherung bei den Männern: Berufsunfähigkeitsrenten 464,90 DM und Erwerbsunfähigkeitsrente 666,80 DM. Und bei den Frauen: Berufsunfähigkeitsrenten 156,40 DM und Erwerbsunfähigkeitsrenten 181,70 DM (aus dem Rentenbericht der Bundesregierung 1975, Drucksache 7/4250).

Erwerbsunfähigkeit ist Folge der Ausbeutung, Arbeitshetze und Ruinierung der Gesundheit. Ist der Arbeiter durch den kapitalistischen Produktionsprozeß frühzeitig verschlissen und somit für den Kapitalisten wertlos geworden, kann er sehen, wie er zu seiner Rente kommt. Das zeigt auch das Beispiel eines Hamburger Werftarbeiters. Er ist mit 43 Jahren schon erwerbsunfähig.

Vor ca. zwei Jahren hatte er schon zwei Arbeitsunfälle. Einmal hat er ein Auge verloren. Und dann ein Bein gequetscht, so daß er schwer gehbehindert ist. Bei einem Unfall ist er mit dem Kran umgekippt. Sie sollten auf der Werft ranklotzen für die Profite der Kapitalisten. Damit es schneller ging, mußte der Kran überlastet werden. Was ist auch schon ein Menschenleben, wenn die Ausbeutung gesteigert werden kann und der Konkurrent überboten werden kann. Durch diese Überbelastung ist der Kran gekippt, der Arbeiter schwer verletzt worden. Doch obwohl er zwei schwere Unfälle hintereinander hatte und überhaupt nicht mehr in der Lage war zu arbeiten, erwerbsunfähig mit dem Recht auf Erwerbsunfähigkeitsrente war er noch lange nicht. Zielstrebig gingen die Kapitalisten durch die Versicherungen und bürgerliche Gutachter daran, die Schuldfrage zu klären. Vielleicht ließe sich die „Schuld" ja auf den Werftarbeiter abschieben: „Unachtsamkeit" oder so. Oder den Arbeiter zu zwingen, seine Arbeitskraft noch weiter zu ruinieren – bis zum Tode – und ihm nur Berufsunfähigkeit zuzuschreiben. Um so das Geld in den Händen der Kapitalisten zu belassen und nicht als Erwerbsunfähigkeitsrente in die Hände des Werftarbeiters zu geben. Nach eineinhalb Jahren schikanöser und erniedrigender Untersuchungen und Befragungen haben die Gutachter der bürgerlichen Klasse die „Erwerbsunfähigkeit" von 100 DM bescheinigt. Dieses Schicksal des Werftarbeiters beweist: Die Arbeiter müssen nicht nur für Forderungen als Schranken gegen die gesteigerte Ausbeutung kämpfen: Für den 7-Stunden-Tag! Für das Verbot von Überstunden, Nacht und Schichtarbeit! Verbot des Akkordsystems und akkordähnlicher Systeme! Die Arbeiter müssen auch kämpfen um ein Betriebsgesundheitswesen, das in ihrer Hand ist und von ihnen kontrolliert wird. Und für die Sozialversicherungen in Selbstverwaltung der Arbeiter. – (jg, Hamburg, Stadtteilzelle Langenhorn)

## Warnstreiks in der Metallindustrie

**26. Januar**

**Daimler-Benz Untertürkheim:** von 10000 streiken 4000 zwischen 1/2 und 1 Stunde.

**Bosch Reutlingen:** Von 3000 streiken 1400

**Dürr, Stgt-Zuffenhausen:** streiken 120

**SWF Bietigheim:** streiken 200 bis 300

**BBC Mannheim:** streiken 4 Abteilungen mit 350 Mann nach 9.00 Uhr 1/2 Stunde

**Stotz-Kontakt Heidelberg:** streikt die Belegschaft mit 1700 geschlossen 1/2 Stunde

**Teldix Heidelberg:** streiken 60 von 300 für eine 1/2 Stunde und ziehen durch den Betrieb

**Maschinenfabrik Diedesheim:** streiken alle 330 für eine 1/2 Stunde

**Eisenguß Neckarelz:** streikt die ganze Belegschaft mit 100 Mann 1 Stunde

**Eisengießerei Röth Neckarelz:** streiken alle 130 Arbeiter eine 1/2 Stunde

**Siemens, Bruchsal:** streiken 800 Arbeiter von 4000 für 1 Stunde

**Neff, Bretten:** streiken 1700 von 1750 für 30 Minuten

**Geiger Karlsruhe:** alle 330 Arbeiter streiken 1 Stunde lang

**Heinkel, Karlsruhe:** von 180 Arbeitern streiken 120 1/2 Stunde

**27.Januar**

**Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) in Bietigheim:** 400 streiken

**Ahrend Gersheim:** streiken 100

**Thermalwerke, Hockenheim:** alle 800 Arbeiter streiken von 9.15 Uhr bis 9.45 Uhr

**BBC Eberbach:** die ganze Belegschaft streikt von 9.15 Uhr bis 9.45 Uhr

**Fulton Hockenheim:** alle 300 Arbeiter streiken von 9.30 Uhr bis 10.00 Uhr

**Mecano Bundy Heidelberg:** streiken alle 350 Arbeiter von 11.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Uhr

**28.Januar**

**Montan-Werke Walter Tübingen:** streiken 500 gegen das 6,9 %-Angebot

**Grundig Karlsruhe:** streiken alle 800 Arbeiter 2 Stunden von 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

**VW Wolfsburg.** 14 Facharbeiter aus einer Reparaturabteilung der Halle 2 haben einen Eilbrief an die Tarifkommission, die Vertrauenskörperleitung und den Hauptvorstand der IGM geschickt, in dem sie fordern, daß die 6,9 % auf keinen Fall übernommen werden dürfen. Keiner darf unter 180 DM als Lohnabschluß erhalten. Deswegen soll die Festgeldforderung von den Prozenten abgekoppelt und als Mindestbetrag erhoben werden. Die Arbeiter schreiben: „Wenn alle ein einheitliches Ziel haben, kann es auch erreicht werden."

**Westberlin.** Nachdem in der zweiten Verhandlungsrunde im Tarifbezirk Westberlin die Metall-Kapitalisten an ihrem 4,75 %-„Angebot" festhielten, streikten rund 200 Arbeiter für eine Stunde bei DWM Copeland. Der Vertrauensleutekörper hatte tags zuvor eine Erklärung verabschiedet, in der er die 4,75 % als Reallohnabbau angriff und die Arbeiter zu Maßnahmen dagegen aufforderte.

**Hannover.** In der Halle 12 bei Hanomag haben über 100 Arbeiter die Forderung nach 1 DM mehr pro Stunde unterschrieben.

Letzte Woche haben von 20 Arbeitern dieser Halle 17 einen Brief an die IG Metall geschrieben: "... den frechen Absichten der Metallunternehmer, uns den Lohn zu senken, kann nur noch mit Streik begegnet werden. Wir fordern die Bezirksleitung und die Ortsverwaltung der IG Metall auf, die Urabstimmung einzuleiten und den Streik vorzubereiten. Der Vertrauenskörper der IG Metall möge die Streikbereitschaft feststellen und Vorbereitungen treffen."

Am Montag, 31.1.77, haben Arbeiter aus dem Lager bei Hanomag ein Telegramm an die IG Metall geschrieben, in dem sie fordern:
– keine 6,9 %
– keine Lohnsenkung
– Urabstimmung

## BMW-München

Am Dienstag früh wurde im Werk bekannt, daß die Sozialdemokraten der Verhandlungskommission der IG-Metall für Bayern den Abschluß von 6,9 % übernommen haben. Mit dem in ganz Westdeutschland verteilten zentralen Extra-Blatt der KVZ führte die BMW-Zelle die Debatte über dieses Verhandlungsergebnis. Am 4-Zylindermotorenband, an dem geschlossen die Forderung nach 1 DM unterschrieben worden ist, war die Meinung einhellig: „Das ist eine elende Schweinerei!" „Wir waren streikbereit für die 1 DM." In dieser Abteilung und in verschiedenen anderen haben die Kollegen sich beraten, wie sie gegen die Klassenversöhnler vorgehen können. Beschlossen worden ist, am nächsten Tag einen gemeinsamen Brief, unterschrieben möglichst von der ganzen Abteilung, an die bayerische Tarifkommission und an die Tarifkommissionen in NRW und im Nordverbund und VW zu schicken. In diesem Brief bekräftigen die Kollegen ihre Forderung und verlangen die Ablehnung der 6,9 % und neue Beschlußfassung für 1 DM in der Stunde oder 170 DM im Monat und die Einleitung von Streiks zur Durchsetzung.

**Heinrich Bauer Verlag beutet Kinder aus.**

Zum Austragen von Zeitschriften beschäftigt der Zeitungskapitalist überwiegend Kinder. Ein 15-jähriger Schüler braucht zum Beispiel, um die Zeitschriften auszutragen und abzurechnen, vier Stunden. Dafür erhält er vom Verlag jede Woche 5 DM, also einen Stundenlohn von etwa 1,25 DM. Das macht kaum einer lange mit, so daß Bauer ständig neue Schüler einstellt. Er beschäftigt auch 12-jährige, und zwar ohne gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, das die Ausbeutung Jugendlicher in „Ausnahmefällen" ab 13 Jahren freigibt, zu verstoßen.

Derjenige, der die Zeitung austrägt, heißt Ortsagent. Ein Ortsagent muß das 9. Schuljahr beendet haben, heißt es offiziell in den Bauer-Werbungsmaterialien, also 15 Jahre sein. Ist er jünger, werden der Vater oder die Mutter als Ortsagenten eingesetzt. In § 4 Abs. 2 des Ortsagentur-Vertrages heißt es dazu: „Der Ortsagent ist berechtigt, notwendige Hilfskräfte auf eigene Rechnung zu beschäftigen."

Für den Kapitalisten ist die Kinderarbeit somit legalisiert. Es sind der Vater oder die Mutter, die ordnungswidrig handeln und mit Geldstrafen bis zu 20 000 DM bestraft werden können.

Marx schreibt im Kapital über die Kinderarbeit: „Der Wert der Arbeitskraft war bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet seine Arbeitskraft ... Der Arbeiter verkaufte früher seine eigene Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird zum Sklavenhändler." (Kapital, Bd. 1, S. 417/418)

Daß die Arbeitereltern heute wieder die Arbeitskraft ihrer Kinder in größerem Maße an die Kapitalisten verkaufen müssen, ist Ergebnis der kapitalistischen Profitwirtschaft und Ausdruck der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten nutzen die Kinderarbeit, um den Lohn der erwachsenen Arbeiter noch weiter zu senken. (hj, Hamburg/Red.)

**Lüneburg.** Die Artoskapitalisten (Textilmaschinenbau und zu 60 % in Besitz des Babcock-Konzerns) haben mit dem Argument der Angleichung der Löhne aller Artosbetriebe versucht, die Löhne der Arbeiter bis zu 200 DM monatlich zu kürzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Auf einer Betriebsversammlung haben die Arbeiter diesen Angriff zurückgewiesen und den Betriebsrat und die Vertrauensleute aufgefordert, die Betriebsvereinbarung abzulehnen. Inzwischen hat der Gesamtbetriebsrat beschlossen, sich gegen die Betriebsvereinbarung auszusprechen. Auf der Betriebsrätekonferenz im Dezember wurde der IGM-Hauptvorstand aufgefordert, die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in den nächsten Jahren durchzusetzen.

In einer Resolution hat sich der Gesamtbetriebsrat mit dem Kampf der MAN-Arbeiter in Hamburg gegen die Werksschließung solidarisiert. (Der Babcock-Konzern, der im Kesselbau einer der größten Konzerne auf dem Weltmarkt ist, hat MAN niederkonkurriert.)

In einer Resolution hat sich der Gesamtbetriebsrat mit dem Kampf der MAN-Arbeiter in Hamburg gegen die Werksschließung solidarisiert. (Der Babcock-Konzern, der im Kesselbau einer der größten Konzerne auf dem Weltmarkt ist, hat MAN niederkonkurriert.)

**Bauindustrie.** 959 700 Arbeiter und insgesamt 1 093 800 Lohnabhängige sind in der Bauindustrie beschäftigt. Von 1972 bis 1976 wurden 391 000 Arbeiter und Angestellte entlassen, das entspricht 24 % der Beschäftigten der Bauindustrie. „Im Jahr 1970 betrug das Rohbauvolumen im ersten Halbjahr 27 850 Milliarden DM, danach erhöhte es sich im ersten Halbjahr 1973 auf 33 350 Milliarden DM und nahm anschließend wieder ab. 1976 belief sich das preisbereinigte Rohbauvorkommen in der ersten Jahreshälfte auf 27 862 Milliarden DM und entsprach damit in etwa dem Produktionsvolumen von 1970. Das Entscheidende ist, daß dieses annähernd gleiche Produktionsvolumen von 1976 mit 337 000 Beschäftigten weniger als 1970 erstellt worden ist." (Grundstein 1/77, Zeitung der IG Bau, Steine Erde)

Der Umsatz pro Arbeiter stieg von 1960 gleich 100 auf 1975 gleich 275 im Straßenbau.

Die tiefgreifende Krise in der Bauindustrie zeigt die Fäulnis dieses Gesellschaftssystems offen: massenhaft wird Kapital vernichtet und die Produktivkraft zerstört.

Während der Rückgang der Beschäftigten von 1975 auf 1976 3,5 % betrug, ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 4,7 % zurück. Dahinter verbirgt sich das Ausmaß der Kurzarbeit. „Der Baumaschinenstand ist seit 1975 schätzungsweise um 5 bis 10 % zurückgegangen", „die Geräteauslastung liegt etwa 20 bis 30 % unter Normalauslastung." (Bauindustriebrief 12/75)

Die Anzahl der gewerblichen Auszubildenden stieg von 1967 bis 1971 um mehr als 40 %, bis 1975 noch einmal 30 %. Von Juli 1976 bis August 1976 stieg die Zahl der Lehrlinge von 32 680 auf 38 244. (Konjunkturspiegel) Die Baukapitalisten gieren nach jugendlicher Arbeitskraft, sie planen die Einführung der Stufenausbildung. Das trifft sich gut mit der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in Niedersachsen. Die Jugend soll schnell für die Profitproduktion zur Verfügung stehen, sie ist noch gesund, kräftig und billig.

# „Wir sind es, die die Zeitung herstellen"

**Interview mit einem Arbeiter der Mercator-Druckerei Westberlin**

*Im Betrieb ist von der Mehrheit der Abteilungen die Forderung nach einer innerbetrieblichen Lohnerhöhung von 60 bzw. 50 Pfennig mehr pro Stunde erhoben worden. Im Frühjahr hat die Belegschaft fast zwei Wochen im Streik gestanden für die Forderung nach 9 %, mindestens 140 DM. Abgeschlossen wurde damals mit 6,9 %. In der Urabstimmung hat die überwiegende Mehrheit der Belegschaft diesen Abschluß nicht hingenommen. Was sind die Gründe, warum jetzt eine innerbetriebliche Lohnerhöhung gefordert wird?*

Der Reallohn ist stark gesunken. Ausschlaggebend sind dabei die festen Kosten, zum Beispiel meine Miete beträgt 35 DM mehr als Anfang 1976. Ab 76 muß jetzt meine Frau mitarbeiten, vorher war es schwer allein durchzukommen. Beide arbeiten wir heute wesentlich mehr als vorher. Auch glaub' ich, daß wegen der anstehenden technischen Umstellung auch ein Grund ist, weswegen wir die Lohnerhöhung gefordert haben.

*Kannst Du sagen, welche Auswirkungen der 6 %-Abschluß auf den Reallohn der Kollegen zeigt?*

Durchschnittlich 40 DM, bei mir mehr, wegen den Kindern.

*Welche Rolle spielen die Steuer-, Tarif- und Gebührenerhöhungen, die ja jetzt zum großen Teil in Kraft getreten sind, bei der Aufstellung der Lohnforderung?*

Eine entscheidende Rolle, würde ich sagen. Wir überlegen uns zum Beispiel schon, ob wir anfangen, die Zigaretten zu drehen oder ganz aufhören zu rauchen.

*Haben Mayer und Sonnenfeld, die Kapitalisten, versucht, nach dem Streik den Lohn zu senken?*

Und ob. Erstmal wollten sie anrechnen, haben aber wegen dem Streik und der Geschlossenheit der Belegschaft Schiß gekriegt. Wir hätten sonst sofort weitergestreikt. Indirekt haben sie den Lohn gesenkt, der Arbeitsanfall ist größer geworden. Wir arbeiten mehr, ohne mehr zu bekommen.

*Mayer ist bisher gegenüber der einheitlichen Forderung hart geblieben. Wie ist die Lage auf dem Zeitungsmarkt? Wie erklärt sich Mayer's Hartnäckigkeit?*

Der große Konkurrenzkampf, Springer's „Welt" zum Beispiel. Mayer braucht jede Mark zur technische Umstellung. Je mehr Mark er hat, desto schneller wird er umstellen.

*Welche Pläne hat Mayer, um in der Konkurrenz bestehen zu können und seinen Marktanteil zu vergrößern?*

Im wesentlichen die technische Umstellung der Satzproduktion. Jetzt aber erstmal versucht er, den Reallohn zu drücken. Und weiterhin mit weniger Kollegen die Mehrarbeit durchzusetzen, also über Intensivierung der Arbeit.

*Welche Auswirkungen wird das auf die Abeiter haben? Was versucht er schon heute, um seine Pläne durchzusetzen?*

Zum Beispiel sagt er heute bei der Lohnforderung Nein. Weiterhin, und das wird die wesentliche Veränderung sein, werden wesentlich weniger Kollegen bei der fertigen Umstellung arbeiten. Die Mehrheit wird er „freistellen". Die Arbeitshetze wird enorm zunehmen bei gleichzeitiger Dequalifizierung. Wir werden beliebig austauschbar sein, zum Beispiel werden sie Hausfrauen mit an die Maschinerie dransetzen, was zum Teil in der Druckindustrie heute schon gemacht wird.

*Die IG Druck und Papier hat die Forderung nach dem 7-Stundentag erhoben. Die Anhänge zum Manteltarifvertrag sind gekündigt. Wie entwickelt sich die Diskussion unter den Arbeitern um diese Forderung?*

Bisher sehr schwach, weil die IG Druck und Papier immer noch so tut, als wenn die Forderungen so einfach durchgesetzt werden könnten, obwohl der Zug doch schon abgefahren ist. Die Kapitalisten schon umgestellt haben, und wir wie die Gelackmeierten dastehen. Der 7-Stundentag wird nicht geschenkt werden, wir werden ihn erkämpfen, genauso wie das letzte Jahr bei der Lohnforderung. Die Kapitalisten schenken keine halbe Stunde. Der 7-Stundentag wird weiterhin auch nichts nützen, wenn die Überstunden nicht verboten werden. Insgesamt muß der 7-Stundentag von allen Arbeitern durchgesetzt werden.

*Im Druckerstreik hat die Belegschaft geschlossen gestreikt. Der Betrieb war ein Brennpunkt des Streiks, weil Mayer mehrfach mit Unterstützung der Polizei versucht hat, Zeitungen herauszubringen, um den Streik zu unterlaufen. Welche Erfahrungen hat die Belegschaft im Streik gesammelt? Welche Bedeutung haben diese Erfahrungen im Kampf um die innerbetriebliche Lohnerhöhung?*

Die Erfahrungen sind vielfältig. Die schönste und beste Erfahrung war die große Solidarität unter den Kollegen. Weiter ist das Wort der Sozialpartnerschaft völlig auseinandergegangen. Das war die nächste Erfahrung. Die Unternehmer haben gezeigt, was unter ihrer sozialpartnerschaftlichen Maske überhaupt ist, nämlich die blanke Willkür. Die Polizei hat sich gezeigt als das, was sie ist: als prügelnde und würgende Landsknechte der Unternehmer. Und die Massenmedien sind Instrumente der Kapitalisten, die uns als Raubgierige hingestellt haben, obwohl es uns an die Substanz geht, die Kapitalisten von uns leben und nicht wir von ihnen. Die SPD hat die üble Rolle gespielt, die Lohnleitlinie durchzusetzen. Für viele von uns wurde damit klar, auf welcher Seite sie steht. Sie ist es ja auch weiterhin, die immer mehr aus unseren Taschen herausholt über die Steuern und den Unternehmern in den Rachen schmeißt zur Rationalisierung, technische Umstellung als Investitionshilfen, um angeblich Arbeitsplätze zu schaffen. Der Streik hat gezeigt, daß, wenn man zusammensteht, man was erreichen kann. Wenn's nach den Kollegen gegangen wär', hätten wir mehr erreicht. Vor einem Jahr wären der Zusammenhalt und die Kampfschritte für die 60 Pfennig nicht vorstellbar gewesen. Dieses Jahr sind sie vorstellbar, und wir haben sie gemacht. Dies ist der Fortschritt.

*Wie ist im Augenblick die Lage im Betrieb, was meinst Du, was notwendig ist, um die Lohnerhöhung jetzt erfolgreich durchzusetzen?*

Im Moment ist die Lage sehr gespannt. Die Kollegen stehen noch nach wie vor hinter der Forderung. Um die Lohnerhöhung durchzusetzen, gibt's nur eins, einfach die Ale fallen zu lassen. Mayer und Sonnefeld werden dann schnell ein Angebot machen, weil wir es sind, die die Zeitung herstellen.

*Du hast eine Solidaritätsadresse mit dem Streik der Studenten unterschrieben, warum?*

Die Studenten haben mit ihrer Solidarität mit uns im Streik gezeigt, auf welcher Seite sie stehen. Ich meine natürlich nicht jene mit dem teuren Wagen und mit den Drei- bis Vier-Zimmer-Apartments und die solchen reaktionären Vereinen wie dem RCDS angehören. Die Studenten haben Forderungen aufgestellt, die sind voll berechtigt. Das sieht man schon, wenn man weiß, was heute das Leben kostet. Die Universität bildet Menschen aus, die mit helfen sollen, die Arbeiter wissenschaftlich verstärkt auszubeuten und zu unterdrücken. Zum Beispiel, daß Lehrer unsere Kinder nur das lehren dürfen, was den Unternehmern nützt und nicht, was ihnen selber nützt. Oder zum Beispiel die Betriebswirtschaftler mit ihren Refa-Modellen. Für alle Kollegen wird heute immer deutlicher, daß die Arbeiter eine Klasse sind, die ausgebeutet wird. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, daß die Studenten auf unserer Seite und für die Ziele der Arbeiterklasse, nämlich der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, kämpfen und nicht auf der Seite der Unternehmer. Deshalb meine Unterschrift.

**Solidaritätsadresse an die streikenden Studenten**

*„Die Herrschenden wollen die Studentenbewegung zertreten, sie können es nicht. Dies ist erfreulich und ermutigend. Ihr habt den Kampf aufgenommen mit Streik gegen politische Entrechtung und das Ordnungsrecht, für mehr Geld und das Koalitionsrecht. Dies ist gerecht und hat unsere Solidarität. Von den Herrschenden wird gesagt, die Universität sei ein Ort der freien Wissenschaft und diene dem Gemeinwohl. Dem können wir nicht zustimmen. Tatsache ist, daß zum Beispiel an der TU für AEG, Siemens usw. die Rationalisierungsprogramme entwickelt werden, daß dort an der Ausfeilung neuer Akkordsysteme gearbeitet wird, ebenfalls an der TU für den Senat das Krankenhausfinanzierungsgesetz vorbereitet wurde, was Bettenstreichung, Schließung von Krankenhäusern und Mehrarbeit für die Kollegen bedeutet, an der FU bei den Juristen zum Beispiel geforscht wird anhand des Druckerstreiks, wie das Streikrecht vollkommen liquidiert werden kann. Solch eine Universität ist den Interessen der Arbeiter vollkommen entgegengesetzt und feindlich. Ihr Studenten, die in großer Mehrheit kein Interesse an einer solchen Wissenschaft, Forschung und Entwicklung habt, sollt eben zu solchen Funktionären des Staates und des Kapitals erzogen werden. Deshalb wendet auch der Staat das Beamtenrecht, das Ordnungsrecht usw. an. Euer Streik trifft die Herrschenden. Haltet durch, bis Ihr Eure Forderungen durchgesetzt habt. Unsere Solidarität habt Ihr."*

(unterschrieben von elf Arbeitern aus der Setzerei bei Mercator)

Bauindustrie

Bei dem jetzigen Lohn ist man auf Überstunden angewiesen

Osnabrück. Vor drei Jahren war die sind für die zusätzliche Auspressung stehen soll, ist sauer, trotz dieser Win- etwa Überstunden, werden sogleich

**Bauindustrie**

# Bei dem jetzigen Lohn ist man auf Überstunden angewiesen

**Osnabrück.** Vor drei Jahren war die Belegschaft der Tiefbaufirma Blomeier KG noch 300 Mann stark, darunter 50 Angestellte. Nach den Rationalisierungsmaßnahmen zählen wir noch 200 auf der Baustelle und 40 bei den Angestellten.

Vor einiger Zeit noch stand Blomeier an der Spitze der Bauunternehmen in Osnabrück. Blomeier macht, wie alle anderen Kapitalisten, verstärkte Anstrengungen, dem „harten Konkurrenzkampf" gewachsen zu sein. Die Arbeiter sollen dafür sorgen, daß die Profitrate nicht fällt. Mit dem Argument der Einhaltung der Auftragstermine werden die Antreiberei und die Überstundenschinderei begründet. Bei Blomeier ist der 9-Stundentag die Regel, und die Arbeit wurde ungeheuer intensiviert.

Nehmen wir das Herstellen einer Grabenböschung. Die Böschung muß exakt nach dem angegebenen Gefälle hergestellt werden. Dies geschah bis vor kurzem mit einem Löffelbagger und dem Fahrer, der den Boden für das Gefälle aushebt, nachdem ihm durch vorheriges Abstecken die ungefähre Einstellung des Löfflers angegeben worden ist. Danach mußte dies durch ca. 3 Mann nachgearbeitet, d.h. mit Schippe und Harke die Böschung auf exaktes und ebenes Gefälle gebracht werden. Also ständiger Einsatz von mindestens vier Arbeitskräften.

Gut, jetzt wurde ein Profilbagger angeschafft und die gleiche Arbeit wird jetzt durch die neue Maschine von einem Arbeiter durchgezogen. Beim Profilbagger braucht man nur das Gefälle einzustellen und er bringt eine Böschungsneigung, die mit der Hand kaum kopiert werden kann.

Jetzt kommt Blomeier und erzählt etwas von Arbeitserleichterung. Was der Mann auf dem Profilbagger mitmacht, danach fragt er nicht.

Maschinen werden angeschafft, wenn es sich lohnt für die Erhöhung der Profitrate, d.h., wenn sie dienlich sind für die zusätzliche Auspressung unserer Arbeitskraft.

Im letzten heißen Sommer sollte eine Kolonne Gehwegplatten verlegen. Die Baustelle ging bergauf, eine Strecke von mindestens 2 km Länge und Temperaturen von über 40 Grad, der Auftrag „eilte", das ganze mußte auf Knien abgerutscht werden. Es hat dort einen ordentlichen Krach gegeben. Für den Blomeier-Kapitalisten sind das Bedingungen, die keiner Erleichterung bedürfen.

Bei dem jetzigen Lohn ist man regelrecht auf Überstunden angewiesen. Ein Kartoffelacker, eine Kneipe oder Taxifahren als Nebenverdienst und Schwarzarbeit sind keine Ausnahmen.

Kurzarbeit hat es schon letztes Jahr gegeben. Es ist klar, wenn du vier Stunden am Tag zu arbeiten hast, daß du dann schneller arbeitest, als bei einem 9-Stundentag. Wenn die Kurzarbeitsphase zu Ende ist, soll es dann so weitergehen. Die Kurzarbeit dient der Intensivierung der Arbeit und der Lohnsenkung.

Und was ist mit dem Lohnausgleich?! Wenn die Herren das Schlechtwettergeld meinen – das ist ein Kampfergebnis der Arbeiterklasse, im Kampf um den Arbeitsplatz und für eine Lohnfortzahlung während des Arbeitsausfalls bei Frost, Regen usw. Aber das meinen diese Herren des Baukapitals und die Herren des Bundestages nicht. Sie meinen vielmehr die Wintergeldzulage. Wintergeld bedeutet für uns, daß wir trotz Wind und Wetter auf das Schlechtwettermachen „pfeifen" und arbeiten. Das ganze wird dann mit 2 DM Zulage auf den Bruttostundenlohn verrechnet. Es soll wohl eine Art Trostpflaster sein dafür, daß man unter diesen Bedingungen arbeitet! Wintergeld beantragt der Baukapitalist beim Staat.

Der Neumarkt wird jetzt voll durchgezogen. In der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) ist auch Blomeier mit drin. Die Kolonne, die für Blomeier gerade stehen soll, ist sauer, trotz dieser Wintergeldzulage. Es werden Überstunden gekloppt bis spät in die Nacht. Die Arbeitshetze ist gewaltig. Der Neumarkt ist der Hauptverkehrsknotenpunkt. „Verständlich", daß die Sache „eilt". Der Neumarkt ist zudem der Hauptknotenpunkt der Buslinie. Während auf der Baustelle gearbeitet wird, fahren die Busse auf einer einspurigen Teerbahn ihre Fahrten, also ständig.

Die übrigen Baustellen bei Blomeier fahren abwechselnd Schlechtwetter. Schlechtwetter wird aus den Sozialkassen gezahlt (auch 63 % vom Bruttolohn). Wird die nächste Woche aber normal gearbeitet, und macht man etwa Überstunden, werden sogleich die Überstunden auf die vorherige Schlechtwetterphase angerechnet. Also ein weiterer Angriff auf die Lohnbestandteile. Selten bekommt man im Monat bei schlechten Witterungsverhältnissen 700 DM ausgezahlt. Dabei ist dann egal, ob du vielleicht noch fünf Kinder und eine Frau ernähren sollst.

„Es muß was geschehen." Die Forderung nach einer Belegschaftsversammlung wird immer lauter. Sie muß innerhalb der nächsten Woche stattfinden! „Es reicht jetzt." Es gilt sich jetzt unter einheitlichen Forderungen zusammenzuschließen!

**Wirkung einer 6,9 %-Lohnerhöhung und einer Erhöhung von 1 DM/Stunde**

| | Ortsklasse I | plus 6,9 % | plus 1 DM | Ortsklasse II | plus 6,9 % | plus 1 DM |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Hilfspolier | 11,36 | 12,14 | 12,36 | 11,07 | 11,83 | 12,07 |
| Vorarbeiter | 10,39 | 11,11 | 11,39 | 10,16 | 10,86 | 11,16 |
| Facharbeiter | 9,45 | 10,10 | 10,45 | 9,23 | 9,87 | 10,23 |
| Fachwerker | 8,84 | 9,45 | 9,84 | 8,60 | 9,19 | 9,60 |
| Jungarbeiter | | | | | | |
| bis 15 Jahre | 5,16 | 5,52 | 6,16 | 5,00 | 5,33 | 6,00 |
| bis 17 Jahre | 6,88 | 7,35 | 7,88 | 6,67 | 7,14 | 7,67 |
| Auszubildende bei Lehrbeginn unter 18 Jahre | | | | | | |
| 1. Ausbildungsjahr | 409 | 437 | 579 | 399 | 426 | 569 |
| 2. Ausbildungsjahr | 654 | 699 | 824 | 639 | 683 | 809 |
| 3. Ausbildungsjahr | 817 | 873 | 987 | 798 | 853 | 968 |

Zum 30.4. sind die Tarife gekündigt. Am 15.2. werden die Forderungen der großen Tarifkommission von BSE an die Öffentlichkeit gegeben; am 22.2. ist der 1. Verhandlungstag der Tarifpartner. Laut BSE-Vorstand Bezirk Osnabrück wird vor den Tarifverhandlungen eine Mitgliederversammlung einberufen. Wir werden sie daran erinnern müssen! Sie muß noch vor dem 15.2. stattfinden!

Beschlossen werden müssen die Forderungen:

1 DM mehr für die Stunde für alle, entsprechend 170 DM für Angestellte und Lehrlinge!

Keine Verrechnung der Überstunden auf das Schlechtwettergeld!

Schlechtwettergeld bei vollem Lohnausgleich!

Über schriftliche Beschlußfassungen in allen Abteilungen, auf den Baustellen und auf der Belegschaftsversammlung müssen wir diese Forderung in die Gewerkschaft tragen. Unsern Betriebsrat werden wir auffordern, die Belegschaftsversammlung jetzt durchzuführen! – (m.h., Osnabrück)

# Mitgliederbeschwörung

### ... oder die planmäßige Demontage der Spalterforderung

*„Jetzt muß im Vordergrund stehen, den Spielraum zwischen der aufgestellten Forderung und dem Ergebnis der Lohnrunde so eng wie nur möglich zu halten und vor allem Urlaubsgeld durchzusetzen."*

So steht es fettgedruckt in einer Informationsschrift der ÖTV in Hessen vom 20.1., einem Tag nach dem Beschluß der Großen Tarifkommission. Die ÖTV-Vertrauensleute sind im Vorwort eindringlich aufgefordert, dieses Blatt an alle Mitglieder zu verteilen. Autor Heinz Wolf, Vorsitzender der ÖTV in Frankfurt, ist in seiner Stellungnahme offensichtlich davon ausgegangen, daß bei den Mitgliedern weder der „*Spielraum*" noch das Urlaubsgeld im Vordergrund stehen. Er weiß auch, worauf es den Mitgliedern ankommt, gerade nach der Aufstellung der Spalterforderung: „*Wir meinen allerdings auch, daß es jetzt nach der Entscheidung der Großen Tarifkommission nicht mehr auf die Diskussion ankommen kann, ob 8 oder 9 oder noch mehr Prozent richtig gewesen wären. Genau so wenig wie der Streit um die Struktur der Forderung jetzt weder relevant oder weiter angebracht ist.*"

In Köln erscheint ebenfalls einen Tag nach der Beschlußfassung in der Großen Tarifkommission der ÖTV ein Aushang der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung mit Angaben über eine „Befragung" der Mitglieder. Überwältigend war nach diesem fingierten Ergebnis die Zustimmung zu dem Vorschlag des Hauptvorstandes gewesen. ÖTV-Mitglieder am Universitätskrankenhaus stellten fest, lediglich die absolute Mitgliederzahl war richtig angegeben.

Dies und die Wolf'schen Eilnachrichten zeigen schon, daß sich die Sozialdemokraten sehr wohl darüber im klaren sind, daß mit der Beschlußfassung in der Großen Tarifkommission, – und mag sie noch so einheitlich gewesen sein, (3 Mitglieder der Großen Tarifkommission haben gegen die 8-Prozentforderung gestimmt) – die Auseinandersetzung um die Aufstellung der richtigen Forderung noch überhaupt nicht abgeschlossen ist.

Das wird alle stärken, die im Kampf gegen die Lohnraubabsichten der Regierung für den Zusammenschluß der Beschäftigten in öffentlichen Diensten auf der Forderung von 170 DM eintreten.

Weil die Mitglieder sich auf der richtigen Forderung zusammenschließen und den Lohnkampf führen können, will Heinz Wolf die weitere Debatte unterbinden. Derweil bereitet Heinz Kluncker in der Öffentlichkeit die völlige Demontage der Spalterforderung vor.

Die Bourgeoisie soll schließlich wissen, daß sie sich auf ihn verlassen kann. Bis auf einen „Einstieg" ins Urlaubsgeld soll der Regierung alles erlaubt sein. Kluncker hat die entsprechenden Angebote unterbreitet:

Angebot Nr. 1: bei den Prozenten gibt's Spielraum, weil den Mitgliedern die Entwicklung der Löhne und Gehälter nicht so am Herzen liegt. „*Wie Kluncker in dem Gespräch betonte, habe die Forderung nach einem einheitlichen Urlaubsgeld von 300 DM und zusätzlich 50 Mark für jedes Kind für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst einen ‚höheren Stellenwert als die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung'.*" (Frankfurter Rundschau)

Angebot Nr. 2: Die geforderten Urlaubstage brauchen sich nicht belastend auf die öffentlichen Haushalte auswirken. Sie können durch vermehrte Rationalisierung wieder hereingeholt werden. Am besten auf dem Energiesektor, schlägt Kluncker vor:

„*Eine Zahl für die Belastung durch den längeren Urlaub wollte er nicht geben, da nicht festzustellen sei, inwieweit eine kürzere Arbeitszeit zu Neueinstellungen und damit zu zusätzlichen Ausgaben führe.*" (Stuttgarter Zeitung, 27.1.77)

Und in der Süddeutschen Zeitung vom 27.1.:

„*An anderen Stellen (so im Energiebereich) seien noch Rationalisierungsreserven, die durch die Arbeitgeber kaltschnäuzig genutzt würden.*"

Denjenigen Beschäftigten, die sich schon in der Vergangenheit ein Urlaubsgeld erkämpft haben, fühlt sich die „ÖTV verpflichtet", das nunmehr tariflich abzusichern.

„*Jetzt kommt es auf Geschlossenheit und Solidarität an*", schreibt Kluncker mit kollegialen Grüßen in der Eilnachricht Nr. 1/77. Keine Einheit mit den Antreibern und Rationalisierern im öffentlichen Dienst, werden ihm die Mitglieder darauf antworten. – (hr)

# Am ersten Verhandlungstag Schritte gegen die Regierung

### ÖTV-Vertrauensleute Universitätskernbereich Frankfurt

Am 26.1.77 war eine Sitzung der Vertrauensleute aus dem Universitätskernbereich Frankfurt. Laut Vorschlag der alten Vertrauensleuteleitung war als einziger Tagesordnungspunkt vorgesehen: Neuwahl des Vorstandes.

Klar war, daß das nicht geht, denn eine Woche vorher hatte die Große Tarifkommission den Vorschlag des Hauptvorstandes beschlossen. Ein Vorschlag, der spaltet, und gespalten kann der Kampf gegen den Dienstherrn nicht geführt werden. Schon vor der Sitzung der Großen Tarifkommission haben drei Versammlungen zum Lohnkampf stattgefunden. Auf allen dreien wurde beschlossen eine Festgeldforderung nach 180 DM und der 8-Prozent-Vorschlag abgelehnt. Wandzeitungen wurden angefertigt, die die Pläne der Regierung enthüllten und die Auswirkungen auf die Beschäftigten in der Universität zeigten. Viele Debatten und Diskussionen hat es gegeben und gibt es. Und in diesen Auseinandersetzungen ist die Erkenntnis gewachsen, daß der Lohnkampf organisiert werden muß, denn die Regierung will Lohnraub, und daß die sozialdemokratische Spalterforde-

der Sitzung der Großen Tarifkommission haben drei Versammlungen zum Lohnkampf stattgefunden. Auf allen dreien wurde beschlossen eine Festgeldforderung nach 180 DM und der 8-Prozent-Vorschlag abgelehnt. Wandzeitungen wurden angefertigt, die die Pläne der Regierung enthüllten und die Auswirkungen auf die Beschäftigten in der Universität zeigten. Viele Debatten und Diskussionen hat es gegeben und gibt es. Und in diesen Auseinandersetzungen ist die Erkenntnis gewachsen, daß der Lohnkampf organisiert werden muß, denn die Regierung will Lohnraub, und daß
die sozialdemokratische Spalterforderung diesen notwendigen Kampf zersetzt und dem Feind Luft gibt. Gerade in den Arbeiterbereichen war viel los, von denen die Sozialdemokraten das Gerücht verbreitet haben und immer noch versuchen zu verbreiten, daß „man da nicht viel machen kann".

Kurz vor dem 19.1., dem Tag der Sitzung der Großen Tarifkommission, haben 23 Kollegen ein Telegramm und 35 Beschäftigte aus dem Botanischen Garten einen Eilbrief geschickt, mit der Forderung, die 8 Prozent abzulehnen und 180 DM Festgeld zu beschließen. In dem Eilbrief heißt es in der Begründung unter anderem: „Wir lehnen diese Forderung ab, denn die 8 Prozent benachteiligen diejenigen, die sowieso schon Schwierigkeiten haben, von ihrem Lohn eine Familie zu ernähren, und begünstigt diejenigen, die in der Mehrzahl unserem Lohnkampf feindlich entgegenstehen, uns zur Mehrarbeit antreiben und laufend unsere Rechte beschneiden. Ein Beispiel: Über hundert Reinigungsfrauen unserer Dienststelle mit der Lohngruppe 2 (1 400 DM) bekämen nach dem Beschluß der Großen Tarifkommisssion 112 DM mehr. Der Leiter des Botanischen Gartens dagegen erhielte danach zu seinen gut 3 000 DM zusätzlich ca. 250 DM. Für einen Professor mit etwa 6 000 DM Gehalt machen 8 Prozent sogar runde 500 DM mehr."

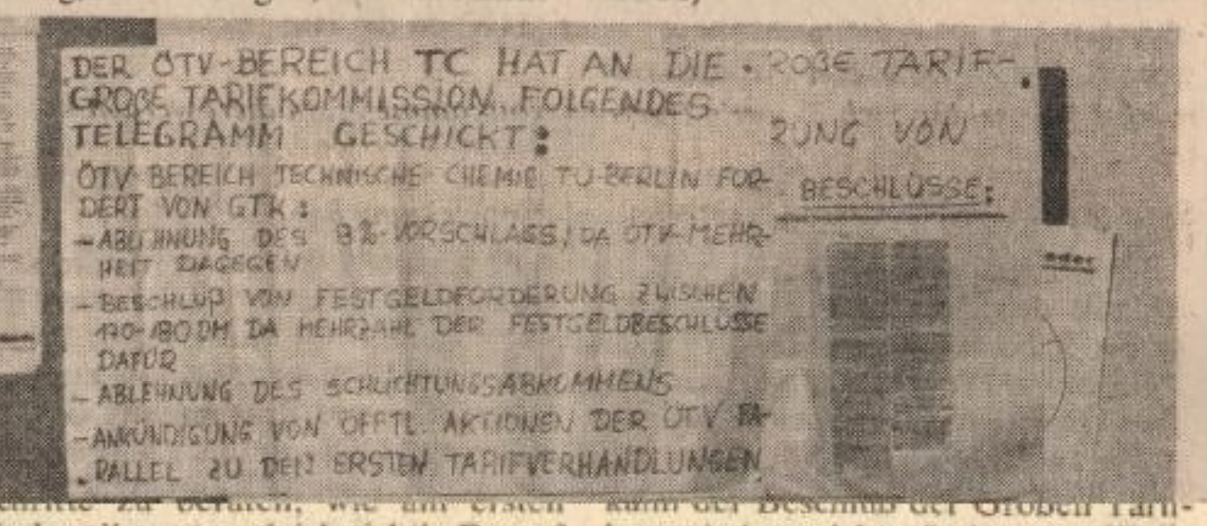
Der Beschluß der Großen Tarifkommission ist gewagt, und gar nicht sicher ist, daß dieser Schlag ins Gesicht der klassenkämpferischen Bewegung im Öffentlichen Dienst seine Spalter- und Lähmungswirkung entfalten kann. Deswegen wurde auch auf der Vertrauensleutesitzung am 26.1. der

(1 400 DM) bekämen nach dem Beschluß der Großen Tarifkommisssion 112 DM mehr. Der Leiter des Botanischen Gartens dagegen erhielte danach zu seinen gut 3 000 DM zusätzlich ca. 250 DM. Für einen Professor mit etwa 6 000 DM Gehalt machen 8 Prozent sogar runde 500 DM mehr."

Der Beschluß der Großen Tarifkommission ist gewagt, und gar nicht sicher ist, daß dieser Schlag ins Gesicht der klassenkämpferischen Bewegung im Öffentlichen Dienst seine Spalter- und Lähmungswirkung entfalten kann. Deswegen wurde auch auf der Vertrauensleutesitzung am 26.1. der
Lohnkampf behandelt, um die Lähmung zu überwinden und den Kampf gegen die Regierung vorzubereiten. Beschlossen wurde, den Beschluß der Großen Tarifkommission abzulehnen. Beschlossen wurde auch eine Resolution, unter die Unterschriften gesammelt werden und in der es u.a. heißt:

„Angesichts der Tatsache, daß die Regierung ohne Kampf nichts herausrücken wird, ist es außerdem notwendig, daß gleich mit Beginn des ersten Verhandlungstages Protestaktionen organisiert werden, damit es sich die Öffentlichen Dienstherren nicht wie im vergangenen Jahr wieder leisten können, für längere Zeit überhaupt kein Angebot zu machen. Auf keinen Fall darf wieder ein Schlichtungsabkommen geschlossen werden, weil das den Lohnkampf nur behindert und verschleppt und dadurch allein dem staatlichen Dienstherren nützt."

Der Kampf muß organisiert werden. Das muß jetzt schon geschehen. Für den 2.2. wurde eine erneute Vertrauensleutesitzung beschlossen, um Schritte zu beraten, wie am ersten Verhandlungstag gleich richtig Dampf gemacht werden kann gegen die Regierung, und zu zeigen, daß man nicht gewillt ist, sich abspeisen zu lassen und einen Kampf für 8 Prozent zu führen, die die Sozialdemokraten wollen, um somit die Antreiber auch noch zu mästen. Letztes Jahr war auf dem Campus eine Versammlung und wurden Transparente aus dem Fenster gehängt. Das wird auch dieses Jahr so sein, das ist sicher, denn die Politik der Klassenversöhnung verliert an Boden, und die Klarheit ist gewachsen, daß der Kampf gegen die Regierung unvermeidlich ist. Deswegen wird er organisiert. Daran kann der Beschluß der Großen Tarifkommission nichts ändern. – (Zelle Universität, Kernbereich, Frankfurt/M)




Verhandlungstag gleich richtig Dampf gemacht werden kann gegen die Regierung, und zu zeigen, daß man nicht kommission nichts ändern. – (Zelle Universität, Kernbereich, Frankfurt/M)




Wandzeitung des ÖTV-Bereichs Technische Chemie an der Technischen Universität-Westberlin.

**Westberlin.** Die Fachgruppe Sozialarbeit der ÖTV im Bezirksamt Neukölln hat auf ihrer Sitzung am 25.1. beschlossen, den Betriebsgruppenvorstand aufzufordern, noch vor dem 10.2. eine betriebliche Mitgliederversammlung durchzuführen. Als Begründung führt die Fachgruppe an, daß die 8 % Forderung, die die große Tarifkommission aufgestellt hat, nicht der Forderung der Kollegen nach 180 DM Festgeld entspricht. Diese Forderung war auf der letzten ÖTV-Mitgliederversammlug aufgestellt worden. Zwecks Durchsetzung der Mitgliederversammlung führen die Sozialarbeiter eine Unterschriftensammlung durch. Diese kommt gut voran.

**Osnabrück.** Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit (15 anwesend) protestiert gegen den 8 % Beschluß der großen Tarifkommission und hält an der Forderung nach 170 DM Festgeld für alle fest. Ein entsprechender Brief wurde an die Tarifkommission gerichtet. Die GEW-Fachgruppe Berufsschulen hat die 8 % Forderung abgelehnt und fordert als gewerkschaftliche Forderung 170 DM. Ein Brief soll an die GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft" gehen.

**Frankfurt.** Die Vertrauensleuteversammlung des Frankfurter Vereins für Soziale Heimstätten hat beschlossen, am ersten Tag der Verhandlungen eine Betriebsversammlung durchzuführen, auf der über die Rationalisierungsmaßnahmen des Dienstherrn beraten werden soll und über das weitere Vorgehen in der Tarifauseinandersetzung. Bekräftigt wurde mehrheitlich die Forderung nach 175 DM.

**Frankfurt.** Die Kollegen greifen die Pläne des Dienstherrn an. Im Mütter-Kind-Heim Frankfurt wurde eine Wandzeitung gegen den Vorschlag des Hauptvorstands, die an der 175-DM-Forderung festhielt, von der Heimleiterin auf Anweisung der Stadt abgerissen. 21 der Beschäftigten wandten sich per Unterschrift mit einer Resolution gegen den Angriff auf die politischen und gewerkschaftlichen Rechte und sprachen sich für die 175 DM aus. Für den ersten Verhandlungstag werden Protestmaßnahmen gefordert.

**GEW-Vorsitzender Frister versucht, einen Keil zwischen die Industriearbeiter und die Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten des Öffentlichen Dienstes zu treiben.**

Auf die Forderung der GEW-Fachgruppe „Berufsbildende Schulen im Landkreis Wesermarsch" nach 170 DM mehr für alle antwortet Frister:

„Ich bitte Sie nur zu bedenken, daß die Forderung von 170 DM Festgeld – bezogen auf das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer – eine mehr als 10 %ige Lohnerhöhung bedeutet, die, wie beispielsweise der Abschluß in der Stahlindustrie gezeigt hat, im privatwirtschaftlichen Bereich in diesem Jahr nicht durchzusetzen ist. Daher muß eine solche For-

**GEW-Vorsitzender Frister versucht, einen Keil zwischen die Industriearbeiter und die Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten des Öffentlichen Dienstes zu treiben.**

Auf die Forderung der GEW-Fachgruppe „Berufsbildende Schulen im Landkreis Wesermarsch" nach 170 DM mehr für alle antwortet Frister:

„Ich bitte Sie nur zu bedenken, daß die Forderung von 170 DM Festgeld – bezogen auf das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer – eine mehr als 10 %ige Lohnerhöhung bedeutet, die, wie beispielsweise der Abschluß in der Stahlindustrie gezeigt hat, im privatwirtschaftlichen Bereich in diesem Jahr nicht durchzusetzen ist. Daher muß eine solche For-
derung von den Arbeitnehmern in den Industriegewerkschaften als ein Versuch der Privilegierung der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst gewertet werden. Den Arbeiterinnen und Arbeitern in der Stahlindustrie ist beispielsweise kaum zuzumuten, von ihrer 6 %igen Lohnerhöhung Steuern zu bezahlen, um ihren Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst 10 %ige Gehaltserhöhungen zu finanzieren.

**Schmiergeldverteilung Westberlin.** Durch eine Statistik des Gesamtpersonalrats der Freien Universität wurde aufgedeckt, wie die Gehälter der Professoren in den letzten Jahren gestiegen sind. Prozentabschlüsse, wie sie die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung anstreben, bedeuten für einen Professor gleich einen Hunderter mehr. Das reicht diesen Bourgeoisideologen jedoch nicht. Wird ein solcher Professor an eine Hochschule „berufen", so muß ihm über das „normale" Professorengehalt hinaus noch einiges an Extras geboten werden, sonst droht er mit Ablehnung. Umgekehrt bewerben sich die Professoren häufig hier und da um Professuren, um sich dann, wenn sie Aussicht oder auch nur scheinbare Aussicht auf eine Berufung haben, ihr „Bleiben" entsprechend bezahlen zu lassen. Verhandelt wird bei solchen Gelegenheiten in der Personalkommission über

- „Unterrichtsgeldpauschalen", die jährlich zwischen 3 000 und 18 000 DM betragen können
- die Einstufung in eine höhere Altersgruppe, wobei bis zu drei Dienstaltersstufen übersprungen werden können,
- die Einstufung in ein „Sondergrundgehalt", bei der Besoldungsstufe AH 6 möglich bis zu rund 1 350 DM monatlich,
- die Genehmigung von Nebentätigkeiten, die jeder öffentlichen Überprüfung entzogen sind, womit diese Kerle aber „nebenher" bie zu einer Million DM im Jahr verdienen können, wie eine Untersuchung in Baden-Württemberg ergab.

In den letzten 1 1/2 Jahren besserten allein an der FU in 50 solcher Fälle die Professoren ihr Gehalt um durchschnittlich 1 019,50 DM (25,5 %) pro Monat auf. Dies gewinnträchtige Spiel können sie alle drei Jahre treiben, bis sie sich an die Höchstgrenze von 9 500 DM monatlich herangemausert haben (ohne „Nebeneinkünfte" natürlich).

**Post Bremen**

# Kampf um Zusammenschluß der Belegschaft gegen die Spalterforderung

**Bremen.** „Die Fernsprechauskunft hat einen schlechten Ruf. So weiß es Ingeborg Löhr, Betriebsaufsicht, Mitglied vom Personalrat und Festausschuß. Die Auskunft ist nicht zu erreichen. Niemand meldet sich, trotz Freizeichen. Die Mädchen sind pampig." („Weserkurier" 31.1.)

Wir berichteten bereits mehrfach in der KVZ von den Rationalisierungsmaßnahmen im FA 1 Bremen, insbesondere bei der Fernsprechauskunft. Massiv werden dort auf den Knochen der dort Beschäftigten 140 Frauen Pausen gekürzt oder gestrichen, die Arbeitshetze gesteigert und Dienstposten gestrichen. Dazu kommt die Überwachung jeder Sekunde durch die zahlreichen Aufsichten und technischen Geräte, Schikane wegen jeder Kleinigkeit. Dagegen gibt es Kampf. Die Frauen haben sich anläßlich der Wahlen zum Amtsgruppenvorstand unter anderem hinter Forderungen gegen die Pausenkürzungen und der Forderung nach einem Betriebskindergarten zusammengeschlossen. Außerdem ist die Mehrzahl für Festgeld. Zwei Kolleginnen aus der Auskunft kandidierten auf dieser Grundlage zum Amtsgruppenvorstand.

Durch Enthüllungen in der „Roten Post" und der KVZ wurden die Minutenschinder, wie der Chefantreiber Joormann und sein Gehilfe Meineke, entlarvt. Dies gab den Anlaß für einen groß aufgemachten Artikel in der bürgerlichen Presse. Selbst hier konnte die Schinderei nicht weggelogen werden. Sie wird deshalb mit blumigen Worten umkränzt zum Zwecke der Verniedlichung: Das liest sich dann so:

„42 Kräfte, so heißen die Mitarbeiterinnen im Postdeutsch, verteilen sich auf 62 Auskunftsplätze ... ‚Fast ununterbrochen flackern im Auskunftssaal die Lämpchen an den besetzten Plätzen. Das heißt, jemand will eine Auskunft. 60 000 mal geschieht das pro Woche. Am Kontrollpunkt der Betriebsaufsicht klappern unentwegt kleine weiße Blättchen auf und nieder. Sie denunzieren unerbittlich jede Sekunde, die eine Kraft verstreichen läßt, ehe sie das anlaufende Gespräch annimmt. Wunschtraum von Joormann: Der Kunde bekommt nach maximal einem Rufzeichen die Verbindung ... Da sollen dann die Fräulein mit Schnelligkeit gegen die Personalsparpolitik ankämpfen ... Die rechte Hand fingert eine der Mikrofilmkarten aus dem Datenkasten, die linke rutscht den Schieber unter dem Sichtgerät umher, bis die gesuchte Namensliste in 28-facher Vergrößerung auf dem Bildschirm erscheint ... Im Schnitt eine halbe Minute pro Anruf ... 37 Auskünfte stündlich ist die Norm ... ‚Immer das Gleiche', klagt eine, ‚das macht irre'. Eine Kollegin, die ihren Namen nicht nennen mag: ‚Man sucht doch nur die Sicherheit als Beamtin. Spaß macht es nicht'. " (Alle Zitate „Weser-Kurier", 31.1.77,S.13) Der scheinheilige Joormann heuchelt am Schluß: „Die Frauen sind ungeheuer belastet. Viele führen nebenher noch einen Haushalt und ziehen Kinder groß. Das zehrt an den Nerven, das macht kaputt." Allerdings, und dagegen setzen sich die Frauen zur Wehr.

Auf der Gewerkschaftsversammlung waren 30 Frauen aus der Auskunft anwesend, um ihre Forderungen dort zu vertreten. Auch aus den Baubezirken waren Fernmeldehandwerker und Beamte aus dem einfachen und mittleren Dienst vertreten, um insbesondere die Kandidaten mit dem Programm, wo die Durchsetzung der Festgeldforderung enthalten war, zu unterstützen. Doch schon hier zeigte sich die lähmende Wirkung des Beschlusses der Tarifkommission nach 8 %. Viele waren gar nicht erst gekommen, weil sie dachten, „Jetzt ist nichts mehr zu machen. Die Sozialdemokraten und die Amtsleitung hatten auf der Versammlung alles aufgeboten und lange vorher mobilisiert . So wurden die Anträge nach Absenden eines Protesttelegramms an die Tarifkommission und Einleitung von Kampfmaßnahmen aufgrund der 170 DM-Forderung mit Geschäftsordnungstricks vom Tisch gewischt. So wurde auch der alte Amtsgruppenvorstand mit einem Stimmenverhältnis von 100:40 wiedergewählt. Die klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder sind enttäuscht. Sie haben fest damit gerechnet, den alten Amtsgruppenvorstand, der sich als Agent der Amtsleitung erwiesen hatte und fanatisch den 8 %-Vorschlag verteidigt hatte, zu stürzen und durch klassenbewußte Kollegen zu ersetzen. Dies ist aufgrund zu später Mobilisierung und Unterschätzung der Taktik der Sozialdemokraten nicht geglückt.

Klar ist aber den meisten: „Wir wollen Festgeld und die da oben haben uns betrogen." Die Tarifkommission muß erneut zusammentreten und die Festgeldforderung aufstellen. – (Zelle Post Bremen)

**Westberlin.** Das Schuljahr soll umgestellt werden, dazu wird das Schuljahr und damit auch die Schulzeit verkürzt. An der Klingenberg-Berufsschule erfolgt die Umstellung Ende Januar, deshalb gibt es jetzt dort Zeugnisse. Diese Zeugnisse müssen vom Betrieb abgezeichnet werden. Teilweise steht in den Lehrverträgen der Auszubildenden: „Wenn in den fachbezogenen Fächern die Note schlechter als Drei ist und sie im darauffolgenden Semester nicht verbessert wird, kann der Lehrvertrag gekündigt werden."

Wegen dieser Zeugnisse hat es Widerstand gegeben. In der Klasse 1061 hat nur ein Drittel der Zeit regulärer Unterricht stattgefunden, der Rest ist ausgefallen oder durch Vertretungen gegeben worden. Nach heftiger Diskussion in der Klasse vertrat die Mehrheit die Meinung: „Zeugnisse ohne Benotung oder mit Einheitsnote, sonst verweigern wir die Annahme der Zeugnisse." Der Kampf dafür wird organisiert.

**Osnabrück.** Eine 4-köpfige Familie muß mit monatlich 876 DM plus Wohngeld auskommen (das entspricht dem Sozialhilfesatz für eine Familie mit 2 Kindern über 11 Jahre). Der Mann, Facharbeiter, ist seit einigen Jahren arbeitslos. Die Schinderei für die Kapitalisten hat ihn ruiniert und jetzt ist er aufgrund seines körperlichen Zustands laut Arbeitsamt „nicht mehr vermittelbar". Die Familie lebt von der immer niedriger werdenden Arbeitslosenhilfe und dem Wohngeld. Wie soll diese Familie die Kosten für Schulbücher aufbringen, die für ein Kind allein 148,35 DM betragen? Dazu muß man noch ca. 50 DM für Schreibmaterial rechnen. Um einen Antrag beim Sozialamt auf einmalige Erziehungsbeihilfe stellen zu können, muß der Antragsteller zuerst bei der Schule einen Antrag stellen, wenn diese über einen sogenannten Schulbuchfonds für soziale Härtefälle verfügt. In diesem Fall ist ein solcher Fonds nicht vorhanden. Bei der Behandlung des Falls vom Sozialamt wird alles peinlich genau überprüft: Sparbücher, Lohn bereits verdienender Kinder, Rente der Eltern und Großeltern, andere Einkünfte usw.. Erst einen Monat nach Schuljahresbeginn konnte sich die Familie 58 DM vom Sozialamt abholen. In der Zwischenzeit ist schon ein Brief von der Schule gekommen, in dem die Eltern aufgefordert werden, sich um die Schulaufgaben des Kindes zu kümmern.

**Zensuren nach der Gauß'schen Normalverteilung.** Um den Schülern einzureden, daß sie „unterschiedlich befähigt sind", wird „für die Bewertung der Testleistungen nach Schulnoten die Standardisierte Sechsereinteilung (Stasix) zugrunde gelegt." Die Streuung soll so aussehen:

**Zensuren nach der Gauß'schen Normalverteilung.** Um den Schülern einzureden, daß sie „unterschiedlich befähigt sind", wird „für die Bewertung der Testleistungen nach Schulnoten die Standardisierte Sechsereinteilung (Stasix) zugrunde gelegt." Die Streuung soll so aussehen:

9 % der Schüler eine Eins, 16 % der Schüler eine Zwei, 25 % eine Drei, 25 % eine Vier, 16 % eine Fünf und 9 % eine Sechs. „Lassen Schwierigkeitsgrad, Trennungsschärfe ( . . .) Zweifel aufkommen, sind die Auswahlantworten zu überprüfen und die Dosierung des Schwierigkeitsgrades zu ändern, bis eine günstige Streuung erzielt ist." (aus: Workshop Schulpädagogik)

**Leer.** Durch die Zusammenlegung von Schulen und Auflösung kleiner Schulen müssen im Landkreis Leer täglich 12 000 Schüler mit Bussen zur Schule transportiert werden. Die Transportbedingungen zwingen zur Rebellion: Die alten Busse sind teilweise verdreckt von ehemals transportierter Getrieben, die Sitzplätze sind ausgebaut worden und dafür 120 Stehplätze eingerichtet, kleine Kinder können sich nicht festhalten, weil sie an die Festhalteschlaufen nicht heranreichen. Haben die Schüler nachmittags Unterricht, können sie zwischendurch nicht nach Hause kommen. Ein normaler Schultag übersteigt durch den Transport acht Stunden. 43 DM kostet eine Monats-Schülerkarte, für eine Strecke von 25 km pro Tag.

**Hannover.** Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" hat eine Kampagne zur „Gewalttätigkeit an unseren Schulen" gestartet. Sie beweist die „Zunahme von Gewalttätigkeiten" am Ansteigen der Unfälle und den steigenden Zahlen bei Sachbeschädigungen und Einbrüchen. Der Staatsapparat wird aufgefordert, härter an den Schulen durchzugreifen. Am 22./23.1. druckte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" eine Reihe von anonymen Zuschriften, hauptsächlich Lehrern und Eltern, ab, die alle härtere Strafen und andere Unterdrückungsinstrumente vom Staat fordern.

Die unterentwickelte Form der Rebellion von Schülern gegen die Schulunterdrückung wird angegriffen, um die entwickelte Form des Kampfes wie z.B. Schulstreiks zu treffen.

**Lüneburg.** 2 500 DM im Monat bekommt das private Erziehungsheim Barghof vom Jugendamt für jedes eingewiesene Kind. Das ist der Leiter Gemmeker dem bürgerlichen Staat auch wert: Mit Schlägen und Einzelverhören sollen die Jugendliche dazu gebracht werden, nach durchlaufenem Heimaufenthalt als willige Arbeitskraft sich vom Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Dagegen gibt es Auflehnung, sowohl von den angestellten Erziehern als auch von den Kindern. Sämtliche Beschäftigte wurden entlassen, weil sie aus Solidarität mit einem entlassenen Erzieher gestreikt hatten. Gegen sie wurde vom Leiter ein Hausverbot mit Polizeigewalt durchgesetzt und Kinder, die zu den Erziehern nach Hause weggelaufen waren, wurden mit der Polizei eingefangen. Die Kinder und die Entlassenen fordern die Wiedereinstellung.

# „Die Schule hat dafür gesorgt, daß er Hilfsarbeiter wurde"

## Interview mit einer Arbeiterin / Kampf gegen die Entlassung der Lehrerin S. Laub

KVZ: Frau M., was für Erfahrungen haben Sie mit der Schule gemacht?

Frau M.: Sehr schlechte. Mein jüngster Sohn Okkel war in Marienhafe bei Herrn Janssen in der Klasse und bei Frau Körber. Er hat nur Fünfen und Sechsen gehabt und flog eineinhalb Jahre früher von der Schule. Zu Hause konnte er lernen, aber in der Schule hatte er Angst. Es sollte alles so schnell gehen, er konnte aber nur in Ruhe lernen. So wurde er manchmal aggressiv, und er hat sich öfters gekloppt und die Schule geschwänzt.

O.M. (Sohn): Es hat mir gestunken, wenn Herr Janssen oder Herr Focken mich anbrüllten, darum mochte ich da nicht hingehen. Ich sollte alles schneller herausbringen als ich konnte, und deshalb haben sie mich angebrüllt. Ich sollte auch ständig Strafarbeiten machen, zwischen vier und fünfzehn Seiten, die habe ich aber nicht gemacht.

Frau M.: Ich habe hingeschrieben, daß wir wenig Sozialhilfe bekommen und deswegen das Papier nicht bezahlen können. Nachdem er geflogen war, habe ich mich bemüht, ihn bei Herrn Voss in Ostteel unterzubringen. Schulrat Südmann schrieb aber, daß sie ihn entlassen werden. Da war er dreizehneinhalb Jahre alt.

KVZ: Was geschah dann mit Okkel?

Frau M.: Okkel kam dann zur Berufsschule und wurde Landarbeiter bei einem Holländer für 50 DM die Woche. Im Durchschnitt mußte er 12 Stunden am Tag an sechs Tagen arbeiten. Er hätte gerne Landmaschinenschlosser gelernt und hatte auch schon eine Stelle in Aussicht. Das hat dann aber nicht geklappt wegen des Zeugnisses. Nachdem er bis vor kurzem Arbeit gehabt hat, kann er sie jetzt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausführen. Er ist jetzt arbeitsloser Hilfsarbeiter. Die Schule hat ihm die Grundbegriffe im Rechnen, Schreiben und Lesen nicht richtig beigebracht und so dafür gesorgt, daß er Hilfsarbeiter wurde. Mein Enkelkind kann gut lernen, es wird aber auch nicht gefördert und kam so nach der dritten Klasse in die Sonderschule.

KVZ: Aus welchen Gründen haben Sie sich an den KBW gewandt?

Frau M.: Ich habe die Flugblätter, die vor der Schule in Marienhafe verteilt wurden, gelesen und finde es sehr richtig, was drauf steht. Ich finde es sehr gut, daß es Lehrer gibt, die sich für die Arbeiter einsetzen und nicht für die Kapitalisten. Deshalb unterstütze ich es hundertprozentig, wenn S. Laub an der Schule bleibt. Ich habe die Schule am Beispiel meiner Kinder kennengelernt und gesehen, daß sie die Arbeiterjugend unterdrückt. Ich rufe die Eltern auf, zu unterstützen, daß Laub an der Schule bleibt.




In dem kleinen Ort Marienhafe (2 000 Einwohner) demonstrierten am Freitag, dem 1.1.1977, gut 80 Schüler gegen die Beurlaubung der kommunistischen Lehrerin Laub. Viele Schüler, die auch an der Demonstration teilnehmen wollten, waren wegen der frühabfahrenden Schulbusse daran gehindert worden. Vorher war der Spitzelbericht (siehe Kasten) des Rektors Janssen auf einem Flugblatt veröffentlicht worden. Eine Wandzeitung von Schülern, die zur Demonstration aufrief, hatte die Schulleitung abreißen lassen. Am Tag darauf konnte man eine Abbildung der Wandzeitung an zahlreichen Fenstern der Schule lesen. Auf der Demonstration griff Laub in einer Rede nochmals das Notensystem an. Die Schüler riefen in Sprechchören zum Beispiel: „Fünfen und Sechsen immer mehr, zwingen dich ins Arbeitslosenheer" oder „Hast du die Hauptschule endlich geschafft, bist du'ne billige Arbeitskraft".

Abbildung der Wandzeitung an zahlreichen Fenstern der Schule lesen. Auf der Demonstration griff Laub in einer Rede nochmals das Notensystem an. Die Schüler riefen in Sprechchören zum Beispiel: „Fünfen und Sechsen immer mehr, zwingen dich ins Arbeitslosenheer" oder „Hast du die Hauptschule endlich geschafft, bist du'ne billige Arbeitskraft".

### Spitzelbericht

„Seit dem 13.12.76, an dem von Frl. Laub eine „Dokumentation" im Lehrerzimmer angeboten wurde, eskalierten Aktionen der genannten Lehrerin, und in ihrem Gefolge Unruhe und Spannungen unter der Schüler- und Lehrerschaft. Gleichzeitig gab es erste Unmutsäußerungen von Eltern. Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

14.12.76: Schüler der Klasse 8e (Klassenlehrerin Laub) sammeln auf anonymen (unbeschriebenen) Zetteln Unterschriften von Schülern anderer Klassen, mit denen man gegen die vorgebliche Entlassung von Fr. Laub protestieren will.

15.12.76: Wieder treffe ich Schüler der 8e, die mit ausdrücklicher Genehmigung ihrer Klassenlehrerin während ihrer Unterrichtszeit Unterschriften sammeln (s.o.). Gleichzeitig werden ohne Absprache mit der Schulleitung Plakate in der Pausenhalle angeklebt (Anlage). Die Exemplare werden ohne Weisung der Schulleitung einen Tag später wieder entfernt, nachdem sie zuvor von Frl. Laub an der Wand fotographiert worden waren. Einige Plakate, die den Slogan tragen „Janssen muß weg – Laub muß bleiben", wurden bereits zeitiger entfernt. Die beiliegenden Exemplare wurden aus Papierkörben aufgesammelt.

Als ich Frl. Laub dann aus dem Unterricht herausbitten wollte, um sie auf ihre Verstöße gegen Vorschriften hinzuweisen, bemerkte ich, daß von Schülern ihrer Klasse unter ihrer Anleitung Plakate (Anlage) angefertigt wurden. Meiner Aufforderung, Unterschriften- und Plakataktionen in der dargestellten Form zu unterlassen, entgegnete sie mit der Aufforderung an mich, diese Angelegenheit mit der Klasse zu diskutieren. Die Schüler hätten Recht, sich gegen eine Schule zu wehren, die einen Großteil ihrer Schüler nur für die Hilfs arbeiterberuf qualifiziere. Sie hätten das Recht, ihre Verzweiflung über die schlechte Ausbildungssituation mit ihren Mitteln zu äußern. In dieser Situation hätten schulische Vorschriften – auch laufende, provozierende Verstöße der Klasse 8e gegen die von der Gesamtkonferenz beschlossene Schulordnung wurden ausgesprochen – aus ihrer Sicht kein Gewicht. Sie sage ihren Schülern, sie sollten sich nicht einfügen, sondern aufbegehren. (sinngemäße Wiedergabe)

Die so provozierten „Mittel" der Schüler bewirken inzwischen, daß einige Fachlehrer in der Klasse 8e nur noch unter größten Widersetzlichkeiten unterrichten können. Sie beginnen zu resignieren. Diese Lehrkräfte sind auch oft beschimpft worden. Der Klassenraum der Klasse 8e befindet sich täglich in einem unzumutbaren Zustand der Unordnung und Verschmutzung. Einzelne Eltern beschweren sich, weil sie ihre Kinder durch die Lehrerin Laub nicht mehr in der vorgeschriebenen Weise gefördert sehen.

In der Lehrerschaft breitet sich Unruhe aus. Pro- und Contra-Bildungen drohen die kollegiale Zusammenarbeit zu beeinträchtigen. Ein Fall akuter Indoktrination im Unterricht direkt kann bislang nicht nachgewiesen werden, es sei denn, durch entsprechendes Arbeitsmaterial für die Schüler oder einen stehengebliebenen Tafelanschrieb. Auf jeden Fall läßt das Verhalten der Schüler seit einiger Zeit keinen anderen Schluß zu, als daß sie im Sinne der politischen Thesen von Frl. Laub angeleitet werden. gez. Janssen"

In der Lehrerschaft breitet sich Unruhe aus. Pro- und Contra-Bildungen drohen die kollegiale Zusammenarbeit zu beeinträchtigen. Ein Fall akuter Indoktrination im Unterricht direkt kann bislang nicht nachgewiesen werden, es sei denn, durch entsprechendes Arbeitsmaterial für die Schüler oder einen stehengebliebenen Tafelanschrieb. Auf jeden Fall läßt das Verhalten der Schüler seit einiger Zeit keinen anderen Schluß zu, als daß sie im Sinne der politischen Thesen von Frl. Laub angeleitet werden. gez. Janssen"

# „Bewährungshelfer"

Ich will hier meine Erfahrungen, die ich mit dem bürgerlichen Staat gemacht habe, schildern. Im Frühjahr 1975 wurde ich wegen gemeinschaftlichen Diebstahls zu 8 Monaten Jugendstrafe auf 2 Jahre Bewährung verurteilt. Ich hatte mit Freunden Autos geklaut. Die Schulunterdrückung stand uns bis zum Hals, wir sahen in unserer Lage keine Perspektive, kurz vor dem Schulabgang keine Lehrstelle, kein Geld, keine Möglichkeiten zur Entfaltung der Bedürfnisse und Fähigkeiten. Diskotheken zu teuer, Jugendzentren gab es keine. Wir wollten was machen, was Spaß macht, was unsere Interessen und Bedürfnisse ausfüllt. Das einzige, was uns dazu blieb, war Klauen. Dabei wurden wir dann mehrmals erwischt. Vorm Gericht wollten die Richter uns dann kriechen sehen, sehen, wie wir geknickt und reuemütig auf der Anklagebank versinken und einsehen, daß wir uns gefälligst ein Leben lang den Verhältnissen, wie sie sind, unterzuordnen haben und uns dazu gefälligst voneinander trennen sollten. Um das unter Kontrolle zu kriegen, wurden mir für die Dauer der Bewährungszeit folgende Auflagen erteilt:

„1.Der Verurteilte hat sich der Aufsicht und Leitung des hauptamtlichen Bewährungshelfers zu unterziehen.

2.Er hat regelmäßig und pünktlich die Sprechstunden des Bewährungshelfers zu besuchen.

3.Er hat regelmäßig zur Schule zu gehen oder zu arbeiten."

Die Nichteinhaltung eine dieser Auflagen ist Bewährungsbruch und kann zum Absitzen der Strafe führen! Der Bewährungshelfer wird eingesetzt, um uns zu bespitzeln, zu kontrollieren und jede Rebellion gegen die herrschenden Zustände der Behörde zu vermelden, damit sie schärfere Maßnahmen gegen uns ergreifen kann. Ich muß zum Beispiel einmal in der Woche hin zum Bewährungshelfer. Fragen wie: Was machen Sie in der Freizeit, was macht die Schule oder die Arbeit, sind Sie noch mit ihren alten Freunden zusammen, wie sind die Familienverhältnisse, sind die Regel. Jedes unentschuldigte Fehlen wird in einem Bericht ans Gericht vermerkt. Als ich im Frühjahr 1976 erneut wegen Fahrens ohne Führerschein zu 12 Monaten Jugendstrafe auf 2 Jahre Bewährung verurteilt wurde, wurde die Kontrolle noch verschärft. Ich bekam nun noch die Auflage dazu, jeden Wohnort- und Arbeitsplatzwechsel nur nach Absprache und Zustimmung des Bewährungshelfers zu unternehmen. Die Neugierde und die Rumschnüffelei ist noch dreister geworden. Er greift auch direkt in die Familienverhältnisse ein, versucht zum Beispiel über Telefongespräche mit meiner Mutter die Wohn- und Lebensverhältnisse unserer Familie und meinen Freizeitbereich auszukundschaften. Als ich einmal krankgeschrieben war, tauchte er am Vormittag auf, um mich zusammenzuscheißen, was ich mir denken würde, krank zu feiern, und ob ich denn die Auflagen schon vergessen hätte. Wenn er das öfters erleben würde, müßte er einen saftigen Bericht ans Gericht schreiben. Er nahm diese Gelegenheit anscheinend gleich wahr, sich ein Bild über die Lebensverhältnisse unserer Familie zu machen. So schildert er in dem letzten Bericht ans Gericht vom November 1976: „Gemeinsam mit seinem Bruder und einem Bekannten der Mutter lebt O. in deren Haushalt. Die Mutter geht zur Zeit keiner außerhäuslichen Tätigkeit nach und soll wegen Berufsunfähigkeit Rente beziehen."

Anscheinend ist er verärgert darüber, daß die Arbeitskraft meiner Mutter schon so früh zerschlissen ist, Verachtung kommt hier zum Ausdruck. Anschließend geht er noch auf jeden einzelnen ein. Damit er seinen Probanden (so nennt man sich, wenn man unter Aufsicht eines Bewährungshelfers steht) lückenlos unter Kontrolle hat, steht er in Kontakt mit meinem Chef, der, wie er in dem Bericht traurig feststellt, „noch keine Veranlassung gesehen hat, von dem Angebot der Zusammenarbeit Gebrauch zu machen." Auf einen Arbeitsplatzwechsel geht er wie folgt ein: „Anfang Juni berichtete mir die Mutter des Probanden, daß O. beabsichtige, die Lehre zu schmeißen. Seitens des Ausbildungsbetriebes bestätigte man mir, daß O. bis dahin einwandfreie Leistungen erbracht habe, für den Beruf sehr gut geeignet sei und daß diese Entscheidung unerklärlich sei."

Zum billigen Lohnsklaven soll man erzogen werden, die Bewährungshelfer sollen das mit in die Hand nehmen. Auf dem Gericht sollte mir das beim letzten Prozess klargemacht werden, als ich zu dem Zeitpunkt gezwungen war, meine Arbeitskraft beim Sklavenhändler zu verkaufen. Der Richter war der Meinung: „Es ist sehr sinnvoll, wenn Jugendliche schon so früh die harten Seiten der Arbeitswelt kennenlernen und morgens um 2 Uhr aufstehen, um Geld zu verdienen." Mir und einigen Freunden ist in dieser Zeit viel klar geworden, wozu Gerichte, Gefängnisse, Polizei und Bewährungshelfer eigentlich da sind. Der Zusammenschluß der Jugend ist Gift für die Herrschenden eines Staates, in dem die Produktionsmittel in den Händen einiger Kapitalisten konzentriert sind und die Produktion nach den Profitinteressen dieser Parasiten gelenkt wird. Die Rebellion der Jugend entwickelt sich aber mit der Verschärfung der Unterdrückung. Gegen die Bewährungshelfer gibt es Widerstand, jedem Jugendlichen ist klar, welche Funktionen sie haben. Viele Jugendliche gehen erst gar nicht in deren Sprechstunde. Einem Kumpel wurde die Auflage, sich 3 Jahre der Aufsicht dieses Spitzels zu unterstellen, gestrichen, als sich die ganze Familie empört gegen die Herumschnüffelei gewehrt hatte. Bei meiner Mutter entwickelt sich der Haß gegen diese Lumpen immer gewaltiger.

Ich habe die Konsequenz aus diesen Erkenntnissen gezogen und mich im KJB organisiert. Verärgert darüber, daß er (der Bewährungshelfer) sein Ziel, mich im Auftrage des bürgerlichen Staates zur Schnecke zu machen, nicht erreicht hat, schreibt er im Bericht: „O. hat sich einer linksextremen, politischen Vereinigung angeschlossen, er befindet sich seitdem in permanenter Opposition gegen das ihn umgebende soziale Feld." Nicht richtig geschnüffelt hat dieser Senatsspitzel allerdings, wenn er dem noch hinzufügt: „Über das derzeitige Freizeitverhalten des Probanden liegen keine genauen Informationen vor." Die Antwort kann er haben: daß ich in meiner „Freizeit" die Auflehnung gegen diesen Staatsapparat nicht mehr in Form vom Autoklauen oder ähnlichem führe, sondern in der Form des organisierten Zusammenschlusses zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates, damit solchem Unterdrückergelumpe endgültig der Garaus gemacht wird! (op. KJB Westberlin)

### „Jungtäterrecht"

Der Widerstand der Jugendlichen gegen die Abrichtung zum Lohnsklaven ist groß. Das zeigt sich auch in dem hohen Anteil der Straftäter unter den Heranwachsenden. 12,5 % aller Straftäter waren 1974 in Westberlin Heranwachsende (18-21 Jahre). Die Bourgeoisie will diesen Widerstand in den Griff kriegen zum Zwecke der verschärften Ausbeutung der Heranwachsenden. Dazu dient auch der Entwurf für ein neues Jungtäterrecht. Es soll alle Straftäter von 14-21 Jahren erfassen.

Bislang können die Richter entscheiden, ob der Straftäter in der Altersgruppe von 18-21 Jahren nach dem Jugendstrafgesetz oder dem Erwachsenenstrafgesetz verurteilt wird. In der Regel wird das Jugendstrafgesetz vorgezogen.

Dieses bietet, im Gegensatz zum Erwachsenenstrafrecht, eine Reihe von differenzierten Disziplinierungsmitteln, die seitens der Klassenjustiz eingesetzt werden können, um den Widerstandswillen der Jugendlichen zu brechen. Diese Entwicklung wird im neuen Jungtäterrecht festgeschrieben, verbunden mit vereinfachten, genaueren Anweisungen für die ausführenden Unterdrückungsorgane, um die Strafmaßnahmen zu „bündeln" und zu „effektivieren". (Zitiert aus dem Entwurf)

Haftstrafe auf unbestimmte Dauer soll die Regel für Verurteilungen werden. Dies ist bislang auch möglich, wird aber relativ wenig angewandt. Die Entscheidung, wann der „Erziehungsprozeß erfolgreich abgeschlossen ist", wird durch die Aufsichtsbeamten der Strafvollzugsanstalt entschieden. Verbunden wird dies mit dem geplanten neuen Jugendstrafvollzugsgesetz, das sich nach dem für Erwachsene „ausrichtet". Dem Gefangenen können praktisch alle Kontakte untersagt werden, bis hin zur Isolationshaft.

Bewährung in Freiheit ist die zweite Neuschöpfung dieser Folterknechte. Damit der Jugendliche gleich eine Vorstellung von dieser „Freiheit" bekommt, gibt es einen obligatorischen 4-wöchigen Einführungsarrest. Sodann Erziehungsanweisungen durch den Richter, die die „gesamte Lebensführung" betreffen können.

Der Jugendliche bekommt z.B. die Auflage, in einem Kaufhaus für 3,27 DM pro Stunde zu arbeiten. Weigert er sich, gibt es Knast.



# Wer abtreibt, wird zur Forschung freigegeben

**Göttingen.** In der Universität-Frauenklinik werden Versuche an Frauen, die abtreiben müssen, durchgeführt. Ende November rühmten sich die Professoren der Frauenklinik damit, ein Mittel erfunden zu haben, das Abtreibungen schmerzloser und ungefährlicher werden ließe: Prostaglandin. Dies ist ein Hormonpräparat, das einen halben Tag vor der Abtreibung gespritzt wird und bewirkt, daß sich der Muttermund öffnet, was eine Verletzung beim Eingriff verhindern soll. Die Öffnung des Muttermundes leitet in vielen Fällen eine künstliche Fehlgeburt ein, führt aber auf jeden Fall zu Preßwehen und starken Blutungen.

Eine Studentin, 23 Jahre alt, Bafög-Empfängerin, ihr Freund, ebenfalls Bafög-Empfänger, beide mit über 40 000 DM beim Staat durch Darlehen verschuldet, wohnen in 2 je 10 qm großen Zimmern im Studentenwohnheim. Das Mädchen wird schwanger. Aber bei den Bedingungen, unter denen sie lebt, kann sie kein Kind großziehen. Gemeinsam mit ihrem Freund faßt sie den Beschluß abzutreiben.

Sie geht zur Nervenklinik, wo man ihr eine Indikation stellt, da sie hochgradig labil und nicht in der Lage sei, ein Kind zu bekommen und aufzuziehen. Um dieses Gutachten zu erschwindeln, mußte sie zusätzlich ihren Freund als skrupellosen Unterdrücker anklagen, der sie sitzenließe, wenn sie ihr Kind bekäme. Die nächste Station – Pro Familia-Beratungsstelle – informierte über „soziale Hilfen": Unterbrechung des Studiums oder Sozialhilfe und im Winter zusätzlich Feuerungshilfe. Diese Hilfen bestechen nicht, der Entschluß der Studentin steht fest: Es muß abgetrieben werden.

Nächste Station: Universitäts-Frauenklinik. Als erstes wird ihr ein Merkblatt vorgelegt über die Gefahren eines Schwangerschaftsabbruchs mit Prostaglandin. Sehr detailliert, die meisten Nebenwirkungen: Unfruchtbarkeit oder Tod. Daraufhin verlangt sie eine Abtreibung ohne Prostaglandin. Das wird an der Frauenklinik nicht mehr gemacht. Abgetrieben werden muß – also Prostaglandin, das am Abend gespritzt wird. Die Folge: wahnsinnige Schmerzen, Blutungen. Durch einen Tropf laufen schmerzstillende Mittel, die aber nicht richtig wirken. Die Studentin ruft die Nachtschwester, die aber darauf verweist, daß, wer abtreibt, auch leiden müßte.

Am Morgen nach 9 Stunden Preßwehen in den Operationssaal. Ein Student, der seine Doktorarbeit über die Prostaglandin-Forschung schreibt, untersucht die Studentin vorher. Danach der Eingriff und die Schlußfolgerung: Nie wieder Abtreibung in der Frauenklinik.

Das Modell ist einfach: Zuerst werden die Frauen durch den § 218 in die Gutachter- und Beratungsstellen getrieben, wo ihnen bescheinigt wird, daß sie nicht voll zurechnungsfähig sind und trotz der guten sozialen Verhältnisse und Hilfen auf der geforderten Abtreibung beharren. Alles ist also eine Frage des persönlichen Versagens. Danach kommen diese „Versager" in die Frauenklinik, wo sie vor die Alternative gestellt werden: entweder Versuchskaninchen für Prostaglandin-Forschung und Einschüchterung durch das Merkblatt oder keine Abtreibung. Da die Frauen zur Abtreibung gezwungen sind, sollen sie sich unterwerfen.

Dieser Plan wird nicht aufgehen: Die Anwendung des neuen § 218 wird nicht hingenommen.




400 Teilnehmer besuchten die Abschlußveranstaltung der Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 am 29./30.1. in Frankfurt. Der 3. ordentliche Delegiertentag, an dem 86 Komitees und Initiativen aus ganz Westdeutschland und Westberlin teilnahmen, wurde unter dem Thema „In der Vorbereitung des 1. Mai 1977 den theoretischen Kampf gegen die Spaltungsversuche der Bourgeoisie führen" durchgeführt. In drei Arbeitsgruppen wurden verschiedene Referate behandelt, eine Resolution der Delegiertenkonferenz verabschiedet, in der die weiteren Aufgaben der Komitees festgelegt und zur Vorbereitung des 1. Mai 1977 unter den vier Forderungen der Komitees eingeleitet wird: „Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"

**Neumünster.** Das SSK (Stadtschülerkomitee Neumünster) unterstützt den Kampf der Bevölkerung gegen das KKW in Brokdorf. Dieses Kernkraftwerk sowie die Durchführung des Kernenergieprogramms der Bundesregierung dienen einzig und allein der Steigerung der Profite der Kapitalisten. Für die Bevölkerung würde das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, erhöhte Gefährdung der Gesundheit und des Lebens bedeuten. Für die Masse der Bauern in der Wilster Marsch wird der Bau des KKW in Brokdorf den Ruin bedeuten. Deshalb unterstützt das SSK die Forderungen:

Kein KKW in Brokdorf und anderswo! Sofortige Einstellung der Bauarbeiten und Räumung des Platzes! Einstellung aller Strafverfahren gegen KKW-Gegner!

Ob das Kernkraftwerk gebaut wird oder nicht, entscheidet sich im Kampf der Volksmassen gegen den Staat. Daran ändert auch das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig auf vorläufigen Baustopp nichts. Es soll die Volksmassen nur hinhalten und ihren Kampf schwächen. Auch die Versuche der Landesregierung, die Einheit der Bürgerinitiativen zu zerstören, werden nicht verfangen. So hat Stoltenberg behauptet, mit Vertretern der Bürgerinitiativen gesprochen zu haben, was nicht stimmt. Es ist notwendig, so schnell wie möglich Aktionen gegen den Bau des KKW zu unternehmen. Das SSK fordert alle Bürgerinitiativen gegen das KKW auf, eine Demonstration am 19.2. direkt am Bauplatz zu beschließen und dafür zu mobilisieren. Die Demonstration wird unsere Einheit und den Kampf gegen das KKW stärken. (17 dafür, 4 Enthaltungen)

**Elmshorn.** Die Lehrlinge des Fernmeldezeugamtes Elmshorn (ein großer Ausbildungsbetrieb) beraten, wie sie den Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf führen. Bereits im November hatten sie sich für die großen Demonstrationen ausgesprochen. Sie diskutierten einen Beschluß zum 19.2. zur Großkundgebung am Bauplatz unter den Forderungen „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf, sofortige Einstellung der Bauarbeiten, sofortige Räumung des Bauplatzes!" Zwei Lehrjahre haben bereits mit großer Mehrheit diesen Beschluß gefaßt.



# Manöver der Sozialdemokraten




1. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

„Es gilt, den Spruch der Verfassungsrichter als absolut anzuerkennen, sich ihm zu beugen." (Liesel Winkelsträter. Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie, in: Gewerkschaftspost Nr. 3/1975)

2. Das Gesetz in der Mache Die herrschende Klasse gießt das Urteil erneut in Gesetzesform. Die verschiedenen Gesetzesentwürfe enthalten alle dasselbe: Abtreibung ist strafbar. Die Sozialdemokraten richten auf „Ausschöpfung" des Gesetzes und des Urteils aus.

METALL privat
§ 218: Die Stellung der IGM eindeutig: Reform ist überfällig
SPD/FDP: Soziale Notlage bedacht

3. Das Gesetz wird verabschiedet

METALL nachrichten
Der neue Paragraph 218
Der alte § 218 ist jetzt tot
Kleiner Schritt vorwärts
Medizinische und soziale Beratung
Geheimhaltung

4. Das Gesetz tritt in Kraft

§ 218 – nur Neuregelung statt Reform
Reformabsicht des § 218 wird zu Lasten der Frau unterlaufen: Jeden Mißstand anprangern!

Muß ich so betteln? Ich komme mir vor wie ein Flittchen

Kontrolle ist nicht gefragt: Dr. med. Superstar sieht sich als Halbgott in Weiß

5. Die Beratungsstellen werden als Polizeispitzelstellen angegriffen. Neue Wege müssen gesucht werden, um der Staatsmacht Zugriff auf die Volksmassen zu eröffnen.

Szenen einer ganz gewöhnlichen Ehe
Der tägliche Terror: Mein Mann hat mich zum Kind gemacht
Für Frauenhäuser werden viele aktiv
Zur Liebe antreten wie auf dem Kasernenhof
Akademiker prügeln ebenso wie Arbeiter

**Schmidt:** „Viele Bürger, ich weiß es aus manchen Gesprächen, klagen darüber, daß es in unserer Gesellschaft zu rational, einige sagen, zu nüchtern und zu kühl zugeht. Manche vermissen menschliche Wärme. Manche entbehren ein Stück Geborgenheit. Das ist wohl eine richtige Wahrnehmung. Hier kann die Bundesregierung keine Patentrezepte verordnen! Aber sie kann sich Mühe geben, ihr Handeln und ihre Gesetze den Menschen in einfacher Form verständlich zu machen! Anregen möchte ich, daß wir uns untereinander um mehr Nachbarschaft bemühen, unfeierlich und das heißt praktisch." (Neujahrsansprache 1977)

Welt der Arbeit • Nr. 51 • 17. Dezember 1976

GEWALT

Eine Zufluchtsstätte für mißhandelte Frauen

„Daß Frauen von ihren Ehemännern oder Freunden geschlagen werden, das galt bis vor kurzem in unserer Gesellschaft als Kavaliersdelikt, das man zwar mißbilligend zur Kenntnis nahm, sich aber nicht weiter darüber aufregte. Selbst wenn Frauen in Gegenwart der Kinder krankenhausreif geprügelt werden, ist das für Nachbarn, Ärzte oder Polizisten nur selten ein Grund, einzugreifen. Ärzte schicken die psychisch und physisch zerstörten Frauen oft nach kurzer Behandlung wieder in die Ehe zurück; Polizisten ziehen sich zurück, wenn der Mann ihnen reumütig versichert, er sei wieder friedlich. Vor Anzeigen schrecken die meisten Frauen zurück aus Angst, der Mann werde sie jetzt erst recht zusammenschlagen." (Aus: Welt der Arbeit, 17.12.76)



**Hildesheim.** In Sibbesse, Lamspringe, Freden und Sorsum arbeiten Bürgerinitiativen, um den Bau einer Bundesbahn-Schnellstrecke von Hannover nach Kassel zu verhindern.

Die geplante Strecke soll dem Fall der Profitrate der Kapitalisten entgegenwirken: Die Kosten für den Gütertransport sollen gesenkt werden. Das Geld für den Ausbau dieser Strecke wird aus den Volksmassen herausgepreßt durch kaum erschwingliche Fahrkarten.

Gleichzeitig wird die Verödung der ländlichen Regionen vorangetrieben durch Streckenstillegungen. Dadurch werden auch die Bahntransporte der Bauern für Rüben, Dünger usw. verteuert, bei Kalkammonsalpeter beträgt die Belastung durch Fracht und Mehrwertsteuer bereits jetzt schon über 25 %.

Das Land für die 40 Meter breite Bahntrasse soll mittels des Flurbereinigungsgesetzes beschafft werden. Die Ländereien von vielen Bauern sollen enteignet werden, was die Existenz der kleinen und mittleren Bauern gefährdet. Das fehlende Ersatzland soll im Umlageverfahren prozentual allen umliegenden Bauern weggenommen werden. Für Teile dieser „Flurbereinigung" müssen die Bauern noch blechen: Neue Gräben und Wege müssen sie anlegen und für deren Instandhaltung die Kosten aufbringen. Dagegen gibt es breite Empörung und Proteste.

**Westberlin.** Die Westberliner GASAG plant die Einführung von Gasmünzautomaten (Groschengräbern) an Haushaltsgeräten. Von 3 Millionen fälligen Rechnungen pro Jahr werden 210 000 nicht sofort gezahlt. Die Mahnungen nehmen zu: von 52 000 1973 auf 63 000 1976. Zu 5 500 gerichtlichen Auseinandersetzungen ist es um nichtbezahlte Rechnungen gekommen.

Mit den Gasmünzautomaten will die GASAG erreichen, daß derjenige, der den Gasverbrauch nicht mehr zahlen kann, von vornherein kein Gas mehr bekommt. Dieser Plan ist ein offenes Zugeständnis der Bourgeoisie, daß die absolute Verelendung der Massen zunimmt. Jede Erhöhung der Gaspreise drückt auf die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen. In Westberlin sind die Gastarife für die „privaten" Haushalte gerade an-

**Im ganzen Land Baden-Württemberg** haben die Studentenmassen in der letzten Woche die Hochschulen bestreikt und Aktionen durchgeführt. Gekämpft wird für die Forderungen: Keine Stellenstreichungen an den Universitäten, Keine Kürzungen an den Pädagogischen Hochschulen Einstellung aller Lehrer, Anerkennung aller arbeitslosen Lehrer als Arbeitslose, Weg mit dem unverschämten BAFöG Angebot der Bundesregierung. In Heidelberg wurden 2/3 der Universität bestreikt. 1500 Studenten waren auf der Vollversammlung. In Konstanz beteiligten sich 58 % an der Urabstimmung. 58 % waren für Streik. An den meisten Pädagogischen Hochschulen wurde gestreikt oder Aktionstage durchgeführt. Die Reaktionäre sind von der Wucht der Bewegung angeschlagen. Kultusminister Hahn kam bei allen seinen Auftritten unter die Räder der Studentenbewegung. „Ja, und ich darf Ihnen sagen, daß die Problematik, die Sie bewegt, diejenige ist, die mich Tag und Nacht nicht losläßt." Er wollte zeigen, wie besorgt er ist um die Studenten. „Gelächter" heißt es um Protokoll von seinem Auftritt an der PH Ludwigsburg. Mit dem Sprechchor-Einstellung aller Lehrer" wurde er vertrieben. „Von einer Meute schwerwiegender Gefahren gehetzt" meint der Rektor der Universität Stuttgart. Die bürgerlichen Politiker in der Studentenbewegung hatten alle Hände voll zu tun, um überall zu spalten. Der AStA-Vorsitzende der Fachhochschule für Bibliothekarswesen ‚Revisionist' weigerte sich auf der Stuttgarter Demonstration, die Beschlüße der Vollversammlung für bundesweiten Streik gegen das BAFöG zu vertreten. Die Revisionisten der GOL mußten zurücktreten, die Liste „Für die Rechte der Studenten" bildet bis zu den Neuwahlen einen Übergangsasta. Am letzten Donnerstag demonstrierten in Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Reutlingen, Tübingen und Schwäbisch-Gmünd über 12 000 Studenten.

**Braunschweig.** Die letzte Vollversammlung der Technischen Universität hat beschlossen, daß der Mensaboykott unbefristet fortgesetzt wird, gegen die Reformisten und Revsionisten, die den Boykott bei Fortsetzung der Verhandlungen wieder aussetzen wollten. Gleichzeitig ist beschlossen worden, daß zusammen mit den Angestellten Kampfmaßnahmen gegen die Preiserhöhungen in der Wahlmensa vorbereitet werden sollen. Wenn das Mensapersonal entlassen wird, was von Seiten der Landesregierung angedroht wird, um den Boykott kleinzukriegen, soll ein dreitägiger Warnstreik durchgeführt werden. Die Revisionisten wußten, daß sie diesen Warnstreik nicht wie zwei Vollversammlungen zuvor abwiegeln konnten und landeten einen neuen Anschlag: bei Entlassungen soll der Lohn der Mensafrauen aus studentischen Geldern gezahlt werden. Die Studenten sollen sich zu den Schuldigen der Entlassungen erklären und das Spaltungsmanöver der Landesregierung zahlen, mit Geld oder mit dem Abbruch der Kampffront.

An den ersten beiden Tagen des Boykotts gingen jeweils unter 50 Essen raus. Am Freitag wurde die Essensausgabe durch die Bildung von Ketten blockiert.

Am Freitag wurde die Essensausgabe durch die Bildung von Ketten blockiert.

**Kiel.** Die Fachvertretung Klinik hat unter den sieben bislang ersten Studenten, die in Kiel das Praktische Jahr absolvieren, eine Umfrage durchgeführt über Arbeitszeit, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Auf die Frage, wieviel Stunden sie wöchentlich in der Universitätsklinik anwesend seien, wurden Zahlen zwischen 35 und 50 Stunden genannt, der Durchschnitt liegt bei 42,8 Stunden. Nacht- und Wochenenddienste sind zwar alle freiwillig, aber am Ende des Praktischen Jahres steht der dritte Teil des Staatsexamens mit einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung, in der auch praktische Erfahrungen geprüft werden. Kaum einer kann es sich leisten, auf solche Erfahrungen zu verzichten, die z.T. nur in Nacht- und Wochenenddiensten gewonnen werden können, z.B. Notfälle. Dementsprechend machen die meisten der PJ-Studenten alle 14 Tage Nachtdienst, was im Wochendurchschnitt 5 1/2 Stunden ergibt. Wochenenddienste mit 12 Stunden pro Schicht ergeben, niedrig gegriffen, noch einmal zwei Stunden pro Woche, insgesamt somit schon 50,3 Stunden. Zeit zum Eigenstudium während der wöchentlichen Arbeitszeit zur Vorbereitung auf das Staatsexamen bleibt kaum.

**Hannover.** In der Kinderklinik der Medizinischen Hochschule dürfen die Studenten nach Dienstschluß nicht einfach gehen, sondern müssen dableiben, bis der Oberarzt vorbeikommt und die Krankengeschichte, die sie angefertigt haben, überprüft hat, ob das nun eine Stunde, was häufig vorkommt, oder noch länger dauert.

Die völlige Rechtlosigkeit und Abhängigkeit der Studenten im Praktischen Jahr – einige müssen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts neben dem üblichen Dienst im Praktischen Jahr Nachtwachen zusätzlich machen – nutzt der imperialistische Staatsapparat zur Spaltung der Lohnabhängigen im Krankenhaus. Fünf Studenten an der Kinderklinik lehnten sich dagegen auf und griffen in einem Info die geplante Entlassung von 14 koreanischen Krankenschwestern öffentlich an. Daraufhin drohte der Professor der Klinik sofort einer Studentin mit Rausschmiß.

# Studentenparlamentswahlen

Die Bewegung der Studenten an den Hochschulen ist radikal, aber die Hoffnung, daß nichts so heiß gegessen wird wie gekocht, ist doch weit verbreitet. Die Kämpfe der Studenten gegen die Unterdrückung durch den Staatsapparat sind kraftvoll und begeisternd, aber es ist auch wahr, daß es bürgerlichen Politikern in diesem Semester gelungen ist, die Studenten um die Früchte dieser Kämpfe zu betrügen.

Die Geschäftsordnung wurde hunderttausendfach gebrochen, denn diese Geschäftsordnung gesteht den Studenten keinerlei Kampfrechte zu, und die Studenten haben gekämpft. Aber nach wie vor *besteht* diese Geschäftsordnung, und nach wie vor haben die Studenten keinerlei gesicherte Rechte, sollen sich rechtlos bieten lassen, was immer die Hochschulbeamten ihnen antun. Zwar ist es den Studenten gelungen, einzelne Zumutungen durch Kampf zurückzuweisen – das ging von der Gesichtskontrolle in den Seminaren bis hin zu den Prüfungen –, aber diese Zumutungen können jederzeit von der Bourgeoisie neu gemacht werden, und so wird es auch gehen.

Die Geschäftsordnung konnte nicht umgeworfen werden. Die Geschäftsgrundlage jedoch wurde von der Bourgeoisie zu ihren Gunsten weiter verändert. Damit die Studentenmassen studieren können, müssen sie gezahlt werden. Das BAFöG-Gesetz gibt der Bourgeoisie Mittel in die Hand, ohne Aufhebens, sozusagen im Selbstlauf die Geschäftsgrundlage zu unterhöhlen. Die Bourgeoisie hat Studenten, und die Studenten haben keine oder sinkende Zahlung. Die Masse der Studenten hat heute eine ganz andere Geldlage zu bewältigen als bei Studienbeginn.

Es gibt vage Ankündigungen der Regierung über eine „geplante Anhebung". Aber jeder weiß schon, nicht einmal die Ausgangslage seit der letzten „Anhebung" wird wiederhergestellt werden.

Dies sind die Ergebnisse des entschiedenen und mit großen Anstrengungen durchgeführten Kampfes von Hunderttausenden. Es ist ganz offensichtlich, daß die Studentenmassen um die *Früchte* dieses Kampfes betrogen wurden.

Mancher wird uns entgegnen, unsere Stellungnahme sei allzu bitter. Wir übersähen die bedeutenden Kampferfahrungen, die die Studenten gesammelt hätten, wir übersähen die Links-

übersähen die bedeutenden Kampferfahrungen, die die Studenten gesammelt hätten, wir übersähen die Links-

entwicklung, die die Studentenmassen im Kampf durchgemacht hätten. Wir übersehen das überhaupt nicht. Wir sind jedoch nicht bereit zu vergessen, daß ein schreiender Gegensatz zwischen der Kraftentfaltung der Bewegung und den Ergebnissen des Kampfes besteht. Dieser schreiende Gegensatz wird von den bürgerlichen Politikern, die ihn verursacht haben, ausgenutzt werden, um die Kämpfe der Studenten zu lähmen und weiter zu fesseln. Schon jetzt taucht die zwischendurch vergessene Frage, ob sich die Studentenmassen überhaupt gegen die Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat wehren können, wieder auf. Nachdem es professionellen und professoralen Politikern gelungen ist, der Studentenbewegung den Zugang zu den Früchten ihrer Kämpfe zu versperren, indem verhindert wurde, daß sich die Bewegung unter einheitlicher Forderung in einem einheitlichen Kampfe zusammenschließt, nachdem so die Bourgeoisie in die Lage versetzt wurde, die Taktik „Abwarten und Tee trinken" anzuwenden, wird das jetzt als unvermeidlich ausgegeben, daß die Kämpfe der Studenten der Bourgeoisie nichts oder nur wenig ausmachen.

Die Aussichten fürs nächste Semester sind keineswegs günstig. Wenn es nicht gelingt, die professionellen Politbetrüger abzuhalftern, die der Studentenbewegung den Weg zur entschiedenen Vertretung ihrer eigenen Interessen sperren, wird es eine schwere Reaktion geben.

In der Bewältigung dieses Problems gibt es aber auch Fortschritte. Die Studentenbewegung reagiert auf die Betrügereien, die ihr von professionellen Betrügern zugefügt wurden, spontan und instinktiv. Sie reagiert mit Ablehnung dieser Politiker. Da die politische Bewegung an den Hochschulen quirlig und zersplittert ist, nehmen wir zur Verdeutlichung unserer Meinung ein Beispiel: Göttingen.

In Göttingen gab es in diesem Semester Aktionen, die weit über die Hälfte der Studenten, die dort gemeldet sind, eingeschlossen haben. Es ist noch nicht einmal gelungen, diese große Masse auch nur zur Teilnahme an den Studentenparlamentswahlen zu gewinnen. Ein großer Teil blieb diesen Wahlen fern. Sodann ist es nicht gelungen, die offen bürgerlichen Strömungen ernstlich anzuschlagen. Der RCDS hat 25,4 Prozent der gültigen Stimmen. 25,4 Prozent Bourgeoisnachwuchs, der *Grund* hätte, den RCDS zu wählen, gibt es an der Universität Göttingen nicht.

Das Juso-LHV-KB-(Nord)-(SBL)-Bündnis, das im vergangenen Jahr zwecks Besetzung des AStA entstanden war und damals 50,7 Prozent der Stimmen hatte, hat diese 50,7 Prozent nicht mehr, sondern nur noch 34,5 Prozent. Runde tausend Stimmen gingen diesem Bündnis verloren. Ein Teil

Prozent. Runde tausend Stimmen gingen diesem Bündnis verloren. Ein Teil

davon nach rechts, an den SLH, der die Regierungssozialdemokratie unter den Studenten vertritt. Rund 400 hat dieser SLH gewonnen.

Drückt das nun eine gefährliche Lage der Studentenbewegung aus oder nicht?

Allerdings, runde 600 Studenten gingen diesem Bündnis nach links verloren. Sie gingen zum Bündnis „Unabhängiger Frühling", das aus der Institutsgruppenbewegung hervorgegangen ist. Diesen Studenten war das Juso-LHV-KB-(Nord)-Kartell zu rechts, was ganz gut begreiflich ist.

Das Bündnis „Unabhängiger Frühling" hat aber nicht 600 Wähler, sondern tausend. 400 dieser Wähler kommen von der Liste Aktionseinheit, die von unserer Studentenorganisation unterstützt war. Die Liste Aktionseinheit wurde so ungefähr halbiert.

Seitdem es nicht gelungen ist, die Bewegung in einer einheitlichen Aktion gegen das BAFöG zu einen, ist die Bewegung *bis zur Lösung dieses Problems gespalten*. Sie ist – welchen Pelz auch immer die Promoter dieser Spaltung anlegen – durch die *Bourgeoisie gespalten*. Notwendig ergibt sich daraus die Gefahr der Isolierung der Revolutionäre von der Bewegung. Spaltung der Bewegung und Isolierung der Revolutionäre gehen Hand in Hand.

Konnte die Studentenbewegung von dem Weg, der zur Durchsetzung ihrer Interessen und zur Sicherung der Früchte des Kampfes führt, abgedrängt werden, so war klar, daß die Institutsgruppen, die Träger dieser Bewegung sind, gespalten werden mußten. Etliche hielten an den Interessen fest, andere ließen sich abdrängen. Die Spaltung der Institutsgruppen ist auch regelmäßig der Weg, auf dem versucht wird, die Revolutionäre von der Bewegung zu isolieren.

Nur wo es gelungen ist, dieser Spaltung zu begegnen, konnte auch diese Gefahr zurückgedrängt werden. Wir Revolutionäre haben nach dem Ausgang dieser Studentenparlamentswahlen das Problem, nachzusinnen, wie man, verdammt nochmal, zu „mehr" Stimmen kommen könnte. Wir haben ein größeres Problem. Wir müssen erörtern, wie wir unsere Arbeit so verbessern, daß wir die bürgerlichen Spalter und Opportunisten daran hindern, die ganze Bewegung zu spalten. Wir haben zu überlegen, aus welchen bestimmten Gründen es uns in diesem Winter nicht gelungen ist. Da der Studentenbewegung der Kraftverlust, den sie durch Spaltung erleidet, durchaus bewußt ist, muß man die Frage nach dem Weg, auf dem die Spaltung überwunden werden kann, überall erörtern.

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", das war eine Parole der spontanen Bewegung. Diese Parole wird jetzt von den verschiedenen Opportunisten als Devise des kommenden Semesters ausgegeben. Eine fortschrittliche Parole kann rückschrittlich werden. Drückte diese Parole vor einem Jahr den Mut von buchstäblich Zehntausenden, Hunderttausenden aus, die sich erhoben, ohne daß man genau gewußt hätte wie, wann, wohin und mit welchem Risiko, so drückt sie jetzt die Absicht der Opportunisten aus, die Ergebnislosigkeit von Kämpfen zum Prinzip zu erheben.

Wir glauben, daß man jetzt wirklich leicht dazu neigt, die Gefahren zu unterschätzen, denen die fortschrittliche Bewegung der Studenten ausgesetzt ist. Da steht tatsächlich bedeutend mehr auf dem Spiele als ein Drittel oder die Hälfte der Stimmen, die Revolutionäre bei den Studentenparlamentswahlen auf sich vereinigen.

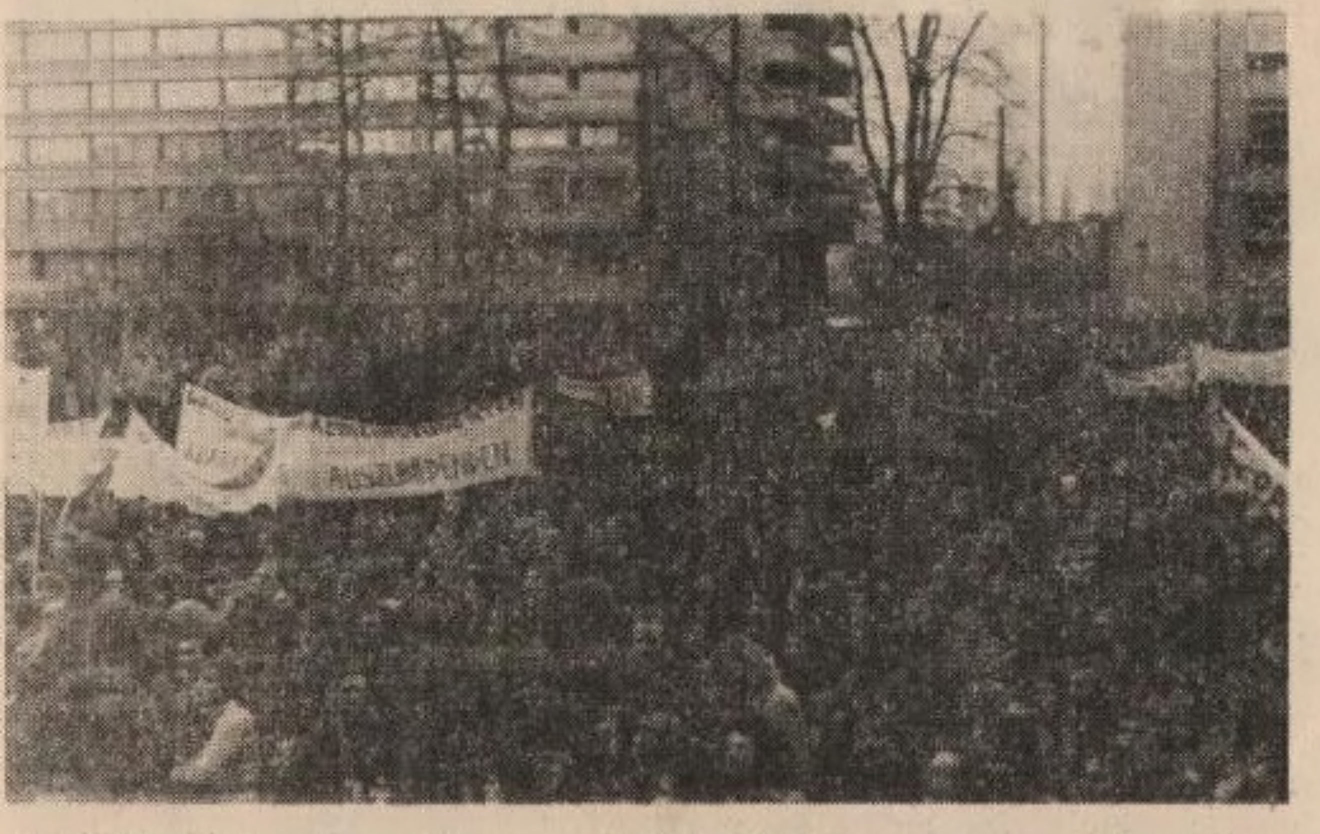
Die Sache ist aber nicht verloren, sie wird in den kommenden beiden Semestern ausgemacht. – (mf)

## Ergebnisse der Studentenparlamentswahlen

(Vorjahresergebnisse in Klammern)

| | Stimmen | | Sitze | |
|---|---|---|---|---|
| **Universität Göttingen** | | | | |
| RCDS | 1 782 | (1 829) | 20 | (20) |
| SLH | 802 | (390) | 9 | (4) |
| SHB | 338 | (132) | 3 | (1) |
| MSB | 281 | (371) | 3 | (4) |
| KSV | 35 | (23) | – | (–) |
| Sozialistische Bündnisliste: KB (Nord), GIM, Basisgruppen (Opportunisten), Teile der Jusos und vereinzelte LHVler | 2 422 | (–) | 28 | (–) |
| „Bewegung Unabhängiger Frühling" (Spontaneisten und Teile von Jusos und LHV) | 005 | (–) | 11 | (–) |
| Jusos* | | (1 970) | | (22) |
| LHV* | | (588) | | (6) |
| KB (Nord)* | | (1 009) | | (11) |
| Liste Aktionseinheit (vom KSB unterstützt)** | 351 | (725) | 4 | (8) |
| *Jusos, KB (Nord) und LHV kandidierten 1977 nicht auf einer eigenen Liste | | | | |
| **1976 Rote Liste | | | | |
| Wahlbeteiligung: 7 016 (7 037) entspricht 36 % (37 %) | | | | |
| **Universität Kiel** | | | | |
| RCDS | 417 | (1 109) | – | (–) |
| Studenten für das Grundgesetz | 953 | (1 432) | 10 | (10) |
| LHV | 531 | (896) | – | (–) |
| Jusos | 2 073 | (1 524) | 11 | (11) |
| MSB | 207 | (254) | – | (–) |
| KB (Nord) | 196 | (97) | – | (–) |
| KSV | 33 | (97)* | – | (–) |
| KSB/ML | 99 | (97)* | – | (–) |
| Fachschaftsgruppenliste | 802 | (1 244)** | – | (–) |
| *1976 gemeinsame Liste | | | | |
| *1976 Liste Aktionsprogramm | | | | |
| Wahlbeteiligung: 5 007 (5 035) entspricht 38,7 % (42,5 %) | | | | |
| **Technische Universität Braunschweig** | | | | |
| RCDS | | | 2 | |
| weitere Bourgeoisstudenten | | | 3 | |
| Jusos | | | 11 | |
| SHB | | | 4 | |
| MSB | | | – | |
| Linksdemokraten | | | 10 | |
| Basisgruppen (Spontaneisten) | | | 15 | |
| Liste für die Rechte der Studenten (KSB und Unorganisierte) | | | 2 | |
| **Universität Osnabrück** | | | | |
| RCDS | 140 | (220) | 5 | (7) |
| SLH | 60 | (–) | 2 | (–) |
| Jusos | 225 | (230) | 8 | (7) |
| Liste Gewerkschaftliche Orientierung (MSB/SHB u.a.) | 136 | (35)* | 5 | (1) |
| Fachbereichsgruppen | 130 | (260) | 5 | (7) |
| *1976 nur MSB | | | | |
| Wahlbeteiligung: 33 % (etwa gleichbleibend) | | | | |
| **Universität Bremen** | | | | |
| RCDS | 75 | (–) | 1 | (–) |
| Jusos | 358 | (201) | 5 | (3) |
| SHB | 195 | (396) | 3 | (6) |
| MSB | 411 | (482) | 6 | (7) |
| KSV | 35 | (55) | – | (–) |
| „Was lange gärt, wird endlich Wut" (Spontaneisten) | 509 | (–) | 7 | (–) |
| Rote Liste (Bereichsgruppen/KSB) | 226 | (500) | 3 | (8) |
| Wahlbeteiligung: 1 840 (1 650) entspricht 39 % (41,4 %) | | | | |
| **Hochschule für Gestaltung Bremen** | | | | |
| Gewerkschaftlich orientierte Liste | 224 | (207) | 14 | (13) |
| Einheitsliste (vom KSB unterstützt) | 23 | (45) | 1 | (2) |

Universität Bremen
RCDS 75 (–) 1 (–)



12 000 Studenten demonstrierten am Mittwoch in Hannover gegen das geplante Niedersächsische Hochschulgesetz. Die vorliegenden vier Entwürfe sehen auf der Grundlage des Hochschulrahmengesetzes die Einführung des Ordnungsrechts, weitere Unterwerfung der Verfaßten Studentenschaft unter die Kontrolle des Staates und die Regelstudienzeit vor. Forderungen wie „Novellierung des NHG" und „Zurücknahme der bisherigen Entwürfe", wie sie von den Reformisten und Revisionisten verbreitet worden waren, setzten sich nicht durch. „Albrecht, wir warnen Dich! Das NHG muß vom Tisch!" wurde in dem kilometerlangen Demonstrationszug gerufen. In den Kundgebungsreden der Reformisten und Revisionisten wurde die Frage, mit welchen Kampfschritten die Studentenmassen sich jetzt durchsetzen müssen, nicht geklärt. Mit ständigem Gerede von der Notwendigkeit des Zusammengehens mit „fortschrittlichen Professoren" und des „Ringens um Mitbestimmung" erreichten sie, daß der Platz noch vor Beendigung der Kundgebung geleert wurde.

# „Das mit dem Wehrsold ist lange reif“

**Zuschrift eines Reservisten**

Der letzte Tag, den ich als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr verbrachte, liegt jetzt ziemlich genau 19 Monate zurück. Zum 1.4.74 wurde meine Arbeitskraft damals zwangsverpflichtet. Weil verheiratet, bekamen wir „Unterhaltssicherung“. Das waren 564 DM monatlich, runde 450 DM netto weniger als mein letzter Lohn. Meine Frau bekam als Krankenpflegeschülerin 511,50 DM, als Wehrsold kamen noch einmal 165 DM dazu. Das macht zusammen 1230,50 DM netto.

Da wir erst kurz vorher geheiratet hatten, war die Anschaffung des gesamten Hausrates notwendig. Das ging erst schon mal nicht. Wir nahmen uns keine Wohnung, sondern lebten übers Wochenende bei einem Freund, meine Frau unterhalb der Woche bei ihren Eltern, die die Wohnung und Verpflegung zahlten.

Nach fünf Monaten war das unerträglich geworden. Wir mußten uns eine Wohnung mieten. Wir fingen mit 2 000 DM Schulden an, die Ersparnisse meiner Frau waren ebenfalls weg, und wenn uns nicht ihre Geschwister und ihre Eltern unterstützt hätten und so manches zur Einrichtung gekauft hätten, dann wären wir gezwungen gewesen, vom Fußboden zu essen und „Jaffa-Möbel“ zu stellen. 52 qm Sozialwohnung kosteten 198,20 DM, nach einem Vierteljahr waren daraus schon 266 DM geworden, zusätzlich Strom und Heizung 80 DM. Das Auto kostete mit Sprit, Versicherung und Steuer ca. 300 DM im Monat, Telefon noch einmal 80 DM. Von den 1 230,50 DM blieben noch runde 540 DM über. Das für zwei Personen.

Meine Frau mußte mit dem Bus fahren, die Versicherung mußte bezahlt werden und Kleidung brauchten wir auch beide. Das Essen am Wochenende bestand öfters aus den „nahrhaften“ Konserven, welche in der Einmannverpflegungsration enthalten sind und was mir einige Soldaten mitgaben. Noch heute lagern 15 Portionen Tubenkäse im Kühlschrank. Zwischenzeitlich erhielten wir einen Bußgeldbescheid über abgefahrene Reifen. Die „neuen“ vom Schrottplatz konnten wir noch nicht kaufen, und es wurde gestreckt. Das Auto war nach 15 Monaten ebenfalls reif für den Schrottplatz. Reparaturen lagen nicht drin. Eine weitere Erfahrung war die, daß man seine Kleidung tragen kann, bis sie einem vom Körper fällt.

Als Entlassungsgeld bekam ich 1 000 DM, welche gleich für Schulden weggezahlt werden mußten. Es hat ein Jahr gedauert, bis wir mit Kleidung, pünktlicher Bezahlung der Versicherung usw. wieder auf der Reihe waren. Das ruinierte Auto macht sich noch heute durch monatliche Tilgung für das neue bemerkbar. Nach der Wehrzeit wurde ich zuerst einmal entlassen, fand jedoch wieder Arbeit, mit 200 DM brutto weniger als vorher. Kürzlich traf ich einen Soldaten aus der Kaserne von damals. Er hat 2 000 DM zugesetzt plus der Ernährung durch seine Eltern.

Unter diesen Bedingungen war es oft eine erhebliche Schwierigkeit, Flugblätter und Zeitungen in den Kasernen herauszugeben. Die Unterstütztung von außen hat es erst möglich gemacht, daß zum Beispiel „DER FUNKE“, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster, jetzt im 4.Jahrgang erscheinen kann, und aus dem Heidestandort ein fester Stützpunkt im Kampf gegen die bürgerliche Armee geworden ist. Die häufigen Geldstrafen wegen Rebellion gegen die bürgerliche Armee gehen bei den Wehrpflichtigen gleich auf die Eltern oder müssen als Schulden später weggezahlt werden. Der Sold ist ein gewaltiges Druckmittel zur Erziehung zum Kadavergehorsam, bzw. zum Druck, sich zu verpflichten. In meiner Grundausbildung ist dadurch der stellvertretende Vertrauensmann, weil er die Kosten für die Operation seiner Frau zahlen mußte, zum „Achtender“ geworden. Der Wehrsold ist eine unerträgliche Belastung, die absolut nicht weiter hingenommen werden darf und auch nicht braucht.

Bereits 1975 trugen Soldaten auf der Demonstration am 1. Mai in Wolfsburg ein Transparent mit der Forderung nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit. Herbeigerückte Feldjäger wollten den Soldaten ans Fell. Das wurde durch die Arbeiter verhindert, sie fanden die Forderung richtig und notwendig. Heute sind wir in der Situation, daß es bereits eine Menge von Reservisten gibt, welche als Soldaten Erfahrungen im Kampf um diese Forderung gesammelt haben. In der Armee wächst die Bewegung für den Kampf um Lohnfortzahlung, die Kasernierung soll jedoch die Verbindung zu den Arbeitern zerbrechen. Was liegt da näher, als daß die Reservisten die Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaften um die Forderung nach Lohnfortzahlung aufnehmen? Wie gut das geht, hat man in Wolfsburg 1975 sehen können. Wie notwendig das ist, hat man selbst gespürt, und heute ist das noch schlimmer geworden. – (ma, Gefreiter der Reserve, Wolfsburg)

## Eine normale Woche in der 3./11,Schwanewede

**Montag:** Kamerad hat Selbstmordversuch gemacht. Er wohnte in Köln und hat die Schnauze von der Bundeswehr voll.

Sport: Liegestütze in Dreck und Schnee.

Unteroffizier drängelt sich beim Stubenschlüsselholen vor und läßt einen Gefreiten, der sich beschwert, wegtreten. Ein Stuffz geht zwischen eine Kabbelei zwischen drei Kameraden. Ein Kamerad läßt sich von ihm nicht alles sagen. Er muß eine Seite schreiben „Verhalten gegenüber Vorgesetzten.“ Zwei weitere Kameraden müssen aus ähnlichen Gründen auch je eine Seite schreiben.

**Dienstag:** Ganztägiges Schießen. Stuffz: Der gesamte 2. Zug muß Eßtöpfe mitnehmen und keine Teller. Ein Kamerad: Gehören die Uffze auch zum 2. Zug? (Sie essen immer von Tellern) Er wird angebrüllt: Halten Sie den Mund!

Stuffz verteilt Pommes Frites beim Mittag parteiisch. Die rebellischen Kameraden eine Kelle, der Rest zwei Kellen. Die Kompanie darf nach dem Schießen 15 Minuten im Regen stehen.

**Mittwoch:** Spieß bei der Parole: Schon angezogen nach dem Wecken auf dem Bett liegen, gilt als verschlafen. Natopause gestrichen. Zwei Stunden Waffenreinigen ohne Pause. Stuffz brüllt Kameraden an, weil er trotzdem ein Brot gegessen hat. Als der Kamerad widerspricht, wird er vom Stuffz angebrüllt „Halten Sie den Mund!“ Dreckige Waffe bringt weiteres Anbrüllen. Stuffz: „Halten Sie den Mund oder Befehlsverweigerung!“

**Donnerstag:** UvD schreibt einen Kameraden auf, der um 6 Uhr statt zum Wecken um 5 Uhr 30 von zuhause kommt.

Gewehrgranatschießen: Kameraden bauen 15 Kampfmulden, fünf werden nur gebraucht und Uffze wußten davon.

Ein Kamerad soll zum zweiten Mal eine Kampfmulde ausheben. Er beschwert sich, Uffz brüllt ihn an: „Hakken zusammen, wenn Sie mit mir reden und halten Sie den Mund, Sie Schiß!“



Winterbiwak: „Kampfbereitschaft auch unter extremen Witterungsbedingungen“

# „Was sie nicht tötet, macht sie noch härter“

**5 Tage Durchschlageübung**

**Wehrbeauftragter Berkhan vor dem Bundestag: „Einsatzwille und Engagement haben eine erhebliche Steigerung erfahren. Der Grund liegt wohl darin, daß hier die Gemeinschaftsleistung weit mehr verlangt, als beim Routinebetrieb in der Kaserne und daß die Soldaten von den Ablenkungsmöglichkeiten des zivilen Bereiches abgeschnitten sind“. Jedoch nicht Einsatzwille und Engagement haben eine erhebliche Steigerung erfahren, sondern der Widerstand und der Kampf der Soldaten gegen Schikane und Entrechtung.**

Der folgende Bericht von einer Durchschlageübung schildert die „Begeisterung“ der Mannschaften bei einer „Gemeinschaftsleistung“ im Gelände: Vor kurzem hatten wir 5 Tage lang von der 4./323 (Lützow-Kaserne-Schwanewede) eine Durchschlageübung. Ziel dieser Übung war die Patengemeinde Grassberg. Als Preis für die Übung haben unsere Vorgesetzen für den 1.Preis zwei Tage Sonderurlaub und für den 2. Preis einen Tag Sonderurlaub ausgesetzt. Sie haben diesen Sonderurlaub ausgesetzt, um Konkurrenz zwischen den Gruppen zu schaffen, denn wir liefen nicht alle auf einmal los. Eine Gruppe bestand in der Regel aus 9 Mannschaften und einem Unteroffizier. Diese Herren Unteroffiziere hatten keinerlei Ahnung und vor allem keine Ortskenntnisse. Sie liefen mit ihrer Gruppe auf gut Glück los mit Geländeskizzen und Kartenausschnitten. Die Kilometerzahl der Übung war theoretisch 90 km, aber in der Praxis waren es 120 km, die wir liefen.

Wir liefen gegen Abend mit unserer Gruppe los. Bevor wir starteten, mußten wir uns im Unterrichtsraum versammeln. Nach der kleinen Belehrung wurden wir noch mit Warndreiecken und Munition versorgt. Es fehlte uns an unserer Ausrüstung nichts. Mir kam es vor, als ob wir in den Krieg ziehen würden. Denn wir hatten alle Ausrüstungsgegenstände mit, die ein Soldat braucht: Sturmgepäck, Knarre, Stahlhelm, Munition und vieles mehr. Als Zusatz bekamen wir noch ein Funkgerät mit. Jeder hatte ca. 15 bis 20 kg Gepäck (ohne Funkgerät). Das Funkgerät wurde abwechselnd getragen (Gewicht 20 kg).

Wir hatten den Auftrag, verschiedene Punkte anzulaufen. Dort bekamen wir kleine Einlagen. Wir mußten Stellungen bekämpfen, Feinde vernichten, Hindernisse überqueren und vieles mehr. Es war vollkommener Irrsinn. Die Offiziere erfreuten sich, die Mannschaften kaputt zu sehen, während sie mit Autos fuhren. Wir mußten Hindernisse überqueren. Dabei war ein Bach, der 8-9 m breit war. Hier wurde ein Seil gespannt, und dann hieß es: „Hier müssen sie hinüber. Egal wie“! Der Oberleutnant wörtlich: „Diesen Bach müssen Sie überqueren. Ich warne Sie gleich: fällt eine Waffe hinein, dann holen Sie diese wieder heraus und wenn Sie danach tauchen müssen. Mir ist das egal, denn ich muß ja nicht danach tauchen“.

Es fielen auch einige Soldaten hinein. Sie mußten sich neue Arbeitsanzüge von Kameraden leihen und weitermarschieren. Es waren welche darunter, die mit nassen Hosen weitermarschieren mußten. Sie konnten sich ein paar Minuten im Sanitätswagen aufwärmen. Dann wurden sie rausgeschickt. Diese „menschenwürdige“ Behandlung hatte zur Folge, daß nach Ende der Durchschlageübung ein Teil der Soldaten eingeliefert wurde in den Sanitätsbereich zur stationären Behandlung.

Nach dem Bach lag das schlimmste Stück noch vor uns. Es war das Teufelsmoor. Bevor wir das Moor durchquerten, mußten wir eine Trage bauen. Einem Soldaten wurden die Schuhe mit Draht zusammengebunden und anschließend wurde der Draht plombiert. Damit wir nicht schummeln, hieß es. Die Trage wurde dann mit dem Kameraden drauf zwei Kilometer weit getragen. Als wir ins Moor kamen, trafen wir auf einige Gruppen. Hier hörten wir, daß einzelne Kameraden schon ausgefallen waren. Sie hatten sich verletzt oder waren vor Erschöpfung umgekippt. Die größte Sauerei war aber, daß zwei Kameraden von einem Stabsunteroffizier rücksichtslos zurückgelassen wurden. Es hieß: sie würden die Gruppe nur behindern, sie sollten zusehen, wie sie weiterkommen oder sich einer anderen Gruppe anschließen. Aber was wäre gewesen, wenn dort keine andere Gruppe vorbeigekommen wäre?

Die Kameraden, die naß wurden im Moor und erschöpft am Ende des Moors ankamen, wurden notdürftig behandelt und dann mußten sie weiter. Aber im Moor passierte noch etwas: Hier versank ein Kamerad. Als ein anderer ihm helfen wollte, fiel er mit hinein in den Wassergraben. Ein Unteroffizier soll dahinter gestanden haben und gelacht haben, während die Kameraden um Hilfe schrien.

Ob die Kameraden weitermarschieren mußten, weiß ich nicht. Zuzutrauen ist es allerdings dem Oberleutnant Ronneburg: „Ein Soldat muß so was abkönnen. Was einen Soldaten nicht tot macht, das härtet ihn nur ab“. So der Oberleutnant.

Es wurden immer weniger Soldaten, die weitermarschierten. Der größte Teil war ausgefallen. Das wurmte den Oberleutnant so sehr, daß er den Rest durch noch mehr Einlagen fertig machen wollte! Als ein Kamerad umfiel, trat der Oberleutnant an ihn heran und trat ihm mit dem Fuß in die Seite. Er sollte aufstehen und weitermarschieren. Es ging nicht. Der Schinder merkte es dann auch und bekam es mit der Angst zu tun, weil der Kamerad sich nicht rührte.

Vom Essen will ich ganz schweigen. Einmal gab es was und einmal gab es nichts. Wenn es etwas gab, dann ein rohes Kotelett, oder ein rohes Hähnchen. Dieses mußte man sich noch selber zubereiten. Kam man zu spät, bekam man eben nichts mehr zu Essen.

Aber das Ziel haben wir erreicht: Grassberg. Hier aßen wir tüchtig und schliefen ein paar Stunden. Dann betranken wir uns. Getränke bekamen wir umsonst. In den Kneipen sangen wir Lieder über die Offiziere. In ihrer Anwesenheit. Aus Wut. – (aus Volksmiliz, Zeitung des SRK Bremen)

**Durch Auflösung der Reserveflotte die aktive Flotte vergrößert.** Als Teil der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus wurde Ende 1976 die Reserveflotte der Kriegsmarine aufgelöst. Es handelte sich bei diesen Reserveeinheiten um Schiffe, die auf dem Trockendock lagen und nur im 'Ernstfall' mit Reservisten besetzt und eingesetzt werden sollten. Diese Schiffe „kehren zur aktiven Flotte zurück“. So hatte es 1970 74 Reserveeinheiten (Schiffe) gegeben, seit 1973 wurde ein Teil der Schiffe wieder eingesetzt, um „. . . . .ausgesonderte Kampfschiffe und Unterstützungsfahrzeuge zu ersetzen.“ Jetzt wurde endgültig die gesamte Reserveflotte aufgelöst: „Zusätzlich zum Eigenbedarf der Marine kamen wieder eine größere Anzahl von Einheiten als NATO-Waffenhilfe in Fahrt.“ (laut 'bundeswehr aktuell' vom 6.1.1977)

**Kasernierung.** Ein einfacher Soldat erhält 165 DM, ein Gefreiter 210 DM im Monat. Davon kann keiner ein selbständiges Leben führen, meistens muß man noch von erspartem oder geliehenem Geld oder von der Unterstützung der Eltern leben. Am härtesten trifft es die Soldaten, die von weit her, z.B. aus dem Ruhrgebiet kommen. Ihr Wehrsold ist allein durch die Heimfahrten am Wochenende schon fast verbraucht. 240 DM Bezingeld kostet es, jedes Wochenende von Braunschweig nach Köln und wieder zurück zu fahren. Über eineinhalb Jahre muß ein Wehrpflichtiger arbeiten, um Steuer und Versicherung für einen VW-Käfer aufzubringen. Sich eine Wohnung zu leisten, ist unmöglich. Viele Kameraden sind gezwungen, in der Kaserne zu bleiben, weil einfach das Geld fehlt, um öfter abends in die Stadt zu gehen oder am Wochenende nach Hause zu fahren.
a. – Panzerschütze

**Hamburg.** Acht Mark beträgt das tägliche Verpflegungsgeld im Zivildienst, wenn man nicht in der Dienststelle verpflegt wird. Mit acht Mark/Tag kann man sich nicht verpflegen, den Dienststellen ist aber selbst dies zuviel. Bei der methodistischen Kirche in Hamburg ist enthüllt worden, mit welch schäbigem Trick die Zivildienstleistenden um fast 2 000 DM während ihrer Dienstzeit betrogen werden. Zur Bedingung der Einstellung wird gemacht, daß er sich schriftlich bereit erklärt, daß die Eltern die Verpflegung für ganze vier Mark/Tag übernehmen. Erklärt man sich damit nicht einverstanden, wird man nicht eingestellt. Man läuft Gefahr, weitab vom Heimatort eingesetzt zu werden.

Ein weiterer Trick ist, daß man erklären muß, man wohne bei den Eltern. Die Kosten für Mietzahlungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz oder für die Dienstunterkunft werden so gespart. Die Eltern müssen dann zahlen.

Die Zivildienstleistenden werden vom bürgerlichen Staat vor allem im öffentlichen Dienst und in „karitativen“ Verbänden als Spalter und Lohndrücker den Arbeitern und Angestellten gegenüber benutzt. Sie müssen die gleiche Arbeit leisten, wie die dort angestellten Kollegen, und das für Hungersold.

Der Zusammenschluß dagegen muß organisiert werden unter der Forderung: EINGLIEDERUNG DER ZIVILDIENSTLEISTENDEN IN DIE TARIFVERTRÄGE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN! – (b, Hamburg)

UND ANGESTELLTEN! – (b, Hamburg)

**Westberlin.** Unter dem Rathaus Kreuzberg wird ein Bunker gebaut. Nicht zum Schutz der Bevölkerung, denn er hat nur Platz für 40 Personen. Die Anlage ist von der Außenversorgung durch Luft, Wasser und Strom unabhängig und besitzt mehrere Arbeitsräume. Öffensichtlich eine Kommandozentrale für den imperialistischen Krieg. Weitere Baupläne bestehen für andere Rathäuser der Stadt. (p. Zelle Bezirksamt Schöneberg)

**Munster.** Bei seiner Entlassung warf ein Gefreiter einen Stuhl aus dem Fenster, um seinem Haß auf die Armee nochmals Luft zu machen. Der Vorgang wurde gemeldet, und der Batteriechef bestand auf Bezahlung des zu Bruch gegangenen Stuhles. – Bei einer Feier der Unteroffiziere wurden mehrer Stühle beschädigt. Am Tage darauf traf der Batteriechef zwei Unteroffiziere beim Saufen im Dienst. Beides überging er großzügig. Denn das Offizierspack braucht die Unteroffiziere zur Abrichtung der Mannschaften und unternimmt deshalb einiges, um sie auf ihre Seite herüberzuziehen.

**Feldwebel gegen Oberstleutnant.** In einer theoretischen Unterrichtsstunde über den Einsatz von Sanitätern im Ernstfall im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg stand die Frage, wer bei Verletzten zuerst versorgt wird, ein Offizier oder ein Mannschaftsdienstgrad.

Der Oberstleutnant meinte, um die Führungskräfte zu erhalten – dies könnte ja kriegsentscheidend sein – müßte zuerst der Oberst versorgt werden. Daraufhin widersprach ein Feldwebel heftig. Er meinte, man müsse auf die Verletzung schauen und nicht auf den Dienstgrad. Er würde einen schwerverletzten Soldaten eher behandeln als einen leichtverletzten Offizier. Das ging natürlich dem Oberstleutnant gegen die Offiziersehre und er schoß scharf zurück nach dem Motto Unsere Feldwebel nützen uns gar nichts, wenn sie auf der Seite der Mannschaftsdienstgrade stehen. Der Beitrag des Feldwebels wurde von den anwesenden Soldaten mit Applaus bedacht.

**Aufschwung der Klassenkämpfe in Norwegen.** 1976 war das größte Streikjahr in der norwegischen Nachkriegsgeschichte. Die von der sozialdemokratischen Regierung diktierte Stillhaltepolitik, die auf „Arbeitsfrieden", d.h. Klassenversöhnung zielte, hat keinen Erfolg gehabt. Im Gegenteil: Der Kampf der norwegischen Arbeiter und der anderen Lohnabhängigen hat einen kräftigen Aufschwung genommen. Der norwegische Unternehmerverband NAF registrierte sorgenvoll 30 schwere Konflikte, bei denen über 100 000 Tagwerke „verloren gingen". Und sorgenvoll registrierte der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund LO, daß von diesen 30 Arbeitskämpfen – in Wirklichkeit waren es weit mehr – 17 „ungesetzlich" waren. Neben den Streiks gegen Entlassungen und für die Durchsetzung ökonomischer Forderungen nahmen auch die Streiks für soziale und politische Forderungen zu. Gestreikt wurde u.a. gegen die Streichung von Kindergartenplätzen, gegen die Stillegung eines medizinischen Vorsorgezentrums und gegen die politische Disziplinierung von Arbeitern.



Der Kampf ging gleich Anfang des neuen Jahres weiter. Am 6. Januar traten die Schauerleute des Hafens von Oslo in den Streik, und sie streiken immer noch. Dieser Streik ist die Antwort der Arbeiter auf den Vorschlag eines Tarifvertrages, der das seit Jahren von den Arbeitern bekämpfte Akkordsystem ablösen soll durch ein Zeitlohnsystem, das weniger Lohn, Verpflichtung zu Überstunden und teilweise Verzicht auf das Mitspracherecht bei der Be- und Entladung der Schiffe mit sich bringt. Die Schauerleute sind nicht bereit, sich das Zeitlohnsystem mit solchen Verschlechterungen zu erkaufen. Die Teilnahmequote in diesem Streik: 100 %. Bei einer solchen Geschlossenheit blieb den Reedereikapitalisten nichts anderes übrig als der Einsatz von Streikbrechern aus anderen Bereichen. Aber das ist ihnen nicht gut bekommen. Sie mußten täglich nach der Polizei rufen, um die Streikbrecher gegen die Streikenden zu beschützen, und dennoch gelang es ihnen täglich weniger, ihre Waren im Hafen von Oslo umschlagen zu lassen. Sie gaben ihren Schiffen Order, die kleineren Häfen im Oslofjord anzulaufen. Aber nach wenigen Tagen stand auch hier die Streikfront der Schauerleute: Boykott aller Schiffe nach Oslo.

**Imperialistischer Konflikt um das „EG-Meer".** Mit Penetranz nennen die westdeutschen Imperialisten die seit dem 1. Januar proklamierte 200-Meilen-Fischereizone in der Nordsee und den britischen und irischen Gewässern „das EG-Meer". Darin drücken sich territoriale Ambitionen aus, die sowohl den Anspruch auf britischen

**Imperialistischer Konflikt um das „EG-Meer".** Mit Penetranz nennen die westdeutschen Imperialisten die seit dem 1. Januar proklamierte 200-Meilen-Fischereizone in der Nordsee und den britischen und irischen Gewässern „das EG-Meer". Darin drücken sich territoriale Ambitionen aus, die sowohl den Anspruch auf britischen

und irischen Fisch wie zugleich auf die Kontrolle der Meeresausbeutung und der Schiffahrt überhaupt in diesem Gebiet beinhalten. Dabei stoßen sich ihre Expansionspläne mit denen der britischen Imperialisten. Diese bestehen darauf, daß innerhalb einer 50-Meilen-Zone um Großbritannien und Irland nur mit ihrer Erlaubnis gefischt werden darf, auch von EG-Staaten.




Daß sich die Briten für die Interessen Irlands stark machen, hängt damit zusammen, daß sie sich ihrerseits die Fischerei Irlands schon fast völlig unter den Nagel gerissen haben. – Zusammenhalten tun die imperialistischen EG-Staaten wiederum gegenüber den Sozialimperialisten. Der Ministerrat der EG hat beschlossen, der Sowjetunion sowie der DDR und Polen einseitig Fangbeschränkungen aufzuerlegen, nachdem diese sich bisher geweigert haben, mit der EG zu verhandeln. Hier bahnt sich ein ernstzunehmender Konflikt an: Schon im Januar haben die sowjetischen Schiffe mit etwa 55 000 Tonnen (geschätzt) viel mehr herausgefischt, als ihnen nach der Erklärung der EG für drei Monate übergangsweise zugebilligt sein soll. Und Militärflugzeuge, die die britische 200-Meilen-Zone seit dem 1. Januar überwachen, haben festgestellt, daß die Zahl der sowjetischen Schiffe sich seit Anfang Januar täglich weiter erhöht hat, von 30 Schiffen am 4. Januar auf 41 Schiffe bis Mitte des Monats. Für die Ambitionen des Sozialimperialismus auf Weltbeherrschung ist die freie Nordseepassage entscheidend. Und für die ausgepowerte sowjetische Landwirtschaft sind die Erträge aus der extensiven Raubfischerei auf den Weltmeeren eine immer wichtigere Ergänzung.

# „Mehr Pump als Pomp. Armes, armes England"?

So wie der „Stern" in seiner jüngsten Ausgabe versucht die bürgerliche Presse in Westdeutschland Großbritannien als Land darzustellen, das jeden künftigen Fortschritt allein der Hilfe seiner Verbündeten und hier besonders der BRD verdankt. „Großbritannien, vor 30 Jahren noch Zentrum eines mächtigen Empire, ist zum Sorgenkind Europas geworden. Vorbei sind die Zeiten, da Kronkolonien dem Mutterland billige Rohstoffe lieferten und Industrie und Handel günstige Absatzmärkte eröffneten." Die „Sorge" der westdeutschen Imperialisten gilt nichts anderem als gerade diesen „billigen Rohstoffen und günstigen Absatzmärkten". Die imperialistischen Konkurrenten Großbritanniens, und gerade die BRD-Imperialisten, gehen gezielt daran, sich in das Wirtschaftsimperium Großbritanniens einzunisten und seine traditionellen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien und bis heute gehaltenen Stützpunkte im eigenen Interesse zu nutzen.

Im südlichen Afrika exerzieren sie es vor. Nachdem der Häuptling des rhodesischen Kolonialistenregimes Smith offensichtlich nicht in der Lage ist, mit seinem Söldnerhaufen den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu ersticken und seine Reichtümer dem Imperialismus zu erhalten, wird Großbritannien von seinen Verbündeten und Konkurrenten unter der Führung des US-Imperialismus an seine Verantwortung für seine Kolonie erinnert und beauftragt, in der zu bildenden Übergangsregierung die Schlüsselrolle, die bewaffnete Macht, zu übernehmen. Dies, nachdem Großbritannien sich noch auf der Genfer Rhodesien-Konferenz hartnäckig geweigert hatte, seine Verantwortung als Kolonialmacht wahrzunehmen, um die Macht an die schwarzen Volksmassen von Zimbabwe zu übergeben, so wie es die Patriotische Front unter Führung der ZANU gefordert hatte.

Dabei sind die britischen Imperialisten weit davon entfernt, bloße Laufburschen der Supermacht USA und der westdeutschen Imperialisten zu sein. Sie sind selbst an der Ausbeutung Zimbabwes in großem Maß beteiligt und wollen ihre Position im südlichen Afrika erhalten und stärken, um sich zu erneuter Größe emporzuschwingen.

Der britische Imperialismus befindet sich seit dem Zweiten Weltkrieg in

Zimbabwes in großem Maß beteiligt und wollen ihre Position im südlichen Afrika erhalten und stärken, um sich zu erneuter Größe emporzuschwingen.

Der britische Imperialismus befindet sich seit dem Zweiten Weltkrieg in

einem langwierigen und komplizierten Prozeß der Umgruppierung seiner Kräfte. Seine jahrzehntelange Vormachtstellung hat er eingebüßt, nachdem er aus den meisten seiner Kolonien vertrieben worden ist. Als Handelsmacht wurde er nicht nur von den Supermächten, sondern auch von der BRD und Japan überflügelt. Aber ebenso Realität ist, daß die britischen Imperialisten nach wie vor über riesige Auslandsinvestitionen verfügen und ihr Kapitalexport bis heute großen Umfang hat; daß sie bis heute mächtige Extraprofite aus der Ausbeutung fremder Arbeiterheere ziehen und daß sie traditionell große Vorteile bei der Ausplünderung der unterdrückten Völker besitzen.

Eine wichtige Tatsache, die oft unterschätzt wird, ist schließlich, daß sie sich zahlreiche militärische Machtpositionen rund um den Erdball erhalten haben. Auf der Karte erkennt man leicht:

– Im Mittelmeer halten die britischen Imperialisten mit Gibraltar und zwei großen Stützpunkten auf Zypern entscheidende Positionen besetzt, die sie gemeinsam mit dem US-Imperialisten im Rahmen der NATO intensiv nutzen.

– Im Südatlantik bilden die Falkland-Inseln am Ausgang der Passage zwischen dem Südzipfel des amerikanischen Kontinents und der Antarktis, einer der wichtigsten Schiffahrtslinien der Welt, einen bedeutenden strategischen Stützpunkt.

– In der Karibik und vor der Küste Lateinamerikas bilden die Westindischen Inseln (Belize) ebenfalls eine bedeutende imperialistische Position.

– Die „Kronkolonie" Hongkong ist ein wichtiger Stützpunkt des britischen Imperialismus auf dem chinesischen Festland.

– Britische Truppenkontingente stehen bis heute in Malaysia und Singapur.

– In Oman am Persischen Golf sind britische Piloten und Militärberater unmittelbar an der Unterdrückung des bewaffneten Befreiungskampfes des omanischen Volkes unter Führung der PFLO beteiligt. Oman liegt an der Straße von Hormuz, dem wichtigsten Knotenpunkt der Ölroute nach Europa und den USA.

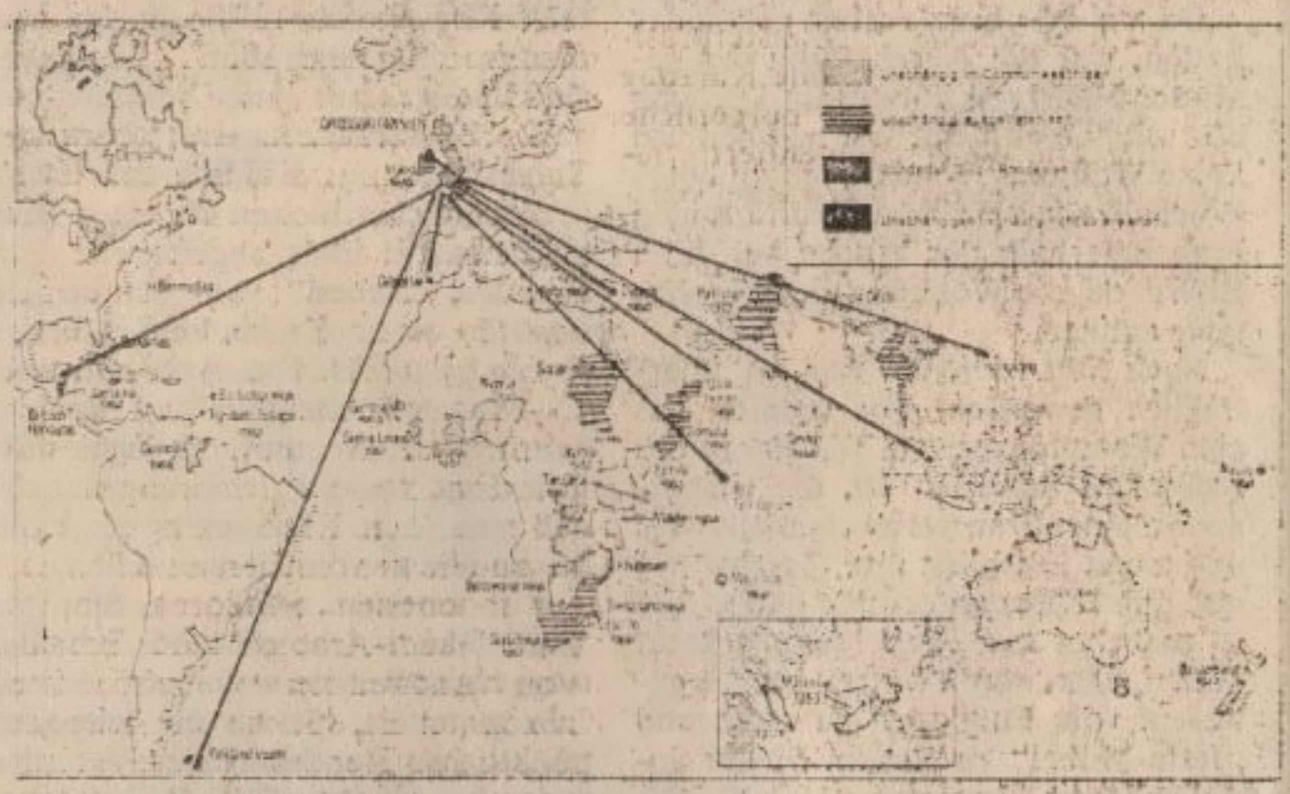
– Diego Garcia im Indischen Ozean ist ebenfalls britischer Besitz und wird

omanischen Volkes unter Führung der PFLO beteiligt. Oman liegt an der Straße von Hormuz, dem wichtigsten Knotenpunkt der Ölroute nach Europa und den USA.

– Diego Garcia im Indischen Ozean ist ebenfalls britischer Besitz und wird

gegenwärtig von den USA und Großbritannien gemeinsam zum beherrschenden Flottenstützpunkt in der Region ausgebaut.

– Darüberhinaus gelten unter anderem Stützpunkt- und Beistandsabkommen fort mit: Sierra Leone, Malediven, Uganda, Kenia, Malta, Mauritius. Es besteht fort der ANZUK-Vertrag, demzufolge Großbritannien mit geringem eigenen Aufwand über eine gemeinsame Streitmacht mit Australien, Malaysia, Singapur und Neuseeland verfügt.



Quelle: Politische, militärische, wirtschaftliche Zusammenschlüsse und Pakte der Welt. Bonn 1973

Die Vorzugszölle, die Großbritannien im Rahmen des Commonwealth genoß, sind mit dem Eintritt in die EG stufenweise abgebaut worden, und bis zum 1.7.77 werden die Zollsätze des gemeinsamen Tarifs der EG vollständig auf Großbritannien angewandt werden. Die BRD-Imperialisten bedauern, daß die Vorteile, die Großbritannien dadurch verliert, ihnen noch nicht voll zu Buche geschlagen sind. So jammert das westdeutsche Finanzkapital beispielsweise über seine Exportmöglichkeiten nach dem Commonwealth-Mitglied Brunei (Borneo): „Allgemein von Nachteil für den Absatz deutscher Produkte ist die Abwesenheit deutscher Kaufleute. Außer britischen Handelsmanagern gibt es in Brunei praktisch keine europäischen Handelsvertreter. (...) Die großen Chancen, die für nicht-britische Produkte 1975 durch Abschaffung der Commonwealth-Vorzugszölle entstanden, werden bis jetzt mit dem größten Erfolg von japanischen Unternehmen genutzt." (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation: Wirtschaftslage in Brunei, September 76)

Entscheidend dafür, ob es dem BRD-Imperialisten gelingt, die traditionellen Positionen des britischen Imperialismus selbst zu nutzen und Großbritannien nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, ist die Festigung ihrer Vorherrschaft in der EG und die festere Einbindung Großbritanniens in das Bündnis. Dazu müssen sie sich Druckmittel verschaffen und haben sie sich unter Ausnutzung der Krise des britischen Pfundes und der hohen Verschuldung Großbritanniens verschafft. Nachdem die BRD schon Anfang Januar maßgeblich an der Gewährung eines IWF-Kredites für Großbritannien über 3,9 Milliarden Dollar beteiligt war, hat Schmidt zu Beginn letzter Woche einem weiteren Währungskredit von 1,5 Milliarden Dollar durch westdeutsche und andere Banken zugestimmt. Großbritannien muß erneut eine Reihe von Auflagen schlucken, will es die Kredite haben. Aber der britische Imperialismus hat den Kampf um die Vormacht in Europa nicht gesteckt. Noch während Schmidt in London weilte, kündete der britische Handelsminister Dell der BRD und den anderen EG-Staaten (wörtlich) „Krieg" an: „Großbritannien habe einen Anspruch auf höhere Industrieabsätze in der Gemeinschaft und auf Abbau von Einschränkungen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.77) – (cs)

Brunei praktisch keine europäischen Handelsvertreter. (...) Die großen Chancen, die für nicht-britische Produkte 1975 durch Abschaffung der Commonwealth-Vorzugszölle entstanden, werden bis jetzt mit dem größten Erfolg von japanischen Un-

anderen EG-Staaten (wörtlich) „Krieg" an: „Großbritannien habe einen Anspruch auf höhere Industrieabsätze in der Gemeinschaft und auf Abbau von Einschränkungen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.77) – (cs)

# „Prächtige Politik"

## Mondale in Rom

**Am 26. und 27. Januar ist der neue US-Vizepräsident Mondale zur Inspektion in Rom gewesen. Gestützt auf die bürgerlichen Führer der Gewerkschaftsbewegung ist es der italienischen Finanzbourgeoisie gerade noch rechtzeitig vor Mondales Ankunft gelungen, den Gewerkschaften ein „freiwilliges Abkommen" mit dem Kapitalistenverband aufzuzwingen, durch das die Lohnkosten um 15 bis 18 Prozent gesenkt werden sollen (Süddeutsche Zeitung, 27.1.77). Kapitalistenverbände und Gewerkschaften sollen danach gemeinsam „das Krankfeiern durch scharfe Kontrollen bekämpfen", die Anwendung des Inflationsausgleichs auf die in Italien üblichen Abschlagszahlungen bei Kündigung und Verrentung, die notwendiger Teil der Reproduktion der Arbeiterklasse sind, soll abgeschafft werden. Über die „prächtige Politik" Andreottis zufrieden, hat Mondale die Unterstützung der US-Imperialisten für den von Italien benötigten 530-Millionen-Dollar-Kredit des Internationalen Währungsfonds angekündigt und ist – mit dem Segen des Papstes für Carters Ziele („moralisch wertvoll") in der Tasche – nach London weitergereist.**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die US-Imperialisten die Hegemonie über Italien. Die italienische Finanzbourgeoisie, die sich kurz vor Kriegsende halbherzig von den Hitlerfaschisten zu trennen versucht hatte, war bei Kriegsende doppelt geschwächt: Die USA hielten einen großen Teil des Landes besetzt, und die Arbeiterbewegung, die im bewaffneten Kampf den Norden des Landes selbst befreit hatte, war stark. Umso gemeiner waren die Methoden zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung. Wenige Jahre nach dem Krieg wurden zuerst die Sozialistische Partei und dann die Einheitsgewerkschaft – gestützt auf US-Gelder – gespalten. In den fünfziger Jahren trieben die US-Imperialisten die italienische Finanzbourgeoisie an bei der Unterdrückung der klassenbewußten Gewerkschafter. Schon mehrfach ist die Verwicklung der USA in Putschpläne zur Beseitigung der parlamentarischen Republik aufgedeckt worden.

Grundlage der US-Hegemonie über Italien ist die direkte Ausbeutung italienischer Arbeiter durch die US-Imperialisten. 1974 hatten die US-Direktinvestitionen in Italien 2,7 Mrd. Dollar erreicht. 1,8 Mrd. davon waren in der verarbeitenden Industrie angelegt und 0,6 Mrd. in der Erdölwirtschaft, wo die US-Monopole neben dem italienischen Staatsmonopol ENI („AGIP") den Markt beherrschen.

Die *absolute* Vorherrschaft der US-Imperialisten in Italien besteht nicht mehr und ihre Hegemonie ist bedroht. Sowohl versuchen die italienischen Imperialisten selber, größere Selbständigkeit zu gewinnen bei der Verfolgung ihrer Expansionspläne, als auch wollen sich die westdeutschen Imperialisten an die Stelle der USA setzen. Die wirtschaftliche Grundlage dafür zeigt die Entwicklung des Außenhandels: 1951 kamen 21 % aller italienischen Importe aus den USA, während die italienische Bourgeoisie nur 6,9 % ihres Exports in den USA absetzen konnte. 1974 war der Anteil der Importe aus Nordamerika auf 9,1 % gefallen, der Anteil der Exporte auf 8,7 % gestiegen. Seit 1974 ist das Defizit Italiens im Handel mit den USA von mehr als einem Viertel auf weniger als 15 % gefallen. Das drückt die verbesserte Stellung der italienischen Imperialisten in der Konkurrenz mit den USA aus. An die Stelle der USA sind als Haupthandelspartner die westdeuschen Imperialisten getreten. Von 1951 bis 1971 steigerten sie ihren Anteil an den Importen von 7,3 % auf 20,1 %, 22,7 % aller italienischen Importe (1951: 7,7 %) gingen 1971 in die BRD.

Seit dem 2. Weltkrieg ist Italien militärisch von den US-Imperialisten besetzt. In Italien befinden sich das NATO-Südkommando (Neapel) und die wichtigsten Stützpunkte der VI. US-Flotte. Vor allem die Insel Sardinien haben die US-Imperialisten und die NATO zu einer gewaltigen Militärbasis ausgebaut. 200 km Küste und 70 000 Hektar Land sind dort militärisches Sperrgebiet. 1972 hat die damalige Regierung Andreotti einen Geheimvertrag mit den USA geschlossen, der ihnen unabhängig von der NATO – und damit ohne auch nur formelle Beteiligung der italienischen Imperialisten selber – die Stationierung von Atom-U-Booten auf der Sardinien vorgelagerten Insel La Maddalena erlaubt. Nachdem der Kampf der Völker gegen die NATO den US-Basen in Griechenland und in der Türkei schwere Schläge versetzt hat, bildet Italien heute militärisch den Hauptstützpunkt an der NATO-Südflanke. Auch dort können sich die Besatzungstruppen nicht mehr allein auf die Straße trauen.

Italien ist ein relativ schwaches imperialistisches Land. Den US-Imperialisten hat das ermöglicht, ihre Hegemonie besonders frech auszuspielen, um das Land als einen Stützpunkt zur Beherrschung des Mittelmeers fest unter Kontrolle zu halten. Heute versucht die italienische Finanzbourgeoisie, die Rivalität der Supermächte und die Konkurrenz zwischen dem US- und dem wiedererstarkten westdeutschen Imperialismus zu nutzen, um eine selbständigere Expansionspolitik zu entwickeln. Das Lybien-Geschäft des Fiat-Konzerns ist dafür ein Beispiel.



Die Revisionisten nennen das „neues Entwicklungsmodell". Um das zu unterbinden, haben die USA und die BRD in der Frage der Bedingungen für weitere Kredite eine gemeinsame Linie eingeschlagen. Die Andreotti-Regierung hat „guten Willen" gezeigt. Dafür soll sie ihren Kredit kriegen. Die italienischen Arbeiter werden die „Senkung der Lohnkosten", die die Reformisten und Revisionisten mit dem Kapitalistenverband vereinbart haben, nicht über sich ergehen lassen. Den Kampf gegen die Reaktion nutzen sie zur Vorbereitung der proletarischen Revolution. Der Kampf gegen den Hegemonismus der Supermächte und gegen die NATO ist Teil davon. – (ug)

# Japan: „geläuterte friedliche Handelsmacht“?

Japan bildet den „Eckpfeiler“ der westlichen imperialistischen Mächte zur Sicherung ihrer Ausbeutungs-Interessen im pazifischen und südost- und ostasiatischen Raum, betont nach der Niederlage in Indochina der neue amerikanische Präsident Carter. 50 000 US-Soldaten befinden sich in Japan. Der japanische Imperialismus gibt sich als „geläuterte, friedliche Handelsmacht“, die die Lehre aus der Niederlage im 2. Weltkrieg gezogen hat, als der japanische Imperialismus versuchte, mit offener militärischer Aggression sich diesen Raum unter den Stiefel zu zwingen.

Der neue japanische Ministerpräsident Fukuda verkündet eine Kürzung der Militärausgaben, die bürgerliche Zeitung ‚Die Welt‘ kommentiert: „Japan, die zweitgrößte westliche Wirtschaftsmacht, ... rangiert ... unter den ‚militärischen Zwergen‘.“ (25.1.77) Die Massendemonstrationen in den südostasiatischen Ländern gegen den Besuch des damaligen japanischen Ministerpräsidenten Tanaka 1974 machten jedoch deutlich, daß der japanische Imperialismus erneut versucht, seine wirtschaftliche und militärische Herrschaft in Südostasien zu errichten. Das Bild von der ‚geläuterten, friedlichen Handelsmacht‘ sieht ganz anders aus, wenn man die Tatsachen näher betrachtet.

### Ökonomische Expansion

Rasches Wachstum kennzeichnete die Entwicklung des japanischen Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg, seine Grundlage, die ungeheure Ausplünderung der hochqualifizierten japanischen Arbeiterklasse. Dieses spiegelt sich wider in der hohen Investitionsrate, das zeigt die folgende Tabelle über den Anteil der Unternehmensinvestitionen am Bruttosozialprodukt.

| Jg. | Japan | USA | BRD |
|---|---|---|---|
| 1955 | 11,02 | 6,55 | 11,80 |
| 1965 | 19,52 | 6,70 | 11,31 |
| 1973 | 22,17 | 6,83 | 10,43 |

(Japanische Bank, Nichigin, aus Kajami, Hamburg 1974)

Entsprechend überdurchschnittlich war der Exportanstieg

| | 1960 | 1970 | 1973 |
|---|---|---|---|
| Japan | 15,4 | 20,8 | 19,2 |
| Welt | 8,6 | 15,0 | 11,9 |

(Prozent gegenüber Vorjahr)

Schwerpunkt bildete die Schwerindustrie, im Schiffbau z.B. schlugen die japanischen Monopolkapitalisten die imperialistische Konkurrenz zu 60 % aus dem Felde. Besonders verstärkten sie den Kapitalexport in den letzten Jahren. Von 1969 bis 1973 stieg er auf 38,5 % vom Gesamtexport (USA 10,3 %, BRD 25,8 %). Er soll von 12,6 Mrd. Dollar 1974 auf 40,9 Mrd. Dollar 1980 und 180,7 Mrd. Dollar 1985 steigen.

Dabei versuchen die japanischen Imperialisten jetzt durch den Export ganzer Anlagenkomplexe sich größere Marktanteile zu verschaffen und die Wirtschaft der betroffenen Länder und ihre Rohstoffe unter Kontrolle zu bringen. Deshalb konzentrieren sie sich auf Schlüsselindustrien der Rohstoffausbeutung und der nationalen Entwicklungsprogramme. Riesenprojekte auf dem Erdölsektor entstehen, besonders konzentrieren sie sich dabei auf Indonesien, Südkorea, Singapur, Iran, Saudi-Arabien und Brasilien. Von da hoffen sie weiter expandieren zu können. Eine Reihe von Reisen führender Politiker des japanischen Imperialismus leiteten 1973 bis 1974 die Offensive ein.

Miki besuchte die 8 Nahoststaaten, Tanaka Thailand, die Philippinen, Malaysia, Singapur und Indonesien, Neuseeland, Australien und Burma, Nakasone den Iran und Irak. Überall ergatterten sie eine Liste von Projekten für die japanischen Kapitalisten, die ihnen auf dem Fuß folgten. Als „eine Perspektive auf lange Zeit für die Industriestruktur Japans“ kündigte der Industrial Structure Council, in dem das Monopolkapital die Regierung ausrichtet, diese Expansion an. In Asien liegt der Schwerpunkt in Indonesien, wo das japanische Kapital bereits 1972 das US-Kapital im Kapitalexport übertraf. Hier konzentrieren sie sich auf Anlagen zur Verflüssigung von Naturgas in Nordsumatra, auf den Ölfeldern von Ostkalimantan (auf 1,1 Mrd. US-Dollar veranschlagt). Gesichert haben sie sich die Lieferung von 7,5 Mio Tonnen Erdöl auf 20 Jahre ab 1977. Erdölraffinerien mit einer Tageskapazität von 100 000 barrels entstehen auf der Insel Batan.

In Singapur, wo die drittgrößten Raffinerien der Welt sind, entsteht der größte petrochemische Komplex Asiens, 300 000 Tonnen Erdöl sollen jährlich verarbeitet werden.

Ein anderer petrochemischer Komplex wird nach Südkorea exportiert, eine Naturgasanlage nach Australien, Wasserkraftwerke und Aluminiumfabrik nach Papua Neuguinea.

Zur wirtschaftlichen und militärischen Beherrschung des Raums werden Erdöllager riesigen Umfangs in Indonesien auf der Insel Lombok und an der Macassarstraße errichtet. Letzteres alleine soll in der Lage sein, Japan 90 Tage mit dem notwendigen Öl zu versorgen. Ähnliche Ölspeicher entstehen auf Palau in Micronesien, von wo aus die japanischen Imperialisten an der Erdölversorgung Südkoreas und Australiens profitieren wollen.

Ölraffinierien mit einer Kapazität von 300 000 bzw. 500 000 barrels pro Tag entstehen in Saudi-Arabien und im Iran, die Produktion wollen die japanischen Imperialisten abschleppen.

### Militärische Aufrüstung und Kriegsvorbereitung

In der Verfassung und im Friedensvertrag mit den USA von 1952 mußte sich der japanische Imperialismus verpflichten, kein „wirksames Kriegspotential zu entwickeln“, nur eine ‚Selbstverteidigungstruppe‘ sollte aufgestellt werden. Aber bereits im zweiten 5-Jahres-Plan von 1962 bis 1966 wurde sie in ein Wehrpflichtigenheer umgewandelt, beim dritten 5-Jahres-Plan 1967 bis 1972 zur konventionellen Armee, mit dem Auftrag zur Zurückschlagung von Angriffen bis auf 3 Seemeilen Küstengewässer und im vierten 5-Jahres-Plan, der 1976 abgeschlossen wurde, wurde die ‚Operationszone‘ auf 1 000 Seemeilen mit dem Mittelpunkt Tokio ausgedehnt. Ganz offen bedrohen die japanischen Imperialisten wieder die süd- und ostasiatischen Staaten. Die Steigerung im Militärhaushalt während dieser vier 5-Jahres-Pläne ist die höchste der Welt, von 19 Mrd. US-Dollar auf 36 Mrd., 66 Mrd. und auf 154 Mrd. US-Dollar von 1972 bis 1976.

Beim Aufbau der imperialistischen Aggressionsarmee gehen die japanischen Monopolkapitalisten wie die deutschen Imperialisten nach dem Versailler Vertrag vor. Die ‚Sicherheitskräfte‘ bestehen zwar nur aus 260 000 Mann (Bodenstreikräfte davon 180 000 Mann), aber zu 70 % Offizieren, und nur 30 % sind einfache Soldaten. Sie bilden die militärische Kaderstruktur für die Gesamtstreitkräfte. 500 000 Mann wurden bisher so ausgebildet, 40 000 werden jährlich als Reservisten trainiert. Außerdem führen japanische Konzerne jährlich mit 100 000 Arbeitern und Angestellten Wehrübungen durch. In kürzester Zeit kann so die Armee aus der hochqualifizierten und hochorganisierten Arbeiterklasse rekrutiert werden.

Jederzeit können die japanischen Industriebetriebe auf die Produktion von Raketen, Panzern, Napalm und Kriegsschiffen umgestellt werden. Die Herstellung von Atombomben würde wenige Monate dauern.

Die Erdöllager und Raffinerien, die die japanischen Konzerne in ganz Südostasien errichten, ermöglichen es ihnen, von mehreren Basen aus in einem imperialistischen Krieg zu operieren. Auf den Militärstützpunkten in Japan werden außerdem die hohen Militärkader und Polizeioffiziere der abhängigen südostasiatischen Regimes ausgebildet. Der Einsatz von Luftlandetruppen wird zwischen den japanischen Inseln systematisch geübt, in den vergangenen Jahren wurde der Fernverkehr mit Aufofähren, die jederzeit als Truppentransporter eingesetzt werden können in Südostasien, stark erweitert.

Daß es sich dabei um unmittelbare Kriegsvorbereitungen handelt, wird daran deutlich, daß die japanischen Truppen neuerdings den Einsatz in „kalten Zonen“ trainieren, die „kalten Zonen“, das ist das Bergland Koreas. Vorbereitet wird damit direkt der Krieg gegen den Unabhängigkeitskampf des koreanischen Volkes. – (h.l.)

## Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

**Einbeck.** 11 Teilnehmer, zumeist Schüler, beteiligten sich am Mittwoch vorletzter Woche an einer Veranstaltung des KVZ-Leserkreises Einbeck zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe. In einem Diavortrag und Referat wurde die Geschichte des Landes und insbesondere die Entwicklung des Befreiungskampfes dargestellt. In der Diskussion wurden die Lügen über die Völker der Dritten Welt in Geschichts- und Erdkundebüchern entlarvt und die gemeinsamen Interessen zwischen der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern betont.

**Westberlin.** Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe hat große Sympathien unter der Arbeiterjugend. Die Schüler der Setzerklasse vom Dienstag der Gutenberg-Berufsschule (Druckberufe, Postjungboten, Fachoberschüler) fanden es richtig, auch gegen eventuelle Angriffe der Schulleitung den Galgen auf dem Schulhof aufzubauen, an dem Smith gehängt wird, und eine Spendensammlung zur Unterstützung der ZANU durchzuführen. Die Setzerlehrlinge, Postjungboten und Fachoberschüler spendeten 8,60 DM. Das ist viel Geld, gemessen an unserem Lehrlingsgeld. Ein Postjungbote spendete 10 Pfennig, weil er nicht viel mehr hatte, aber zeigen wollte, daß er den Befreiungskampf unterstützt.

**Bremen.** Auf der Diskussionsveranstaltung der Neustadt- und Stadtteilzellen des KBW über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen haben wir am Schluß den Aufruf der ZANU zur Unterstützung dieser wichtigen Etappe des Befreiungskampfes verlesen. Da klar war, daß wir den Imperialismus als gemeinsamen Feind haben, wurde der Kampf der ZANU mit 107,90 DM unterstützt.

**Hannover. Eine Kleidersammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe** hat am letzten Freitag die Zelle VAW Leichtmetall des KBW-Bezirksverbandes Hannover in Linden rund um den Pfarrlandplatz durchgeführt.

In mehreren Häusern waren bereits große Säcke abgepackt worden. Ein Genosse mußte in einem Haus auf der Hälfte umkehren, weil er die vielen Sachen nicht mehr schleppen konnte. In kürzester Zeit war der Kofferraum des großen Autos, das wir mit hatten, gerammelt voll. Die Kleidungsstücke waren ausnahmslos in sehr gutem Zustand. Es war alles andere als eine „Altkleidersammlung“. Eine ältere Frau: „Die alten Sachen habe ich schon weggeschmissen, aber wartet, ich gebe euch was Neues mit.“

gebe euch was Neues mit.“

**Nürnberg** Am letzten Freitag, den 28.1. hatte die Gesellschaft für Wehrkunde (GfW) zu einer Propagandaveranstaltung mit Generalmajor a.D. Pilster für die militärische Intervention des BRD-Imperialismus im südlichen Afrika mit dem Titel: „*Südafrika und die Verteidigung des freien Westens*“ eingeladen. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz gegen ca. 300 Demonstranten, die die Türen des Hörsaals der Fachhochschule, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, besetzten, konnte die Veranstaltung durchgeführt werden. Ihre Weihe erhielt die Veranstaltung nach Aussage eines Besuchers dadurch, daß Bundesverteidigungsminister Leber persönlich eine Grußbotschaft geschickt hatte. Tatsache ist, daß der imperialistische Staat vermittels der Gesellschaft für Wehrkunde seine imperialistische Hetze verbreiten will. So ist der Kreisvorsitzende der GEW in Nürnberg ein Generaloberst a.D. Reichhold, ein zu 15 Jahren verurteilter Kriegsverbrecher, der schon 1952 aus Landsberg wieder entlassen wurde und 10 Jahre später mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Professor Reichhold, Geschichtsprofessor an der Fachhochschule, bedankte sich in seinem Einleitungsreferat beim Präsidenten der Fachhochschule und erklärte, „Es muß ein Zeichen gesetzt werden“. Sofort nach dem Bekanntwerden der Veranstaltung herrschte eine große Empörung unter den Fachhochschulstudenten, die kurz vorher eine Vollversammlung zur Solidarität mit dem iranischen Volk nur gegen das Verbot des Präsidenten hatten durchführen können. Am Freitag abend versammelten sich dann ca. 300, die durch Sprechchöre ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika ausdrückten, um diese Veranstaltung zu verhindern. Daß es der Polizei dennoch gelingen konnte, den Hörsaal freizubekommen, beruht auf Spaltung durch Reformisten und Revisionisten, die an der Fachhochschule auch den ASta besetzt halten. Diese Studenten von DKP, Arbeiterbund (KHB) und KB Nord, taten alles, um den westdeutschen Imperialismus und seine Interventionspläne, die er vermittels seines Staatsapparats verfolgt, aus der Schußlinie zu ziehen. Sie lachten über die Enthüllung der Interventionspläne, das sei unglaubwürdig. Nach Verhandlungen mit der Polizei forderten sie die heftigen Widerstand leistenden Demonstranten auf, den Raum zu verlassen. Als sie schließlich dazu aufriefen, mit ihnen gemeinsam auf eine Berufsverbotsveranstaltung abzuziehen, sammelten sie nur noch ein Häufchen von um die 30 um sich, die übrigen hatten von den Spaltungs- und Abwiegelungsmanövern der Reformisten und Revisionisten genug.

# Ausbau der konventionellen Rüstung des US-Imperialismus

**Es sei „nötig, eine Überprüfung der Streitkräfte der NATO und ihrer Strategie angesichts sich ändernder militärischer Gegebenheiten vorzunehmen“, hat US-Präsident Carter am 23.6., lange vor seiner Wahl, erklärt. (Europäische Wehrkunde, 9/76) Man müsse sich in der NATO über „Waffenarsenale und die Dauer eines potentiellen Konfliktes“ einig werden. Kaum im Amt, hat er lärmend seine angebliche Absicht drastischer Atomwaffenverringerung und dementsprechender Friedenssicherung verkündet. Gleichzeitig findet verstärkter Ausbau der konventionellen Rüstung der US-Armee statt. Das Gerede von Atomwaffenabbau soll die Vorbereitung konventioneller Kriege durch die US-Imperialisten verdunkeln.**

Bei der „Überprüfung der Strategie“ und Einigkeit über die „Waffenarsenale“ muß Carter nicht von vorn anfangen. Die US-Imperialisten haben die Ausrüstung der Armee für den konventionellen Krieg in den letzten zehn Jahren zielstrebig erweitert und geänderten Erfordernissen angepaßt.

Eine wesentliche Veränderung in der Bewaffnung des Heeres besteht darin, daß es in großem Umfang mit leichten *Panzerabwehr- und Luftabwehrwaffen* ausgerüstet wird. Die Bazooka, die leichte Panzerfaust, wurde ersetzt durch die Rakete „Dragon“, die von der Schulter aus abzufeuern ist. Vor allem wird das Lenkraketensystem TOW ausgebaut, mit dem gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber ausgerüstet werden. Die Kampfverbände sind gegen tieffliegende Flugzeuge mit der „Fliegerfaust“ Redeye ausgestattet, eine Weiterentwicklung wird vorbereitet. Die Luftabwehrbataillone erhalten jetzt die neue Flugabwehrrakete „Roland“. (Kampftruppen 4/76) Die Artillerierakete Lance, die vor allem für taktische Atomsprengköpfe vorgesehen ist, wurde weiterentwickelt zu einem Panzerabwehrraketenträger. Sie kann bis zu 15 Panzerabwehrraketen aufnehmen, die sich kurz vor dem Ziel lösen und automatisch ihre Ziele suchen. (Österreichische Militärische Zeitschrift 6/74)

Solche Ausweitung der Panzer- und Luftabwehrwaffen geschieht auch in der Erkenntnis, daß der erste Akt eines Krieges zwischen den Supermächten in einem sozialimperialistischen Angriff auf Europa bestehen kann. Sowenig sich die US-Imperialisten in solch einem Krieg auf „Verteidigung“ beschränken, sowenig beschränken sie sich auf entsprechende Bewaffnung. Die Panzerbewaffnung wird ausgebaut. Die Produktion des Kampfpanzers M 60 wurde von 43 Stück pro Monat im Jahr 1974 auf 101 im Jahr 1976 gesteigert. (ÖMZ 1/77) 1 209 der veralteten M 48-Panzer wurden 1975 mit Kanone und Motor des M 60 umgerüstet, 1 058 Stück werden es jeweils 1977 und 1978 sein. Ende 1974 verfügte die US-Armee über 8 000 Panzer. Weitere 2 000 wurden gelagert. 1975 wurde beschlossen, die Gesamtzahl auf 14 000 zu erhöhen. (Zum Vergleich: Die Bundeswehr hat etwa 2 500) Ab 1979 soll der neue Kampfpanzer XM-1 eingesetzt werden.



Die US-Imperialisten unterhalten riesige Lager an konventionellen Waffen in Westdeutschland für Verbände, die in den USA stationiert sind. Hier M-60-Panzer in Kaiserslautern.

Die Vorbereitung auf einen konventionellen Krieg zeigt sich an den Neuentwicklungen für die Luftwaffe und die Marineflieger. Von 6 Neuentwicklungen sind 4 Jäger, ein Jäger, der auch als Jagdbomber verwendet wird, und ein strategischer Bomber. Die „Fairchild A 10“ zum Beispiel kann bis zu 8 Tonnen Panzerbekämpfungswaffen tragen und soll in einem Einsatz bis zu 12 schwere Panzer zerstören. Die F-15 („Eagle“) und das Marineflugzeug F-14 („Tomcat“) sind zur Luftabwehr bzw. zum Angriff auf Schiffe konstruiert. Die Neuentwicklungen F-16 und F-18, beides Jagdflugzeuge, werden speziell für die „Erdkampfrolle“, die sie spielen sollen, mit entsprechender Bewaffnung ausgerüstet.

Ob überhaupt ein neuer strategischer Bomber angeschafft werden sollte, darüber sind die bürgerlichen Politiker in den USA sich in die Haare geraten. Der Senat hat gegen eine Produktionsaufnahme der B-1 gestimmt, der Kongreß dafür, so daß mit dem Bau begonnen werden könnte. Die B-1 soll die B-52 ablösen. Sie kann 5 200 Kilometer ohne Nachtanken fliegen und Zuladungen von 52 Tonnen Waffen aufnehmen. (ÖMZ 5/76)

Die Zahl der Flugzeugträger wird reduziert. 1980 sollen es 12 statt bisher 15 sein. Die Flugzeugträger hatten ihre größte Bedeutung im Pazifikkrieg gegen Japan; im Kampf Insel um Insel. Im Atlantik müssen die Imperialisten anders Krieg führen. Dafür ist ein „amphibisches Konzept“ entwickelt worden, „Seabasing“ genannt, das vorsieht, komplette Landungseinheiten auf Schiffen vor fremden Küsten kreuzen zu lassen. Mindestens eine dieser „Marine Amphibious Units“ befindet sich zur Zeit bereits im Mittelmeer. Auf speziellen Schiffen der Tawara-Klasse ist jeweils ein Neuntel einer Division der Marineinfanterie mit entsprechender Hubschrauber- und Flugzeugbewaffnung stationiert. Die Landungsoperation ist so geplant, daß Führung, Versorgung, Verwundetenversorgung usw. von dem entsprechenden Schiff aus geschehen und nur die unmittelbaren Landungstruppen an Land gehen. Dazu wird ein passendes Luftkissenfahrzeug entwickelt, das einen Kampfpanzer oder ein Geschütz tragen kann.

Neben dem Ausbau dieser direkten Interventionseinheiten werden in erster Linie Zerstörer und U-Jagdboote gebaut. Große Mengen an Soldaten und Material muß der US-Imperialismus schnell über den Atlantik verlegen können. Dazu sind Kampfschiffe für den Schutz der Transporteinheiten gegen über- und unterseeische Gegner nötig. Von den U-Jagdbooten der USA befindet sich bereits die Mehrzahl im Atlantik und Mittelmeer und nicht mehr im Pazifik. (ÖMZ 5/75)

Carter erklärte nach seiner Amtsübernahme, er wolle die „Aufwendungen für die NATO-Verteidigung erhöhen“. (Welt, 25.1.) In seiner Botschaft an die „Bürger der Welt“ sagte er unter anderem: „Die Vereinigten Staaten allein können eine gerechte Erschließung der Bodenschätze der Welt oder einen angemessenen Schutz der Umwelt nicht sicherstellen. Aber wir können und werden uns bei dieser Aufgabe mit anderen zusammenschließen. Die Vereinigten Staaten können und werden die Führung bei diesen Bemühungen übernehmen.“

Gemeint ist die „Sicherstellung gerechter Erschließung der Bodenschätze der Welt“ nach dem „amphibischen Konzept“. Die Intervention der Imperialisten in Ländern der Dritten Welt. Die NATO-Staaten will Carter dabei „führen“. Wir haben gezeigt, wie die US-Imperialisten sich auf einen konventionellen Krieg vorbereiten. Aktuell bereiten sie sich vor auf Krieg an zwei Orten: in Europa gegen die andere Supermacht um die Hegemonie. Im südlichen Afrika, dem Sturmzentrum der Weltrevolution, gegen die Völker, die für ihre Befreiumg kämpfen.

Im US-Kongreß hat Carters Partei ein Notstandsgesetz eingebracht, um die Form des Freiwilligen-Heeres für Kriegszeiten zu ändern. „Damit die nötigen Reserven zur Verfügung stehen“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. – (hf)

# Lateinamerika im Würgegriff des Imperialismus

Lateinamerika, seit Jahrzehnten vom US-Imperialismus in halbkolonialer und neokolonialer Abhängigkeit gehalten, demonstriert grell, daß der moderne Imperialismus seine Methoden der Ausbeutung und Ausplünderung der unterdrückt und unterentwickelt gehaltenen Länder immer mehr vervielfältigt und verfeinert und daß diese Methoden noch hundertmal zerstörerischer wirken als die grobschlächtigen Methoden des einfachen Raubes und der Versklavung, wie sie der alte Kolonialismus praktizierte.

Die Bevölkerung der lateinamerikanischen Staaten besteht in ihrer Mehrheit aus Bauern, Landarbeitern und gewaltsam von der Scholle losgerissenen ländlichen Proletariern. Weil die Landfrage als die große soziale Frage der neudemokratischen Revolution ungelöst ist, der halbfeudale Grundbesitz vom Imperialismus konserviert wird und mit dem Grundbesitz die Monokultur, sind die meisten Länder Lateinamerikas in immer wachsendem Umfang gezwungen, Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte zu importieren. Brasilien mußte 1975 für 592 Millionen Dollar Weizen und Mais importieren, Mexiko 1974 und 1975 für über 200 Millionen Weizen. Chile mußte 1975 und 1976 ebenfalls steigende Getreideeinfuhren tätigen, und selbst Argentinien, das selbst Getreideexporteur ist, mußte 1975 für 92 Millionen Dollar Getreide importieren. Bekannt ist bei alledem, daß in vielen dieser Länder die Massen hungern müssen und für den Arbeiter in Argentinien das argentinische Rindfleisch, der Hauptexportartikel, ein unerschwinglicher Luxus ist. Gerade die Abhängigkeit der Länder von einzelnen Agrarerzeugnissen und Rohstoffen ermöglicht es den imperialistischen Konzernen, die Preise dieser Produkte immer weiter zu senken, absolut wie vor allem im Verhältnis zu den Industriewaren. Erhielten die Länder der Dritten Welt 1960 für 25 Tonnen Kautschuk sechs Traktoren, so 1965 bereits nur noch dreieinhalb und 1975 nur noch zwei.

Über die Ausplünderung durch ungleiche Handelsbedingungen sowie ungleichen Austausch der Währungen hinaus ist der immer anwachsende Kapitalexport und die direkte Ausbeutung der lateinamerikanischen Arbeiterklasse die entscheidende Form der imperialistischen Beraubung und Beherrschung des Kontinents. Die Niederlassungen und Großbetriebe der imperialistischen Monopole ruinieren vollends die einheimische Kleinproduktion und verhindern eine eigenständige Industrialisierung. Die Gewinne werden nur in begrenztem Umfang reinvestiert, zu einem großen Teil fließen sie zurück. Laut einem Bericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank flossen z.B. 1974 10,3 Milliarden Dollar in die imperialistischen Länder zurück – mehr als neu investiert wurde.

Die ungleichen Austauschbedingungen, der Kapitalabfluß, die von den imperialistischen Monopolen gehaltenen Märkte sowie insbesondere die Notwendigkeit wachsender Lebensmittelexporte zwingt die Staaten der Dritten Welt, sich in immer größerem Umfang zu verschulden. Diese umfassende und zerstörerische Form imperialistischer Ausplünderung hat eine buchstäblich lawinenartige Form angenommen. Lateinamerika ist der Kontinent, in dem diese Entwicklung ihre schärfste Ausprägung annimmt. In Zahlen: Betrugen die Außenschulden der lateinamerikanischen Länder im Jahre 1970 18 Milliarden Dollar, so 1973 bereits 32 Milliarden und 1974 45 Milliarden. Für 1976 wird die Gesamtverschuldung Lateinamerikas auf die Summe von 70 Milliarden Dollar geschätzt. Das ist mehr als die Bruttosozialprodukte der lateinamerikanischen Länder im gleichen Jahr zusammengenommen.

Der Würgegriff wird immer fester: Wie die International Finance Corporation in ihrem Jahresbericht 1975 feststellte, „neigen" die Gläubiger (die Regierungen, Banken und Monopole der USA, Japans, der BRD und anderer westeuropäischer Staaten) dazu, ihre Kredite mit zunehmend kürzeren Rückzahlungsfristen und zu höheren Zinssätzen zu vergeben. Das muß zu raschen dramatischen Zuspitzungen führen: Mexiko wird bis 1980 etwa 40 Prozent, Argentinien, Brasilien und Chile etwa 50 Prozent und Uruguay über 60 Prozent seiner gegenwärtigen Schulden zurückzahlen müssen.

Wenn die Arbeiter und Bauern sich erheben, um die Aussaugung durch die imperialistischen Konzerne abzuschütteln, dann versuchen diese ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht einzusetzen, um die Konterrevolution zu organisieren und sie mit Hilfe von Militärdiktaturen wieder in ihr Ausbeuterjoch zu zwingen. Noch hemmungslosere Ausplünderung der Arbeitskraft und der Reichtümer der Länder ist die Folge, wenn es den revolutionären Arbeiter- und Bauernmassen nicht gelingt, die Fesseln der Revisionisten und Reformisten abzustreifen und die politische Macht zu erobern, das ist die erneute Lehre aus Chile. In der Regierungszeit des Präsidenten Allende (1970 bis 1973) versuchte das Land, das der größte Kupferexporteur der Welt ist und von ihm weitestgehend abhängig, die Verfügung über die Reichtümer und Produktionsmittel im Land sicherzustellen.

„Zwei Unternehmen, die zum Kern großer transnationaler Gesellschaften zählen, sind es", erklärte Allende am 4. Dezember 1972 in einer Rede vor der UNO, „die ihre Fänge um mein Land legten: die International Telegraph & Telephone Company und die Kennecott Copper Corporation." Kennecott und Anaconda, die großen amerikanischen Kupferkonzerne, wurden wie die meisten übrigen ausländischen Monopole und der Großgrundbesitz verstaatlicht. Aber mit dem Putsch der Kompradorenclique um General Pinochet konnte sich der US-Imperialismus die Ausbeutung der chilenischen Arbeiter und Bauern wieder sichern. Zu 75 Prozent wurde der Grundbesitz bis Ende 1975 wieder zurückgegeben, darunter über 50 Prozent des bewässerten Landes. Die Konterrevolution hat die Produktivkraft der Bauern und Landarbeiter gefesselt. Unter der Herrschaft der Parasitenklassen kam es sofort zu einem rapiden Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, 1975 um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 1976 ist sie weiter gestiegen. Die Abnahme der wichtigsten Produkte betrug teilweise 47 Prozent, bei Weizen betrug sie 30 Prozent, bei Kartoffeln 26 Prozent, bei Mais 29 Prozent, bei Bohnen 22 Prozent. Die ausländischen Konzerne eigneten sich die Bergwerke und Industriebetriebe wieder an. Die Ausbeutung der Arbeiter wurde ungeheuer verschärft.

Über Staatskredite und hohe Schuldenrückzahlung wird die Plünderung ins Ungeheure gesteigert und die kleinen und mittleren Produzenten ruiniert. Die Inflationsrate erreichte 1975 341 Prozent. Die Arbeitslosigkeit, die unter Allende mit 3,1 Prozent zu den niedrigsten in der vom Imperialismus beherrschten Welt gehörte, betrug Ende 1975 in Groß-Santiago 18,7 Prozent, in anderen Landesteilen 22 Prozent. In der Bauindustrie lagen fast 40 Prozent der Arbeiter auf der Straße, das hat sich 1976 weiter verschärft. Mindestens 2,5 Millionen Chilenen, also etwa ein Viertel der Bevölkerung, hatten überhaupt kein Einkommen. Aber auch Familien, die den Mindestlohn erhalten, gehen einem langsamen Hungertod entgegen. Der Mindestlohn reicht gerade für 1 000 Kalorien und 15 Gramm Protein pro Person.

Nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern kann die Volksmassen Lateinamerikas befreien!

| | Lateinamerika(1) | Mexiko | Venezuela | Brasilien | Argentinien | Chile |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Lateinamerika(1) | Mexiko | Venezuela | Brasilien | Argentinien | Chile |
| **Bevölkerung 1974** (in Mio) (2) | 320 | 57,8 | 11,6 | 103,9 | 24,6 | 10,4 |
| **Bruttoinvestitionen 1966–71** (2) | 13,9 % (3) | . | . | . | . | . |
| **Bruttoinvestitionen 1974** (2) | 20,7 % (3) | . | . | . | . | . |
| **Verarbeitende Industrie** **1966 – 71** (2) | 14,4 % (3) | . | . | . | . | . |
| **1974** (2) | 7,0 % (3) | . | . | . | . | . |
| **Agrarproduktion 1966–71** (2) | 2,7 % (3) | . | . | . | . | . |
| **Agrarproduktion 1974** (2) | 2,7 % (3) | . | . | . | . | . |
| **Index der landwirtschaftlichen Gesamterzeugung 1974** (1970 gleich 100) (4) | . | 111 | 120 | 116 | 103 | 99 |
| **Index der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelerzeugung 1974** (1970 gleich 100) (4) | . | 108 | 118 | 118 | 104 | 102 |
| **Getreideanbau 1974** in Mio. t (5) | . | 11,0 | . | 26,6 | 16,2 | 1,3 |
| **Zahlungsbilanz 1973** in Mio. Dollar | . | – 1 500 (6) | – 887 (6) | – 1 770 (6) | – 721 (6) | – 536 (6) |
| **Zahlungsbilanz 1974** in Mio. Dollar | . | – 2 888 (6) | – 6 151 (6) | – 7 006 (6) | – 244 (6) | – 383 (6) |
| **Zahlungsbilanz 1975** in Mio. Dollar | . | – 3 643 (7) | . | – 6 752 (8) | – 985 (9) | . |
| **Auslandsverschuldung 1974** in Mio. Dollar (10) | 45 390 | 9 770 | 1 860 | 11 980 | 860 | 4 460 |
| **Schuldendienstzahlungen 1975** in Mio. Dollar | 6 335 (10) | 2 141 (7) | . | 2 041 (8) | . | . |
| **Kapitalanlagen der USA 1974** in Mio. Dollar (2) | . | 1 550 | 1 780 | 3 660 | 1 150 | 600 |
| **Kapitalanlagen der BRD 1975** in Mio. Dollar (11) | . | 184 | 32 | 1 150 | 236 | 39 |

(1) Mittel- und Südamerika, Karibik
(2) Weltbank-Jahresbericht 1976
(3) Durchschnittliche jährliche Real-Zuwachsraten
(4) Statistisches Jahrbuch für die BRD 1976, Internationale Übersichten
(5) Ebenda, eigene Addition
(6) Ebenda, Leistungsbilanz
(7) Prospekt für die Zulassung von DM 100 Millionen 8-Prozent-Inhaberteilschuldverschreibungen ..., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 1976
(8) Prospekt für die Zulassung von DM 100 Millionen 8 3/4-Prozent-Inhaberteilschuldverschreibungen ..., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.1976
(9) Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1976, Argentinien, Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation Nr. 213
(10) Weltbank-Jahresbericht 1976
(11) Bundesanzeiger Nr. 73, 14. April 1976 (Umrechnung 1 Dollar gleich 2,50 DM)



Demonstrierende chilenische Kupferarbeiter in der Zeit der Allende-Regierung

**Im „Stern" 6/1977 fanden sich in einer krausen Reportage über „den Krieg um den neuen Schatz der Sierra Madre" angeblich „Zehntausende Mohn- und Hanffelder" in diesem Gebiet, von denen aus der Rauschgiftmarkt der USA versorgt wird, die folgenden Bilder – und einige unfreiwillige Enthüllungen.**

Offiziell gilt der Krieg, der in der Sierra Madre gegen die mexikanischen Bauern geführt wird, dem „Staatsfeind Nr. 1" (Nixon), dem Rauschgift. Ohne Zweifel wird in der Sierra Madre Rauschgift produziert und von dort in die USA geschmuggelt. In den USA leisten Rauschgifte für Millionen Amerikaner, die unterhalb der Armutsgrenze leben, dieselben Dienste wie die Betelnüsse für die Indios der Anden: Sie betäuben den Hunger und lassen die Zeit vergehen. Für viele aus dem Millionenheer der landlosen und armen Bauern in Mexiko ist die Möglichkeit, sich an einen der Rauschgift-Konzerne der USA zu verdingen, ebenfalls die vielleicht einzige, dem Hungertod zu entgehen. Aber wie in den Ghettos und Arbeitervierteln der Städte der USA dient auch hier die Suche nach dem Rauschgift als bloßer Vorwand. Aus dem „Stern"-Bericht:

„Zur Rettung vor der Rauschgift-Flut aus dem Nachbarland griffen die Amerikaner schließlich zu radikalen Maßnahmen. Sie drängten den Mexikanern ihre ‚Operation Clearview' auf – in ähnlicher Form und mit anderen Zielen erprobt in Vietnam: Satelliten und Aufklärungsflugzeuge fotografieren mit Spezialfiltern (Spektografie) aus großer Höhe die Sierra Madre. ( ... ) Danach werden Sprühhelikopter mit dem Pflanzenvernichtungsmittel eingesetzt und parallel dazu Straßen blockiert und Siedlungen umstellt. Das Flugpersonal und die Helikopter erboten sich die Amerikaner gleich mitzuliefern. ( ... ) Mit einem anderen Zusatz hatte die Chemikalie als berüchtigter ‚Agent Orange' in Vietnam die Wälder entlaubt und Geburtsschäden hervorgerufen. ( ... ) So werden die Mexikaner den Verdacht nicht los, daß die Vietnam-erprobten amerikanischen Hubschrauberpiloten und Techniker nicht nur bei der US-Drogenbehörde DEA, sondern auch beim US-Geheimdienst CIA unter Vertrag sind. Denn einige unter ihnen, so fiel den Mexikanern auf, fliegen besonders gern und häufig in solche Gegenden, in denen sich kommunistische Guerillas versteckt halten. ‚Die Amerikaner fürchten wohl ein neues Vietnam vor ihrer Haustür', sagte uns ein Regierungsbeamter in Mexiko City. – Ganz so abwegig ist der Gedanke nicht. ( ... ) Das Millionenheer der landlosen Farmarbeiter, seit Monaten im Aufruhr, verlangt vergeblich nach der Landreform, die seit der Revolution von 1920 in der Verfassung garantiert ist."



Damit ist der Artikel, wenn auch alles gut in Rauschgift verpackt, ziemlich nahe bei der Wahrheit. **Es sind eben diese Provinzen Mexikos, in denen die Landbesetzungen bewaffneter Bauern sich häufen, speziell auf den großen Gütern, die den großen US-Lebensmittelkonzernen gehören.** Und so folgen die Einsätze der Truppen weitgehend dem aus Vietnam bekannten Schema. Der „Stern"-Mensch, ganz Kriegsberichterstatter:

„Drei Tage blieben wir in Choix, drei Einsätze fliegen wir mit. Vorweg der kleine zweisitzige Sprüh-Helikopter, aus dem es giftige weiße Wolken auf die Felder regnet, dahinter der Hubschrauber mit Soldaten und ‚Federales', der das Gelände sichert und nach Bauern sucht. Häufig lauern sie in Baumkronen versteckt und nehmen die Maschinen unter Feuer. Ist alles Gift verspritzt, fliegt der erste Helikopter zurück, und der zweite geht auf Bauernfang. Dicht über den Baumwipfeln, über karstige Felsen schleicht er geradezu durch Canyons, rutscht wie auf einer Achterbahn über Bergrücken, entdeckt plötzlich ein Gehöft, schwingt sich kurz hoch, um dann wie ein Adler nach unten zu stürzen. Die ‚Federales' und die Soldaten springen heraus, umstellen das Haus, treten die Tür ein – und kommen meistens zu spät. Fast immer haben die Bewohner ein paar Minuten vor dem Angriff den Hubschrauber nahen hören und sind geflüchtet."



Als bisheriges Resultat der ‚Operation Clearview' werden dem „Stern"-Reporter gemeldet: 10 000 Mann im Einsatz, 30 000 Felder zerstört, 4 000 Mexikaner verhaftet. Das ist aber nur die eine Seite. Die mexikanischen Bauern und Landarbeiter nehmen ihren schon Generationen andauernden revolutionären Kampf wieder auf.



„Kommissar Carlos ..., hat in seinem Bezirk schon vierzig Mann verloren. Sie starben, als die Bergbauern jene Regierungshelikopter abschossen, die ihre Mohn- und Hanffelder besprühten. Sie wurden aus dem Hinterhalt abgeknallt, als sie in den Hütten der Bergdörfer nach Opium und Marihuana suchten. ( ... ) Am nächsten Morgen weckt uns eine MP-Salve, die irgendwo unweit unseres Hotels abgefeuert wird und so wenig Beachtung findet wie das Krähen eines Hahns. ( ... ) Einen halben Kilometer vor dem Ort haben Bundespolizei und Armee ihre vorgeschobene Operationsbasis. Bewacht ist sie wie einst ein Fort im Indianerterritorium."

# Rentensanierung – Eine Serie ausgekochter Gaunereien

Am 18. Oktober hat die Regierung veröffentlichen lassen, die Rentenversicherung habe 1980 ein Defizit von 23 Milliarden DM, am 21. Dezember hat sie veröffentlichen lassen, es werde sich um ein Defizit von 83,3 Milliarden DM handeln. Stück für Stück hat sie herausgelassen, wie sie diese 80 oder 90 Milliarden DM in den nächsten vier Jahren den Volksmassen aus der Tasche ziehen will. Am 9. und 16. Februar will die Bundesregierung über einen Gesetzentwurf beschließen, der jetzt bekannt geworden ist. Auch er müsse noch geändert werden. Die kapitalistische Wirtschaft liegt darnieder und läßt den Bourgeois keinen Spielraum. Das macht sie nervös und zwingt sie zu durchsichtigen Manövern. Minister Arendt ist gegangen, sein Nachfolger steht nach noch nicht einmonatiger Amtszeit als Lügner da.

Am 8. Dezember, unmittelbar nach dem Beschluß des Bundestags, sich im Monat 7 500 DM Diäten und weitere 4 500 DM steuerfreie Zulagen zu zahlen, beschließen FDP und SPD, die Renten nicht zum 1. Juli 1977, sondern erst zum 1. Januar 1978 zu erhöhen. Zwei Tage später muß dieser Beschluß zurückgenommen werden. Gleichzeitig wird ein 12-Punkte-Papier veröffentlicht, das unter anderem die Verschiebung der übernächsten Rentenanpassung um ein halbes Jahr, die Anpassung der Renten lediglich nach dem Nettolohn und eine Einschränkung der Krankenversorgung vorsieht. Am 16. gibt Schmidt seine Regierungserklärung ab. Am 7.1. erklärt Regierungssprecher Grünewald, in den kommenden Koalitionsgesprächen werde es nur noch darum gehen, die ausgehandelten Eckwerte gesetzestechnisch zu formulieren. Am 14.1. wird die geniale Idee kreiert, die Arbeitslosenkasse für das Defizit der Rentenversicherung zu plündern. War noch vor einem Jahr eine Senkung des auf 3 Prozent erhöhten Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung gesprochen worden, so wird jetzt eine Erhöhung um 1 Prozent angekündigt. Dann erklärt Ehrenberg im Bundestag, das sei nun endgültig, um am Wochenende darauf herauszulassen, daß auch die Neurenten 1978 gekürzt werden. Es ist offensichtlich: Das Hin und Her, das die Regierung jetzt inszeniert, dient dazu, die Raubzüge der Kapitalistenklasse durch die Versicherungskassen zu vernebeln, um sie um so besser durchsetzen zu können. Um so genauer muß man die beabsichtigten Maßnahmen untersuchen.

*– Verschiebung der Anpassung*

1957 mußten die Kapitalisten eine Rentenreform durchführen. Die Renten waren so unerträglich niedrig, daß die Bourgeois alle paar Monate ein neues Gesetz über eine Erhöhung der Renten zugestehen mußten. Damals wurde eine jährliche Anpassung der Renten gesetzlich verankert. Diese Versprechungen nutzten die Bourgeois umgehend, um die erste Anpassung ausfallen zu lassen. So sollte die Entwicklung der Renten in jedem Fall gehörig unter der des Lohns bleiben.

Jetzt soll die am 1. Juli 1978 fällige Anpassung um ein halbes Jahr verschoben werden. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuches standen dem Durchschnittsrentner 1975 pro Tag 4,36 DM fürs Essen zur Verfügung. Für die Rentner, die schon jetzt kaum noch genug zum leben haben, kommt die halbjährliche Verschiebung einem Todesurteil gleich. Ohnehin ist die Rente schon ein Jahr der Inflation ausgesetzt, und kein Mensch kann von 4,36 DM Essen nochmal 50 Pfennig absparen. Den Kapitalisten soll's 13,5 Milliarden DM einbringen.

*– Anpassung an die Nettolohnsteigerung*

Im letzten Jahr sind die Lohnsteuereinnahmen des bürgerlichen Staatsapparates bei sinkenden Reallöhnen um 13,2 Prozent auf 80,6 Milliarden DM gestiegen. Dazu kommen noch die Beiträge zur Sozialversicherung. Auch wenn die Bruttolöhne erhöht werden, so bleibt netto weniger als vorher. Das hat die Sozialdemokraten auf die Idee gebracht, im Zuge der „Gerechtigkeit“ diese Methode der Lohnkürzung auch den Rentnern zukommen zu lassen. Die Anpassung der Renten soll ab 1. Januar 1979 nach der Nettolohnerhöhung erfolgen. Würden die Renten nach bisherigem Recht am 1. Juli 1978 erhöht, so müßten sie um 8,4 Prozent erhöht werden, jetzt sollen sie ein halbes Jahr später um 6,1 Prozent erhöht werden. Diese 6,1 Prozent zum 1.1.1979 wirken rein rechnerisch wie 3 Prozent zum 1.7.1978 – in Wirklichkeit sind in dem halben Jahr eine Reihe Rentner vorzeitig verstorben. Mithin haben es die Bourgeois fertiggebracht, die Renten um 5,4 Prozent zu senken.

Den Bourgeois soll diese zweite Maßnahme bis 1980 9,2 Milliarden DM einbringen.

*– Die Änderung der Bemessungsgrundlage für die Neurenten*

Die dritte Stufe der „Gerechtigkeit“ hat Ehrenberg vorletztes Wochenende verkündet. Montags erklärte er vor der Presse: „Bei den auf Grund der rezessiven Wirtschaftsentwicklung notwendigen Veränderungen des Leistungsrechts ist es ein selbstverständliches Gebot sozialer Gerechtigkeit, Neurentner und Bestandsrentner gleich zu behandeln.“ Zu deutsch: Wenn wir dem Lohn der Arbeiter immer höhere Steuern auferlegen, dann müssen wir auch die Renten entsprechend kürzen, und wenn wir die „Bestandsrenten“, also schon laufende Renten, kürzen, dann müssen wir auch die Neurenten kürzen. Wenn das keine ausgemachte Lumperei ist!

Die Renten werden berechnet nach der allgemeinen Bemessungsgrundlage. Diese errechnet sich aus dem durchschnittlichen Lohn der Versicherten in dem dreijährigen Zeitraum, der dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles vorausgeht. Also für 1976 errechnet sich die Bemessungsgrundlage nach dem durchschnittlichen Bruttolohn in den Jahren 1974, 1973 und 1972. 1978 müßte die Berechnung aufgrund der Löhne der Jahre 1976, 1975 und 1974 erfolgen. Da aber 1974 eine relativ hohe Lohnsteigerung war, wird kurzerhand dieses für die Rentenberechnung günstige Jahr nicht berücksichtig, stattdessen die Jahre 1975, 1976 und 1977 herangezogen. So werden die neuen Renten 1978 1,1 Prozent niedriger sein, als sie nach geltendem Recht sein müßten. Damit hätten die Bourgeois also bereits eine Senkung der Renten um 6,5 Prozent erreicht.

Ehrenberg wußte sofort zu beschwichtigen, daß diese Maßnahme 1978 „lediglich“ 50 Millionen DM einbringen werde. In Wahrheit bringt die Ersparnis von 1,1 % Jahr für Jahr weitere 50 Millionen DM. Bis Ende 1979 werden es schon 150 Millionen DM sein, 1980 350 Millionen DM wenigstens. Schon im fünften Jahr würde diese Ersparnis Milliardenhöhe überschreiten.

*– Weitere Kürzung der Renten*

Die Renten sind so niedrig bemessen, daß es einem Rentner zum Beispiel nicht möglich ist, ein Kind zu ernähren, wenn er schon jung berufsunfähig wird oder die Enkelkinder großziehen muß, weil die Eltern gestorben sind. Dafür wird derzeit 152,90 DM Kinderzuschuß gezahlt. Er soll auf dieser Höhe für die nächsten Jahre unverändert belassen werden. Außerdem muß der Rentner lange Zeit versichert gewesen sein und mindestens 75 Prozent des durchschnittlichen Beitrags gezahlt haben. Hat er weniger gezahlt, weil er seine Arbeitskraft für einen Hungerlohn verkaufen mußte, so bekommt er nichts.

All diese Maßnahmen richten sich darauf, die Lebenszeit der Arbeiter und Angestellten zu verkürzen. Das drücken weiter die Änderungen der Krankenversicherung und der Versicherungsleistungen für die Rentner unverhüllt aus:

Nicht mehr jeder Rentner ist in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Nur wer 20 Jahre Mitglied der Krankenversicherung war. Ein Arbeiter, der nach 19 Jahren einen Unfall erleidet, ist also nicht versichert, oder eine Frau, die die Kinder großziehen mußte. Sie dürfen sich dann freiwillig versichern und bekommen dafür 11 Prozent ihrer Rente von der Rentenversicherung als Zuschuß ausbezahlt. In der Krankenversicherung müssen sie aber den vollen Beitrag zahlen, und der lag schon im letzten Jahr bei 11,3 Prozent.

Für freiwillig Weiterversicherte, das sind zum Beispiel Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen müssen, wird der Mindestbeitrag von derzeit 18 DM innerhalb von drei Jahren auf 80 DM erhöht.

Für jedes Rezept sollen die Rentner 20 Prozent des Arzneimittelpreises bis zu 3,50 DM bezahlen. Nach unserer Berechnung aufgrund von Angaben des ersten Halbjahrs 1976 wird die Rentner das etwa 1 Milliarde DM im Jahr kosten.

Rechnen wir nun aus, was diese Maßnahmen mindestens für die Rentner kosten. 13,5 Milliarden DM die Verschiebung der Anpassung, 9,2 Milliarden DM die Nettoanpassung, 0,35 Milliarden DM die Senkung der Neurentenberechnung, 2,9 Milliarden DM die Kürzung der Kinderzuschüsse und weitere Einzelmaßnahmen, 3 Milliarden DM die Rezeptgebühr. Zusammen rund 29 Milliarden DM.

Im wesentlichen wird dieser Betrag in den drei Jahren von 1978 bis 1980 anfallen. Aufs Jahr also im Schnitt 9,67 Milliarden DM, das sind etwa 12 Prozent, um die jede Rente gekürzt wird, oder die Nahrungsmittel von 5,5 Millionen Rentnern nach dem Standard des Statistischen Jahrbuchs.

*– Sanierung durch kühl berechnete Hinrichtung der Rentner*

Diese Zahlen sehen grausam aus, und sie sind es auch. Die Nahrung für über 5 Millionen Rentner soll sich in Kapital der Kapitalisten verwandeln. Damit das funktioniert, ist auch eine verschärfte Spaltung der Rentner notwendig. Es müssen die, die sowieso nichts haben, weiter gedrückt werden, damit sie auch frühzeitig durch ihr Hinscheiden die Rentenkasse entlasten und nicht alle gleich hart getroffen werden.

Ohnehin ist die Spaltung des Lohnsystems auf die Renten übertragen durch deren Berechnung. Die Rente berechnet sich zum einen aus der allgemeinen Bemessungsgrundlage, zum andern aus der persönlichen Bemessungsgrundlage. Sie wird errechnet, indem für jedes Arbeitsjahre des Arbeiters verglichen wird, wie hoch sein Arbeitslohn im Vergleich zum durchschnittlichen Lohn des jeweiligen Jahres war. Am Ende kommt heraus, wieviel Prozent über die Jahre gesehen der individuelle Lohn vom durchschnittlichen Lohn ausmacht. Diese Spaltung, die der Spaltung der Lohnverteilung in etwa entspricht, wird verschärft durch die jährliche Anpassung, die grundsätzlich in Prozent erfolgt, so daß die höheren Renten auch mehr abbekommen und die niedrigen immer weniger. Durch die Netto-Anpassung der Anpassung wird dies noch verfeinert auf zweierlei Weise:

Erstens werden die Neurenten nach dem Bruttolohn berechnet. Geht beispielsweise ein Arbeiter 1977 in Rente, so würde seine Rente am 1.1.1979 um 6,1 Prozent erhöht, entsprechend der Netto-Lohn-Berechnung. Würde er aber noch ein Jahr arbeiten, so wäre seine nach dem Bruttolohn neu berechnete Rente um 7,3 Prozent höher als die Neurente ein Jahr zuvor. Schon nach einem Jahr klaffen dann die Renten der beiden Arbeiter auseinander.

Zweitens trifft die Nettoberechnung der Rentenanpassung die unteren Renten besonders hart. Die Lohnsteuer für die höheren Löhne ist auch prozentual höher als bei den niedrigeren Löhnen. Nimmt man beide Löhne zusammen, so liegt der Durchschnittssteuersatz über dem Steuersatz für den unteren Lohn. Für die Berechnung der Rentenanpassung nach dem Nettolohn ist aber der durchschnittliche Steuersatz maßgebend. So bekommt der Rentner mit dem niedrigen Lohn und der niedrigen Rente nicht bloß die Wirkung der Steuer zu spüren, die er früher bezahlen mußte, sondern es kommt auf seine Rente ein noch höherer Steuersatz zur Anwendung.

„Gleichmäßig“ werden die Renten gedrückt: die für Limonadenmanager und entsprechendes Lumpenpack nach oben, die Renten der Arbeiter nach unten.

Um 32 Milliarden DM zusätzlich zu den genannten Maßnahmen wird der Zuschuß an Krankenkassen für die Krankenversorgung der Rentner gestrichen. Einerseits bedeutet dies für die Lohnabhängigen eine Erhöhung des Beitragssatzes um über 1 Prozent, andererseits wird die Gesundheitsversorgung drastisch verschlechtert. Bis dahin, daß sich die Arzneimittelausgaben an der Grundlohnsumme in der Kasse orientieren sollen, nicht mehr alle Arznei auf Kassenschein gekauft werden kann und die Gewährung von Heilverfahren an zusätzliche Bedingungen geknüpft wird. Als besonderen Clou haben sich die Bourgeois die Festlegung ausgedacht, daß die Ärzte mehr Wiederholungsrezepte schreiben sollen. Um Vergeudung von Medikamenten zu verhindern, heißt es. Für die Arbeiter heißt dies dann, daß sie die Rezeptgebühr nicht bloß ein-, sondern zwei- oder dreimal zahlen sollen. – (fb)

# Der von den Sozialdemokraten betriebene 6,9 %-Abschluß in der Metallindustrie

Bei der Schlichtung für die Metallindustrie Nordrhein-Westfalens hat der Sparkassenchef Geiger 6,9 % als Einigungsvorschlag vorgelegt. Die sozialdemokratische IGM-Führung betreibt jetzt in der Gewerkschaft die Durchsetzung dieses Einigungsvorschlags zwischen Sozialdemokraten und Kapitalisten.

Im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz hat sie mit den Kapitalisten bereits auf den 6,9 % abgeschlossen. In Nordrhein-Westfalen will sie Mittwoch, den 2.2., in Hessen Donnerstag, den 3.2., diesen Abschluß in den Tarifkommissionen durchsetzen. In Baden-Württemberg hat sie am Montag abgeschlossen. Im Nordverbund wird das gleiche parallel betrieben.

Die Spaltung, die der Schlichtungsspruch zustandebringen soll, ist horrent. Eine Arbeiterin oder ein Arbeiter in der untersten Lohngruppe erhält 72,66 DM mehr pro Monat, die unterste Facharbeiterlohngruppe, Ecklohn, Lohngruppe 7 erhält 89,96 DM mehr, die höchste Facharbeiterlohngruppe 119,37 DM.

All diese Tariferhöhungen der Löhne liegen unter der in Hessen von der Tarifkommission aufgestellten Mindesforderung von 120 DM. Die Arbeiterbewegung hatte die Aufstellung einer Forderung von 170 bis 180 DM verlangt. Die Tariflohnerhöhung in der untersten Lohngruppe beträgt gerade 60 % der Tariflohnerhöhung in der höchsten Facharbeiterlohngruppe. Obwohl die Tariflohnerhöhung also insgesamt äußerst gering ist, enthält sie doch einen beträchtlichen Spaltungseffekt, schon wenn man die Sache nur quantitativ und dem Geld nach betrachtet. Überlegt man sich die Sache unter dem Gesichtspunkt der Gebrauchswerte, die nach Steuerabzug, wachsenden Sozialleistungen und Inflation mit dem Lohn gekauft werden können, dann zeigt sich erst der qualitative Spaltungseffekt:

Die unteren Lohngruppen, für die das Leben am schwierigsten und teuersten ist, werden sich zahlreiche notwendige Gebrauchswerte immer weniger leisten können. Sie verelenden. Das macht, obwohl sich die Lage auch der allermeisten Facharbeiter weiter verschlechtern wird, einen qualitativen Unterschied, der nur durch die jahrelange Durchsetzung von hohen Festgeldforderungen nach und nach wieder wettgemacht werden kann.

Bei den Angestellten überspringt die Endstufe der Gehaltsgruppe KT 4 den in Hessen aufgestellten Mindestbetrag von 120 DM. Ab der Endstufe der Gehaltsgruppe KT 5 beträgt das Schlichtungsergebnis mehr als die von der Arbeiterbewegung geforderten 170 DM. Etwas über 10 Prozent der Angestellten werden bei der 6,9 %-Erhöhung über den von der Arbeiterbewegung geforderten 170 DM liegen. Dazu kommen die rund 10 Prozent AT-Angestellten. Alle Arbeiter werden dagegen sogar unter der von der IGM in Hessen und Niedersachsen aufgestellten Mindestforderung liegen. Ausgezeichnet vertreten die Sozialdemokraten mit Übernahme dieses Schlichtungsergebnisses die Sache der Kapitalisten. Die Spaltung zwischen den Arbeitern und Angestellten, die die Kapitalisten wollen, wird vertieft. Mit den Geldern, die bei den Lohnerhöhungen eingespart werden, soll eine kleine Schicht von Angestellten vollständig auf die Seite der Kapitalisten gezogen werden. Das gleiche mit den Meistern. Sie sind zum größten Teil in den Meistergruppen M 3 und M 4. Bei M 4 liegt die tarifliche Lohnerhöhung um 150 % über der Lohnerhöhung der untersten Lohngruppe und immer noch 50 % über der Erhöhung der höchsten Facharbeiterlohngruppe. Auch hier handelt es sich darum, daß die Beseitigung der von der Arbeiterbewegung aufgestellten Forderung wie auch der von den Sozialdemokraten in heuchlerischer Absicht aufgestellten Mindestforderung durch die Sozialdemokraten selber den Kapitalisten den Spielraum schafft, um die höheren Angestellten und die Meister zu bestechen. Das brauchen sie, um den notwendigen Druck machen zu können bei der kapitalistischen Rationalisierung. Es ist eine von den Kapitalisten und den Sozialdemokraten betriebene Täuschung, daß die Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterbewegung wie die Durchsetzung der Forderung nach 170 DM, die Arbeitsplätze gefährden würde. Abschlüsse, wie sie jetzt wieder von den Sozialdemokraten geplant und gemacht werden, erleichtern den Kapitalisten die Verschärfung der Ausbeutung und führen so zu Entlassungen. Unten entsteht eine Schicht von Arbeitern, die versuchen muß, irgendwie auf das Existenzminimum zu kommen. Oben wird eine Antreiberschicht bestochen und gemästet, die den Druck macht. Das Schlichtungsergebnis, das die Sozialdemokraten als Abschluß durchsetzen wollen, bedeutet in Nordrhein-Westfalen:

| Lohngruppen (Arbeiter) | II | III | IV | V | VI | VII | VIII | IX | X |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **DM pro Std.** | | | | | | | | | |
| bisher: | 6,13 | 6,27 | 6,57 | 6,87 | 7,17 | 7,47 | 8,07 | 8,81 | 9,94 |
| Erhöhung: | 0,42 | 0,44 | 0,46 | 0,48 | 0,50 | 0,52 | 0,56 | 0,62 | 0,69 |
| ab 1.1.1977: | 6,55 | 6,71 | 7,03 | 7,35 | 7,67 | 7,99 | 8,63 | 9,43 | 10,63 |
| **monatlich bei 173 Std.** | | | | | | | | | |
| bisher: | 1 060 | 1 085 | 1 137 | 1 189 | 1 240 | 1 292 | 1 396 | 1 524 | 1 720 |
| Erhöhung: | 72,66 | 76,12 | 79,58 | 83,04 | 86,50 | 89,96 | 96,88 | 107,26 | 119,37 |
| ab 1.1.1977: | 1 133 | 1 161 | 1 216 | 1 272 | 1 327 | 1 382 | 1 493 | 1 631 | 1 839 |

| Gehaltsgruppen (im Durchschnitt) | Angestellte K/T 1 | K/T 2 | K/T 3 | K/T 4 | K/T 5 | K/T 6 | Meister M 1 | M 2 | M 3 | M 4 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| bisher: | 1 016 | 1 142 | 1 271 | 1 809 | 2 286 | 2 895 | 1 662 | 1 993 | 2 414 | 2 665 |
| Erhöhung: | 70 | 79 | 88 | 125 | 158 | 200 | 115 | 138 | 167 | 184 |
| ab 1.1.1977: | 1 086 | 1 221 | 1 359 | 1 934 | 2 444 | 3 095 | 1 777 | 2 131 | 2 581 | 2 849 |

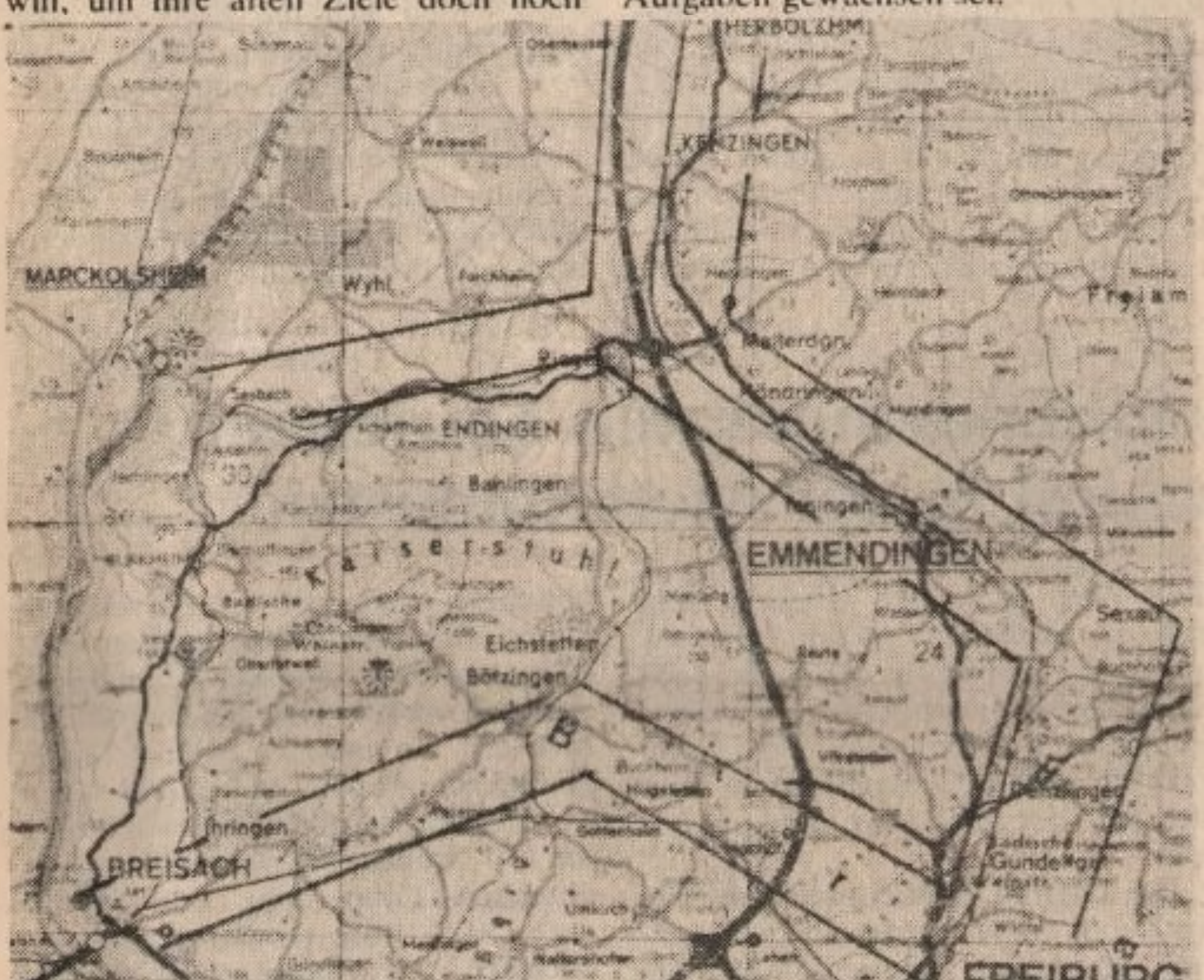
# Entwicklungspläne für den Profit scheitern am Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen am Kaiserstuhl

**Die geographisch günstige Lage des Oberrheingebietes um den Kaiserstuhl, im Dreiländereck „mitten im Herzen Europas", der Rhein als Schiffahrtsstraße, das niedrige Lohnniveau in dieser Region, der Zustrom von Arbeitskräften durch die Ruinierung der Bauern, das alles lockt die Kapitalisten, ihre Ausbeutergeschäfte zu entfalten. Seit einem Jahrzehnt haben sie deshalb ihre Absicht im Landesentwicklungsplan geschmiedet, dort den Ausbau eines Industriezentrums ersten Grades zu betreiben.**

**Freiburgs Oberbürgermeister Keidel hat die Absichten der Bourgeoisie in seiner Haushaltsrede so ausgedrückt: „Unser vordringlichstes Ziel muß sein . . .wesentliche Akzente für die weitere Entwicklung unserer im Landesentwicklungsplan als Oberzentrum ausgewiesenen Stadt zu setzen . . .Nicht nur zur Stärkung unserer eigenen Wirtschaftskraft, sondern aus der Verpflichtung einer Region, muß die Stadt in den kommenden Jahren ihre Bemühungen im Bereich der Gewerbeansiedlungen und -förderungen verstärkt fortführen."**

**Über die Grenzen Westdeutschlands hinaus ist bekannt, daß die Bourgeoisie und ihr Staat in der Durchsetzung ihrer Vorhaben bei der Bevölkerung am Kaiserstuhl auf Granit gestossen sind. Dafür steht der Kampf gegen das KKW in Whyl. An allen Fronten, wo die Bourgeoisie im Sinne ihres Profit-Entwicklungsplans tätig wird, sei es im Ausbau der Infrastruktur, bei der Organisierung des Bauernlegens, bei der Lohndrückerei, der Unterwerfung der Schuljugend und der Rentner, formiert sich die demokratische und revolutionäre Bewegung in der Arbeiterklasse und den Volksmassen. Je mehr die Widersprüche aufbrechen und sich verschärfen, umso mehr entwickelt sich ihr Zusammenschluß.**

Mitte letzten Jahres hat die Landesregierung die sogenannte „Kaiserstuhlnovelle" des Landesentwicklungsplans herausgegeben. Dort erklärt sie: vom alten Plan müsse abgerückt werden. Die Landwirtschaft am Kaiserstuhl und Umgebung solle geschützt werden, das fruchtbare Oberrheingebiet erhalten bleiben. Die hektischen Tätigkeiten lehren, daß sie ein Beschwichtigungsmanöver betreiben will, um ihre alten Ziele doch noch durchsetzen zu können. Viel Wirkung traut sie ihm selbst nicht zu. Der Staatsapparat wird ausgerichtet und ausgebaut, um per Unterdrückung durchzusetzen, was sie mit Täuschung nicht vermag. Als Polizeipräsident Woerle abgesetzt und Fröhlich das Kommando über die ganze Region übertragen wurde, begründete Filbinger das so: „Man brauche einen erfahrenen Polizeimann, der den anstehenden großen Aufgaben gewachsen sei."



Die Karte zeigt die „Industrieachsen" laut Landesentwicklungsplan

## Verschärfung der Ausbeutung treibt den Kampf gegen das Lohnsystem

Im Landkreis Emmendingen hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zwischen 0,5 ha und 20 ha Landwirtschaftsfläche im Zeitraum von 1960 bis 1974 um 1 909 Betriebe abgenommen. In Weisweil gab es 1953 noch 186 Tabakpflanzer, die 26 ha bebauten; 1975 waren es gerade noch 23, die dieselbe Fläche bebauten. In Sasbach war vor einer Generation noch die Mehrheit in der Landwirtschaft beschäftigt als Vollerwerbstätige, 1974 gab es gerade noch 12 Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft bei 1 400 Einwohnern. Bei vielen Pendlern kommt zur Lohnarbeit noch Landwirtschaft hinzu, um auskommen zu können, was oft einen 14-bis 16-stündigen Arbeitstag bedeutet. So ist trotz des großen natürlichen Reichtums der Region unter der Fuchtel der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft die Armut der Landbevölkerung groß. Von den landwirtschaftlichen Betrieben unter fünf Hektar haben z.B. nur 38 % warmes Wasser und 22 % eine Heizung. Systematisch wird die Ruinierung der Bauern der Oberrheinebene und des Schwarzwalds betrieben. Ein Beispiel: der regenreiche Herbst vor drei Jahren hatte das Heu vernichtet. Die Futtermittel waren knapp geworden. Der Winter war außerordentlich lang und die Bauern waren gezwungen, teures Futtermittel aus dem Ausland einzukaufen. Die Landesregierung gewährte Subventionen, allerdings nur für Betriebe über 15 ha. Damit wurde die Ruinierung der kleinen Schwarzwaldbauern beschleunigt. Viele mußten den Hof aufgeben.


Wochenlang kämpften die Arbeiter bei Maurer in Malterdingen gegen die Plünderung des Betriebs durch die Gläubiger, für die Auszahlung ihres Lohns und den Erhalt der Arbeitsplätze.

Mit Ausplünderung vernichtet das Kapital die bäuerliche Existenz und schafft eine industrielle Reservearmee, die sowohl Nachschub für die Expansion der großen Industrie liefern wird,, wie auch ein Mittel ist, um die Löhne niedrig zu halten. Den Kapitalisten, die dort ansiedeln, winken Extraprofite. Der Stumpen-Burger in Whyl bezahlt den Frauen, die im Akkord schuften, zwischen 5,30 DM und 5,40 DM. Die Plastikfabrik in Bötzingen ist unter den Arbeitern und Bauern am Kaiserstuhl verhaßt, und wird als „Knochenmühle" bezeichnet. Die Maschinen laufen im Dreischichtbetrieb. Arbeitsschutzvorrichtungen erspart sich der Kapitalist, dementsprechend hoch sind die Arbeitsunfälle. Am häufigsten sind Verbrennungen, die bei der Arbeit an den heißen Formen der Plastikpressen entstehen. Die Löhne, die Plastik-Bötzingen bezahlt, sind wahre Hungerlöhne. Ein Facharbeiter, der jetzt als Hilfsarbeiter bei der Plastik arbeitet, verdient 4 DM in der Stunde. Gegen diese Verhältnisse wächst der Widerstand der Arbeiterklasse am Kaiserstuhl. In der Tarifrunde letztes Jahr haben die Arbeiter vom Eisen- und Hammerwerk in Teningen gestreikt. In einigen anderen Betrieben sind Streikvorbereitungen getroffen worden.

Im Dezember streikten 200 Arbeiter bei der Firma Raimann in Freiburg für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie versammelten sich in der Produktionshalle. Einer hatte eine Stoffpuppe dabei. Unter dem Ruf: „Hängt ihn auf"! baumelte sie an der Maschine. An die Brust war der Zettel geheftet: Raimann und Co. Vor den Raimann-Arbeitern hat die Bourgeosie Schiss. Damit die 118 Entlassenen nicht geschlossen ins Arbeitsamt einmarschieren, hat man die Meldepflicht jedes einzelnen genau festgelegt: Für alle 118 wurden die Termine über 30 Tage verteilt.


Gegen die geballte Staatsmacht besetzen 1975 die Massen erfolgreich den Bauplatz des KKW in Wyhl. Trotz aller Manöver der Landesregierung wächst die Wachsamkeit und Entschlossenheit: Kein KKW in Wyhl.

## Zerstörung der Lebensbedingungen schafft revolutionäre Massenbewegungen

Sowohl für die Hin- und Herschleusung der Arbeitskräfte, wie der Rohstoffe und den Abtransport der Waren reicht das vorhandene Straßennetz nicht aus. Mit Riesenschritten wird der Ausbau neuer Straßen in der Umgebung des Kaiserstuhls vorangetrieben. Vor allem in die Seitentäler des Schwarzwalds werden Straßen hineingepflügt. Denen soll später „vornehmlich die Funktion Wohnen und Erholung zugeordnet" werden, während die Fabriken entlang der Autobahn und des Rheins gebaut werden sollen. In das Elztal wird eine vierspurige Schnellstraße gebaut. Dazu muß der Flußlauf der Elz verlegt werden. Das Ackerland der Buchholzer Bauern wird enteignet. Teile ihrer Erdbeerplantagen drohen durch den veränderten Grundwasserspiegel kaputt zu gehen.

Des weiteren benötigen die Kapitalisten Energie für die Industrialisierung des Oberrheines. Billige Energie soll das KKW in Whyl liefern. Im Landesentwicklungsplan heißt es: „Da Kernkraftwerke im übrigen standortunabhängig sind, sind sie im Interesse niedriger Stromkosten so nahe wie möglich an die Verbrauchsschwerpunkte heranzurücken." Deshalb wird das KKW in Whyl gebaut. Das Interesse der Volksmassen, eine weitere Zerstörung der Lebensbedingungen zu verhindern, steht den Plänen des Finanzkapitals unversöhnlich gegenüber. Im Laufe der Kämpfe gegen das Kernkraftwerk Whyl haben die Volksmassen große Erfahrungen gemacht und Klarheit über den Charakter des bürgerlichen Staates gewonnen. Das Manöver der Landesregierung, mit derzeitigen „Gutachtergesprächen" und den Gerichtsverfahren die Massen wieder an den bürgerlichen Staat zu ketten, verfängt nicht. Das hat Eberle bei der letzten „Gesprächsrunde" in Emmendigen erfahren müssen(siehe KVZ Nr.3/77). Was die Kaiserstühler von den bürgerlichen Gerichten halten, das hat vergangenen Freitag die „Badische Zeitung" unfreiwillig enthüllt. Unter der Überschrift „Megaphone und Flaschen verboten" wird das Hauptsacheverfahren zum Bau des KKW angekündigt. Der Gerichtsvorsitzende Roswog hat die Anordnung erlassen, daß „Megaphone, Transparente sowie Stöcke, Flaschen und ähnliche feste Gegenstände" nicht mit in den Verhandlungsraum genommen werden dürfen. Nach der Anordnung „müssen die Zuhörer, die bis 10 Minuten vor Sitzungsbeginn nach der Zahl der Sitzplätze Zutritt zum Verhandlungssaal erhalten, Mäntel und Taschen an der bewachten Garderobe abgeben." Die Bourgeoisie weiß, daß es ihr in Herbolzheim, wo die Verhandlung stattfinden soll, an den Kragen gehen wird und richtet den Staatsapparat darauf ein.



Demonstration der Berufsschüler in Emmendingen gegen den Rausschmiss der drei kommunistischen Schulsprecher. Nach heftigem Kampf mußte ihn die Reaktion zurücknehmen.

## Verrottung der Volksbildung nährt den Kampf gegen Schulunterdrükkung

Das Schulwesen in der Region ist völlig verrottet. Billigste Lohnarbeiter sollen herangezogen werden. Ende der sechziger Jahre wurden die kleinen Schulen in den einzelnen Dörfern aufgelöst. In Emmendingen haben die Berufsschüler und die technischen Gymnasiasten gemeinsam gegen den Fahrtkostenerlaß gekämpft, der die Landjugend besonders hart trifft. Seit zwei Jahren fordern die Schüler des Emmendiger Berufsschulzentrums eine Mensa, und ein kostenloses warmes Mittagessen. Die SMV plant eine Demonstration, um den Kreistag zur Erfüllung ihrer Forderung zu zwingen.

Rings um den Kaiserstuhl hat die Bourgeoisie eine Kette von Sonderschulen aufgebaut. Kultusminister Hahn dazu: „Die Bildungsarbeit der Sonderschule zielt daher auf die Erreichung der Gemeinschaftsfähigkeit und einer begrenzten Arbeitsfähigkeit ab." Ein Angestellter des Arbeitsamtes in Freiburg erklärte, daß für die Sonderschüler im Jahre 1977 keine Lehrstelle zur Verfügung stehen werde. Im Stadtteil Haslach in Freiburg, einem Arbeiterviertel, werden 18 % der schulpflichtigen Jugendlichen in die Sonderschule gepresst. Die Sonderschulen sind zwar klein, dafür ist die Unterdrückung, Demütigung und Schikanierung der Schüler umso größer. Am Donnerstag, dem 19.1., traten Schüler der Klassen 5 bis 8 der Sonderschule in Herbolzheim in Streik. Auslöser des Streiks war die geplante Entlassung der kommunistischen Lehrerin Zeis aus der Schule. Sie hat sich nicht dafür hergegeben, die Schüler zu unterdrükken, sondern hat ihren Kampf unterstützt. Am Mittwoch, den 18.1., hat sie vom Oberschulamt Hausverbot erteilt bekommen. Tags darauf sind die Schüler in den Streik getreten. Der Bourgeoisie ist dieser Streik in die Knochen gefahren. Nach dem Streik in der Waldbach-Sonderschule in Offenburg ist dies der zweite Streik von Sonderschülern innerhalb von drei Monaten. Teile der Eltern haben den Streik aktiv unterstützt.

## Ruinierung der Rentner schürt den Hass in die Bourgeoisherrschaft

In den Altersheimen werden die Rentner bis aufs Mark ausgenommen und ins Grab gebracht. Im Altersheim in Emmendingen betreibt dieses Geschäft für die Bourgeoisie der Heimleiter Hönig. Die kommunistische Pflegerin Claudia Wolfsperger hat diese Zustände an die Öffentlichkeit gebracht und den Kampf der Beschäftigten gegen den Heimleiter organisiert. Deshalb ist sie jetzt vom Heimleiter Hönig fristlos entlassen worden. Die Entlassung stößt überall auf große Empörung. Über die Zustände im Altersheim wird in der ganzen Stadt und in den Betrieben diskutiert. Die örtliche Bourgeoisie hatte zuerst das Maul gehalten. Allen Grund hatte sie dazu. Sitzen doch Oberbürgermeister Faller und Bürgermeister Schlatterer aus Emmendingen selbst im Verwaltungsrat des Altersheims. Inzwischen mußte die Badische Zeitung für sie Stellung nehmen. „Man kann nur dringend davor warnen, die Äußerungen einer gefeuerten Mitarbeiterin des Altenheims für bare Münze zu nehmen. Heimleiter Hönig, den wir befragten, spricht von einer ‚totalen Verzeichnung'. Eines ist schon klar, daß nämlich der ‚bürgerliche Staat' nicht, wie die KBW-Leute behaupten, ein Interesse daran hat, die Rentner umzubringen. Dieser Anwurf ist ein bodenloser Blödsinn." Bodenloser Blödsinn? An Weihnachten bekamen die Beschäftigten des Altenheimes von einem Emmendiger Bestattungsunternehmen Weihnachtsgeschenke für . . .gute Zusammenarbeit. Die Ortszelle Emmendingen des KBW hat eine Unterschriftensammlung gegen die Entlassung durchgeführt. Sechs Arbeiter von Klöckner Ferromatik haben nach Betriebsschluß die Liste unterschrieben, und die Zurücknahme der Entlassung gefordert. In mehreren Häusern und einem Straßenzug haben sich die Bewohner mehrheitlich gegen die Entlassung ausgesprochen und erklärt, daß sie es richtig finden, wenn solche Zustände ans Licht gebracht werden. Insgesamt haben bisher über 150 unterschrieben.


1. Mai – Demonstration 1976 in Emmendingen

„Die Blüte einzelner Industrien geht einher mit der Stagnation in anderen Zweigen und der Verödung ganzer Regionen, bis zur Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist sterbender Kapitalismus und geht in Fäulnis über," heißt es im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Die Erfahrung lehrt die Arbeiterklasse und die Volksmassen, daß dieses Programm den Tatsachen und ihren Interessen entspricht, daß es die richtigen Weisungen enthält für den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft. Auf dieser Grundlage muß der revolutionäre Kampfstab, die Kommunistische Partei, aufgebaut werden, um erfolgreich den bürgerlichen Staat zerschlagen zu können, damit das Ziel, die klassenlose Gesellschaft, erreicht werden kann, „in der die unmittelbare gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, mit Willen und Bewußtsein von dem frei assoziierten Arbeitervolk vollzogen wird." – (df/Red.)